

Rechtsgeschichte

Legal History

Rg **31** 2023

Impressum:

Rechtsgeschichte – Legal History
Zeitschrift des Max-Planck-Instituts
für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie
Journal of the Max Planck Institute
for Legal History and Legal Theory

Copyright:

© Vittorio Klostermann GmbH,
Frankfurt am Main 2023

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen
einzelnen Beiträge und Abbildungen sind
urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung
in gedruckter und elektronischer Form bedarf
der Genehmigung des Verlages.

Herausgeber:

Marietta Auer
Thomas Duve
Stefan Vogenauer
Redaktion:
Otto Danwerth
Nadine Gurris
Kerstin Willburth

Anschrift der Redaktion:

Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte
und Rechtstheorie
Redaktion Rechtsgeschichte
Hansaallee 41
60323 Frankfurt am Main
Tel. +49-69-78978-200
Fax +49-69-78978-210
www.rg-rechtsgeschichte.de
www.lhlt.mpg.de

Anregungen und Manuskripte an:
rg@lhlt.mpg.de

Verlag und Anzeigen:

Vittorio Klostermann GmbH
Westerbachstraße 47
60489 Frankfurt am Main
www.klostermann.de
Preis pro Band 49 Euro

Graphische Gestaltung:

Elmar Lixenfeld, Frankfurt am Main

Druck und Bindung:

Hubert & Co., Göttingen

Zitiervorschlag: Rechtsgeschichte – Legal History Rg 31 (2023)
ISSN 1619-4993
ISBN 978-3-465-04614-1

Daniel Damler

Cicerone der Regeln*

Sie sind allgegenwärtig, unentbehrlich und von einer geradezu überbordenden Vielfalt; sie begleiten uns von der Wiege bis zur Bahre; kein Gemeinwesen, keine Zivilisation in der Geschichte der Menschheit kam ohne sie aus und doch hatten sie nie genau den gleichen Inhalt und Zuschnitt: Regeln. Fast unmöglich ist es bereits, auch nur das staatliche Recht zu überblicken, ganz zu schweigen von den Myriaden von impliziten Regeln, die unseren Alltag strukturieren, ohne dass wir ihnen gewöhnlich viel Beachtung schenken – sei es der richtige Umgang mit Messer und Gabel, die angemessene Anrede im Brief oder das Maß der Normenübertretung (etwa im Straßenverkehr), das (noch) nicht sanktioniert wird.

Auf einem so gewaltigen Ozean angstfrei und unbekümmert zu navigieren, ist schon für sich genommen eine beachtliche Leistung. Die Einhegung der eigentlich unbegreiflichen Mannigfaltigkeit gelingt der erfahrenen, mit den Strömungen und Untiefen ihres Sujets bestens vertrauten Wissenschaftshistorikerin Lorraine Daston mittels einer anderen Kulturtechnik, die unser Dasein ebenfalls ordnet und erträglich macht: der Kunst der Unterscheidung. An Differenzierungen ist allen voran das einleitende Kapitel reich, um nicht zu sagen: überreich. Der zu Anfang etwas überforderte Leser muss zur Kenntnis nehmen, dass es nicht nur explizite und implizite Regeln gibt, sondern auch flexible und rigide, generelle und spezielle, ferner solche algorithmischer und paradigmatischer Natur.

Und das ist längst nicht alles. Auch »dick« und »dünn« können Regeln sein. Erstere zeichnen sich durch Anschaulichkeit und Anpassungsfähigkeit aus, sind angereichert mit Beispielen und Ausnahmen, letztere tragen lebensweltlichen Besonderheiten hingegen gerade keine Rechnung und sind strikt anzuwenden. »Dicke« und »dünne« Regeln existieren seit unvordenklicher Zeit Seite an Seite, doch nach Dastons Ansicht dominieren die »dünnen« Algorithmen erst seit dem 19. Jahrhundert,

dem bürgerlich-technischen Zeitalter, während in Antike, Mittelalter und früher Neuzeit die Neigung zu »barocken«, vielgestaltigen, detailversessenen, indes nachsichtigen Handreichungen und Belehrungen vorherrschte.

Eine weitere, diesmal dreiseitige Unterscheidung nimmt die Verfasserin im zweiten Kapitel vor, verschiedene Bedeutungsebenen (»semantic clusters«) der antiken Schlüsselbegriffe *kanon* und *regula* herausarbeitend: Etymologisch leitet sich *kanon* von der Pflanze »*Arundo donax*« ab, dem in (sub-)tropischen Gefilden beheimateten Pfahlrohr oder Riesenschilf, das im Altertum als Baumaterial, aber auch – aufgrund der Ebenmäßigkeit der Halme – als Messinstrument Verwendung fand. Ähnlich verhält es sich mit dem lateinischen Äquivalent *regula*, das ebenfalls ursprünglich ein Stück Holz, ein gerade zugeschnittenes Brett, bezeichnet, das sich als Lineal gebrauchen ließ. Früher oder später musste sich die Vorstellung von äußerster Genauigkeit, ja mathematischer Exaktheit mit den Begriffen verbinden. Das ist die erste Bedeutungsebene, die ungefähr dem »algorithmischen« Verständnis von Regeln entspricht. Die frühen Christen im griechischsprachigen Osten des Römischen Reiches bezogen dann das Wort *kanon* auf die Beschlüsse ihrer Synoden und anderer autorisierter Versammlungen, so dass sich als weitere Bedeutungsnuance das »Recht« hinzugesellte. Daston betont, dass diese Entwicklungslinie vom Messinstrument des Baumeisters zu den Regelwerken der Juristen heute noch assoziativ gut nachvollziehbar sei, besser jedenfalls als die Verbindung zum semantischen Feld »Nachahmung, Modell, Paradigma«, das den Dreiklang komplettiere.

In diesem Sinn, nämlich als Vorbild, sei die Regel indes lange Zeit (bis zum Beginn der Moderne) vornehmlich verstanden worden. Die Autorin, in dem Bemühen, gerade das uns heute Fremde zu beleuchten, schenkt den »dicken Regeln« der frühen Neuzeit, die zur Nachahmung anleiten wol-

* LORRAINE DASTON, *Rules. A Short History of What We Live By*, Princeton (NJ)/Oxford: Princeton University Press 2022, 384 S., ISBN 978-0-691-15698-9

len, besondere Beachtung. Hierzu gehört etwa die aus juristischer Perspektive zunächst etwas befremdliche Gattung der Kochrezepte. Am Beispiel des Kochbuchwissens illustriert Daston, wie sich der Übergang vom impliziten zum expliziten Wissen vollzieht. Diese beiden Arten von Wissen seien eben nicht, wie manche moderne Autoren suggerieren, statische Kategorien, sondern eher flüchtige Aggregatzustände. Da sich die Kochrezepte des 17. Jahrhunderts vorwiegend an den Spezialisten, an den professionellen Koch, richteten, bedurfte es keiner ausführlichen Beschreibung der vorzunehmenden Handgriffe. Anders dann im 18. Jahrhundert, als zunehmend auch weniger versiertes Hauspersonal Kochbücher konsultierte: Angehende Köche bedurften anderer, weitaus detaillierterer Regeln; das betraf weniger die Mengenangaben als das Wissen über die einzelnen Schritte der Zubereitung (z. B. eines Puddings).

Wie defizitär eine Geschichte menschlicher Regeln und Normen ohne eine Beachtung der ungeschriebenen normativen Subkultur wäre, führt der chronische Misserfolg der Aufwand- oder Luxusgesetzgebung vor Augen. Im direkten Wettbewerb zwischen ästhetischen Standards – also das, was wir bei Kleidung »Mode« nennen – und dem »harten«, von der Obrigkeit bekannt gemachten und notfalls gewaltsam durchzusetzen Recht zog Letzteres eigentlich fast immer den Kürzeren. Es ist sogar wahrscheinlich, dass die verzweifelte Versuche der Regierenden, das Ende jeder Eitelkeit und Verschwendung zu dekretieren, genau das Gegenteil bewirkten. »No *Vogue* editor ever covered the catwalk in more precise detail than sumptuary regulations did at their zenith« (161). Doch je mehr Mühe man sich gab, desto schneller wechselte die Mode und desto extravaganter wurde sie. Der 1587 per Anordnung aus der Öffentlichkeit verbannte Hut mit Pfauenfedern war zu dem Zeitpunkt ohnehin schon längst »sowas von 1586«.

Wie Daston richtig bemerkt, sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, jene »sumptuary regulations« gehörten ein für alle Mal der Vergangenheit an. In Zeiten, in denen Ressourcenverschwendung und klimaschädliches Verhalten (zu Recht) am Pranger stehen, fällt die Forderung nach gesetzlichen Verboten auf fruchtbaren Boden. Der

Erfolg solcher Initiativen dürfte sich in Grenzen halten, zumal im globalen Maßstab. Dass es gute, den meisten Menschen einsichtige Gründe für Sparsamkeit und Enthaltbarkeit zum Besten der Umwelt gibt, wird daran nichts ändern, denn auch in der frühen Neuzeit hatte die Obrigkeit Vernunft und öffentliche Moral weitgehend auf ihrer Seite. Aber was nützt es, wenn eine der wichtigsten und wirkungsmächtigsten Normenkategorien überhaupt, nämlich ästhetische Standards, zu einem genau entgegengesetzten Verhalten animieren?

Zu den großen Stärken des Buches gehört die Bereitschaft, genau solche Regeln in den Blick zu nehmen: Regeln, die üblicherweise durch alle Raster fallen, nicht etwa, weil sie realweltlich unwichtig wären (alles andere als das), sondern allein weil sie nicht hinreichend institutionell verankert sind – wie die impliziten Reglements der Mode und Esskultur, die in der überkommenen Hierarchie der Wissenschaften zu den »niederen«, intellektuell anspruchslosen Disziplinen und Künsten zählen.

Aus rechtshistorischer Sicht das eine oder andere Haar in der Suppe zu finden, fällt nicht schwer. Insbesondere hätte man vielleicht das Rad nicht überall neu erfinden müssen. In der Gesetzgebungslehre gibt es spätestens seit dem 18. Jahrhundert eine sehr differenzierte und nuancierte Diskussion über die Vor- und Nachteile einzelner Regelungstechniken und -instrumente, die man stärker hätte fruchtbar machen können für andere Arten von Regeln. Und auch beim Umgang mit den Ergebnissen der Policy-Forschung ist noch Luft nach oben.

Aber eine Kritik, die sich in der Klage über die geringe Sichtbarkeit der eigenen Forschung erschöpfte, fiel letztlich auf die Rechtsgeschichte zurück. In der Tat, sie verwaltet ein stolzes Erbe mit großem Erkenntnispotential für andere Wissens- und Lebensbereiche, und Rechtshistoriker wären prädestiniert gewesen, dieses Buch zu schreiben – nur haben sie es eben leider nicht geschrieben.

Eine überzeugende, eine wichtige, eine wegweisende Studie.



Stefan Vogenauer

Roman Law Reloaded*

It is a rare pleasure for a book reviewer to introduce his readers to a true game changer. Roman law scholarship will be vastly improved by the existence of the new *Handbuch des Römischen Privatrechts*. This *Handbook* replaces the standard accounts of Max Kaser on Roman private law and Roman civil procedure, which were first published in the 1950s and 1960s and only updated once in the 1970s (private law) and in the 1990s (civil procedure). Since then, obviously, the study of Roman law has moved on. Innovative methodologies have evolved, additional topics have received attention, and old questions have received new answers. Yet, no one-stop shop to access these riches existed. Experts and non-experts alike had to trawl through bibliographies and databases in order to find the most recent literature. This was all the more complicated as writings on Roman law are published in a variety of countries and languages, and the research done by ancient historians, classicists, archaeologists and those working in other adjacent disciplines also has to be taken into account.

Henceforth, the *Handbook* will provide guidance and orientation in this difficult terrain. It covers the entirety of ancient Roman private law and civil procedure, from the Twelve Tables to Justinian, with a focus on the late Republic and the Imperial period. It is divided into five parts with overall 112 chapters. The introductory Part I deals with the production and development of Roman law during the various periods of Roman law (1–192) and provides an overview of the sources (193–317). Part II looks at the development of different systems of civil procedure over time (319–510) and the various means for private actors to effect legal change (511–683). Parts III to V then follow the tripartite distinction of the Institutes of Gaius and deal with *personae* (685–1028), *res* (1029–1534) and *actiones* (1535–3050).

Six editors were in charge of producing the *Handbook*, all of them originally from Germany, Austria and Switzerland and leading scholars of the discipline. The contributions were produced by a team of 64 authors from all over Europe (again, mostly from the German-speaking countries) and, in two cases, South America. They range from the very senior (Detlef Liebs, *1936) to the relatively junior, yet well established (Lisa Isola, *1988). Many contributors cover ground with which they are intimately familiar, given that they previously explored their topic in their PhD or *Habilitation* theses, e.g., the contributions of Thomas Finke-nauer on *stipulatio* and Pascal Pichonnaz on *compensatio* (564–624 and 2994–3036, respectively), or can rely on decades of pertinent research (once again Detlef Liebs, with a magisterial overview of Roman legal literature, 193–221). What emerges is a comprehensive, authoritative and state-of-the-art account of Roman law. There is no point in discussing any of the individual chapters in any detail. Some of them are succinct, others vast, such as the highly innovative chapter of José Luis Alonso and Ulrike Babusiaux on papyrological and epigraphical sources and Christian Baldus' full account of the *rei vindicatio*, both bordering on a hundred pages (222–317 and 1537–1631, respectively), and Wolfgang Ernst's quasi-monographic 250 pages on the law of sales (2039–2288).

The monumental *Handbook* comes in two volumes, with an added volume for the indices. It has been beautifully produced by leading German law publishers Mohr Siebeck and edited to an exceptionally high standard; there is no sloppiness in the main text or in the footnotes, in contrast to what can now be frequently observed in books published by bigger and more profit-oriented Anglo-American houses. The editors are to be congratulated for seeing such a massive project through to

* ULRIKE BABUSIAUX, CHRISTIAN BALDUS, WOLFGANG ERNST, FRANZ-STEFAN MEISSEL, JOHANNES PLATSCHEK, THOMAS RÜFNER (eds.), *Handbuch des Römischen Privatrechts*, Tübingen: Mohr Siebeck 2023, 2 vols. plus indices, xcvi + 3707 p., ISBN 978-3-16-152359-5

the end. It must have been an all-consuming effort for them over a long period of time, as is clear from the preface. Four contributors did not live to see the book in print; one of them submitted his manuscript before his death in 2017, the same year in which the Commissioning Editor with Mohr Siebeck who had seen the book project through its early stages retired from active service.

As has been said above, Roman law scholarship will be vastly improved by the existence of the new *Handbuch des Römischen Privatrechts*. This is not to say that Roman law scholarship will never be the same after the publication of this book. The *Handbook* builds on, and contributes to, the finest tradition of continental, doctrinal work in the field. Unlike its semi-homonymous sibling published by Oxford University Press a while ago,¹ it

does not announce a paradigm shift on how we (should) see the law of ancient Rome. Its preface is modest to the point of self-effacement and does not promise anything that cannot be delivered. This is a good thing. There is a place for books on law in context, and there is one for books on law *tout court*. The *Handbook*, for all its interdisciplinary references and deep engagement with more recent scholarly trends (see, e. g., the contributions of Evelyn Höbenreich and Richard Gamauf on the legal status of women and on the enslaved, 741–767 and 924–994, respectively), firmly belongs in the latter category. To make this vast storehouse of knowledge accessible beyond the German-speaking community, an English translation is a matter of urgency. ■

Cosima Möller

Diversity bei den römischen Juristen – Geschichtlichkeit und die Rolle der Dogmatik*

Aldo Schiavone verfolgt sein Projekt »Scriptores iuris Romani« seit 2015 mit Unterstützung durch einen *European Research Grant*. Das Ziel des Projekts wird im Internet folgendermaßen beschrieben: »Lo scopo che il progetto intende realizzare è creare le basi, testuali e interpretative, per un nuovo approccio a ciò che resta delle opere degli antichi giuristi romani.« Aus dieser Arbeit sind bereits zahlreiche Veröffentlichungen hervorgegangen. Das zu besprechende Buch versammelt Aufsätze, die sich mit dem Forschungsansatz beschäftigen oder diesen Zugang anwenden. Im ersten Teil »Methods and Paths« wird die methodologische Perspektive in den wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklungsgang eingeordnet, während im zweiten Teil »Stories of Jurists and of Jurisprudence« Untersuchungen präsentiert werden, die einen projektspezifischen Zugang zur Überlieferung des römischen Rechts bieten.

Im 1. Kapitel stellt Schiavone das Projekt in seinen Grundzügen vor. Nicht die Gesetzgebung Justinians, sondern die römischen Juristen sollen in den Mittelpunkt gerückt werden. Ihre Individualität und ihre historische Situation sollen so gut wie möglich erfasst werden. Grundlagen für diese Untersuchung und für den Versuch, die ursprüngliche historische Gestalt ihrer Werke zu rekonstruieren, sind der kritische Apparat der Digestenausgabe von Mommsen und die Palingenesie von Lenel. Schiavone führt aus, dass die wahre Geschichte der Entwicklung des römischen Rechts mit günstigen Auswirkungen auf die gegenwärtigen Herausforderungen für das Recht in einer globalisierten Welt entdeckt und ins Licht gerückt werden könne. Für diese Geschichte seien zwei Aspekte der Tätigkeit der Juristen zentral: die Erfindung einer Wissenschaft und die Gestaltung eines Rechtssystems, das ein globales Imperium

¹ PAUL J. DU PLESSIS, CLIFFORD ANDO, KAIUS TUORI (eds.), *The Oxford Handbook of Roman Law and Society*, Oxford 2016.

* FARA NASTI, ALDO SCHIAVONE (Hg.), *Jurists and Legal Science in the History of Roman Law*, transl. by PETER CHRISTIE (Routledge-Giappi-

chelli Studies in Law), London/Turin: Routledge/Giappichelli 2022, 318 S., ISBN 978-0-367-33333-1

geleitet habe. Zwei Hindernisse, die in der Vergangenheit die Forschung blockiert hätten, macht Schiavone aus: die fragmentarische, durch Veränderungen der ursprünglichen Texte zugleich umgestaltete Überlieferung und die verbreitete Annahme, die römischen Juristen seien »fungible Personen« (Savigny) gewesen. Dem ersten Hindernis könne die Abkehr von der Interpolationistik entgegengestellt werden; das zweite Hindernis sei mit der Annahme verknüpft, es gebe in den Texten zeitloses Recht. Dem sei die Historizität des Rechts entgegensetzen und damit eine Offenheit zu gewinnen, um die individuellen Leistungen wahrzunehmen und zu würdigen. Die Wiederentdeckung der Juristen sieht Schiavone als einen vielversprechenden Weg an, der Erforschung des römischen Rechts einen Platz im Zentrum des modernen Denkens wiederzugewinnen, das auf der Suche nach globalen Regeln die zugrundeliegende Wissenschaft einbeziehen und zugleich den für Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit notwendigen Konsens beachten müsse.

Dieses Programm greift Massimo Brutti im 2. Kapitel für die Wissenschaftsgeschichte auf, die er als unvollendeten Übergang von einer Geschichte juristischer Dogmatik zu einer Geschichte der römischen Juristen erörtert. Er richtet seinen Fokus auf den Widerstreit zwischen einer systematischen Wahrnehmung des römischen Rechts seit Leibniz, die eine Dogmengeschichte im Gefolge gehabt habe, und einer historische Umstände berücksichtigenden, die Individualität der Juristen ernst nehmenden, mit Kontinuitäten und Brüchen in der Argumentation rechnenden Betrachtung auf der anderen Seite. Die Hypothese, dass noch heute die dominierende Richtung der Forschung eine dogmengeschichtliche, ein System voraussetzende sei, bildet den erklärten Ausgangspunkt. Zugleich wird diese Richtung als Gegenbild zu der Erforschung von Juristenbiographien, einzelner Juristenschriften und unterschiedlicher Methoden sowie einer umfassend verstandenen Kontextualisierung akzentuiert. Brutti verzeichnet für das 19. und 20. Jahrhundert eine Zunahme an historischen Studien, die zu einer Geschichte der Juristen und ihrer Ideen wichtige Beiträge geleistet hätten. Er konstatiert eine Abwendung von der

Annahme von Rechtsfiguren *a priori* und eine Hinwendung zu einer historischen Kontextualisierung inklusive einer »vorjuristischen Mentalitätsgeschichte«.¹ Die Arbeiten von Schiavone hätten die Diskussion für die Geschichte der Argumentationen der römischen Juristen geöffnet. An die Stelle der Dogmengeschichte träten »molekulare Untersuchungen« normativer Lösungen.

In Kapitel 3 wendet sich Emanuele Stolfi unter der Überschrift »Kunstgeschichte« and »Künstlergeschichte«, The Problem of Literary Genres in the Roman Legal Literature« einer kritischen Analyse von Motiven und Konsequenzen der Lehre von Fritz Schulz zu, nach der die Forschung sich der römischen Rechtswissenschaft widmen solle und dabei keine individuellen Biographien, aber doch Literaturtypen eine Rolle spielen könnten. Im Ergebnis hält Stolfi literarische Traditionen und deren Besonderheiten für einen Aspekt der Vielfalt, den es zu erforschen gelte.

Im 4. Kapitel sind es die Geschichtlichkeit des Rechts und das *ius controversum*, die Andrea Lovato im Werk von Riccardo Orestano und seinem Schüler Luigi Raggi in den Mittelpunkt stellt. Die Gleichsetzung der Geschichtlichkeit des Rechts mit der Wissenschaft vom Recht erhalte durch die Hervorhebung der konkreten historischen Situation einen soziologischen Charakter. Das täglich produzierte Recht (Pomponius) werde als rechtswissenschaftliche Tätigkeit verstanden, die Interessenkonflikte auf der Grundlage von Fallanalysen lösen wolle. Raggi sehe Techniken und Methoden der römischen Juristen als Beispiele problemorientierten Denkens, die als ein in der Geschichte vorhandener Zugang zum Problem der juristischen Methode überhaupt wertvoll seien. Eine wesentliche Komponente sei die stete Auseinandersetzung mit konkurrierenden Ansichten.

Das 5. Kapitel schließt den ersten Teil mit einer Studie von Clifford Ando ab. Er bietet einen Überblick über die Rolle des römischen Rechts und der römischen Juristen in der amerikanischen Rechtskultur. Zwischen 1790 und 1980 unterscheidet er verschiedene Phasen und Perspektiven. Der Einfluss auf die amerikanische Verfassung und auf Teile des Privatrechts seien bekannt. Einem nachlassenden Interesse in der zweiten Hälfte des

1 Übersetzungen aus dem Englischen hier und im Folgenden von der Rezensentin.

19. Jahrhunderts folgte ein Aufschwung, der durch die Rechtsvergleichung begünstigt wurde. Ando weist auf die geringe Zahl der Vertreter römischen Rechts in der akademischen Lehre der *law schools* von 1900 bis 1980 hin. Die Historiker hätten wichtige Beiträge zu Themen der römischen Rechtsgeschichte und ihres Nachwirkens geleistet.

Im zweiten Teil bietet Oliviero Diliberto in Kapitel 6 eine Studie zu dem Themenfeld von Recht und Literatur. Die Heranziehung von literarischen Texten zur Anreicherung von Informationen über juristische Themen sei seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreitet, doch fehle es an einer systematischen Untersuchung. Anhand von Beispielen macht Diliberto deutlich, dass ein facettenreicheres Bild entsteht, wenn man die literarische Überlieferung heranzieht.

In Kapitel 7 folgt eine Untersuchung von Fara Nasti, die sich auf die von Pomponius verfasste Rechtsgeschichte stützt und fragt, in welchem Maße für diesen Text Einflüsse griechischer Philosophie nachgezeichnet werden können. Sie plädiert dafür, dass Struktur und Inhalt Einflüsse von Aristoteles und Polybios erkennen ließen. Daraus gewinnt sie Argumente für Originalität und Komplexität der Schrift des Pomponius.

Giuseppe Falcone steuert im 8. Kapitel einen Beitrag zur Interpretation des Verhältnisses von *officium*, *beneficium* und *commodare* bei, die er anhand von D. 13,6,17,3 Paulus lb. 29 ad ed. entwickelt. Die zweifache Bezugnahme auf *officium* als moralische Pflicht und als rechtliche Verpflichtung wird bezüglich einer Leihe diskutiert. Falcone stellt heraus, dass Paulus der moralischen Seite eine größere Aufmerksamkeit geschenkt habe als andere Juristen. Zugleich weist er nach, dass *officium* bei anderen Juristen und bei Paulus auch im Sinne einer Rechtspflicht verwendet werde. Diese juristisch-technische Argumentation werde von Paulus im Zusammenhang der *actio commodati contraria* eingesetzt. Doch behalte der Begriff eine moralische Dimension bei. Die Individualität von Paulus und einer von ihm besonders gepflegten ethischen Perspektive soll anhand weiterer Fallstudien aufgezeigt werden.

Valerio Marotta stellt in seinem Beitrag in Kapitel 9 die Frage, wie man das juristisch-politische Denken der Kaiserzeit im Zusammenhang mit dem römischen Herrschaftsverständnis und mit der politischen wie der rechtlichen Einordnung des *Imperium Romanum* interpretieren sollte. Ein territorialer Bezugspunkt von Herrschaft spiele

eine Rolle wie auch die Verleihung des römischen Bürgerrechts. Wichtig sei die Ausweitung der Möglichkeit gewesen, römisches Recht auch in Städten anzuwenden, die nicht den Status einer römischen Stadt hatten. Auf diesem Weg sei das Recht zu einem Instrument der Integration von rechtlich, ethnisch und sprachlich verschiedenen Bevölkerungsgruppen transformiert worden.

Kapitel 10 bietet eine Studie von Dario Mantovani: »Aspects of the Critical Edition of Roman Juristic Works. The Example of Ulpian's *De Officio Proconsulis*«. Für die beispielhaft herangezogene Schrift ist der Plan, eine Annäherung an das Werk Ulpians zu erreichen, aussichtsreich, weil es größere Teile gibt, die auf andere Weise überliefert sind. Als Grundlage für kritische Editionen sind nach Mantovani die Edition der Digesten von Mommsen und die Palingenesie von Lenel zu verwenden. Bei einer neuen Edition einzelner Schriften sei die komplexe Überlieferungsgeschichte der Digestenhandschriften ebenso zu beachten wie die vorjustinianische Überlieferung. Die mehrstufige Arbeit am Text sei zugleich im Lichte einer vermuteten individuellen Darstellungsart von Ulpian wie des rechtlichen Inhalts zu leisten. Gelingen es, die Originalschriften in einer authentischeren Weise zu rekonstruieren, eröffne dies auch die Möglichkeit, sie als literarische Zeugnisse wahrzunehmen und zu interpretieren.

Detlef Liebs ordnet im 11. Kapitel das Codex-System als ein Zeichen der Neuorganisation des Rechtsstoffes in der Spätantike ein. Er zeigt auf, dass zwischen zwei verschiedenen Codex-Systemen unterschieden werden müsse. Die Veränderung gegenüber dem Digestensystem, das auf den Ediktskommentaren aufbaute und neues Gesetzesrecht als Annex aufnahm, sei von den Juristen in diokletianischer Zeit im *Codex Gregorianus* und im *Codex Hermogenianus* durch die Integration von Teilen aus dem Annex in den ersten Teil verändert worden. Dem *Codex Theodosianus* habe ein verändertes System zugrunde gelegen, weil die politischen Verhältnisse sich im Sinne des spätantiken Absolutismus verändert, zu einem höheren Anteil des öffentlichen Rechts geführt und dessen Einfluss auch im Privatrecht verstärkt hätten. So sei es zu einer Rückführung von Materien in den zweiten Teil gekommen. Justinians Codex erweise sich als eine Mischung aus beiden Systemen. Im Codex seien alle Materien der Gegenwart aufgenommen worden, in den Digesten nur wenig öffentliches und kein kirchliches Recht.

Es ist ein großes Panorama, das in dem Buch ausgebreitet wird. Die Beiträge sind davon geprägt, die Erforschung der Individualität der römischen Juristen und damit eine weniger beachtete Ebene der Überlieferung des römischen Rechts in ihrer Bedeutung herauszustellen. Diese Untersuchungen scheinen mir einen wichtigen Aspekt zur Erforschung der Rechtstexte beizusteuern. Ein Grundproblem der wissenschaftsgeschichtlichen und zugleich wissenschaftspolitischen Argumentation besteht aber in der Gleichsetzung einer Geschichte der Dogmatik mit einem Wahrheitsanspruch oder mit dem Anspruch, ein monolithisches klassisches Recht als Ideal zu ermitteln. Der Reiz des römischen Rechts liegt in der Erforschung einer Vielzahl von Aspekten, bei denen aber die Bemühungen um eine kohärente Systematik nicht vernachlässigt werden sollten. Folgt man den Hinweisen in den Quellen, dass die römischen Juristen verschiedene Erklärungsmuster für ihre Rechtsordnung und für deren Weiterentwicklung zugrunde gelegt haben, kann man sich von dem Feindbild der Geschichte zeitloser Dogmen lösen. Flexibilität und Anpassungsfähigkeit waren dem römischen Recht auch aufgrund seiner verschiedenen Schichten eigen.

Das prätorische Recht spielte für mehrere Jahrhunderte eine wichtige Rolle. Das Konzept des *ius gentium*, das von seinem Allgemeingültigkeitspotential lebt, wäre in das Bild einzuordnen, unabhängig davon, ob es aus einem Naturrechtsgedanken gewonnen wurde oder auf einer zivilisationsrechtlichen Grundlage aufgebaut war. Geschichtlicher Entwicklung unterlag auch dieses Element, wie die Lektüre der Juristenschriften belegt. Die Schriften laden mit der selbst gepflegten Geschichtlichkeit, den Kontroversen und den Kompromissen (*mediae sententiae*) dazu ein, Entwicklungen nachzuzeichnen, Individualitäten zu beschreiben und eine historische Kontextualisierung zu leisten. Der Nutzen einer planvollen Untersuchung von Juristenbiographien und -schriften wird gerade darin liegen können, individuelle Beiträge zu diesem Recht besser zu verstehen und in Denkpfade einzuordnen. Anregungen dazu wären den Arbeiten von Okko Behrends zu entnehmen, die zeigen, wie man eine umfassende Historizität mit einer gehaltvollen Dogmatik und der Erforschung ihrer Geschichte verbinden kann.



Damian Augusto Gonzales Escudero

Performance as a New Direction for Legal History*

Julie Stone Peters' book is a novel and provocative contribution to the historical study of law for a number of reasons, ranging from its sources to its methodological approach. It aims to reconstruct the lived experience of and before the law, an aspect that she considers constitutive of Western law but which has yet to be explored in depth in the legal historical literature. It is a gap that she fills with alacrity. This book is the product of the maturation of an intellectual project which the

author began more than a decade ago. Given her background in performance studies, law and literature, and law and humanities movements, it is not surprising that this study offers a novel approach to legal history.

This book is based on the idea of performance as a possibility to produce law. Going beyond the written and formulaic traditions that are commonly studied in legal history, the author argues that people's actions also produce law. She rightly

* JULIE STONE PETERS, *Law as Performance: Theatricality, Spectatorship, and the Making of Law in Ancient, Medieval, and Early Modern Europe*, Oxford: Oxford University Press 2022, 368 p., ISBN 978-0-19-289849-4

does not establish closed concepts of performance nor the derived categories, such as performativity or theatricality. For the author, the performances which produce law are particular behaviors or patterns of behavior that reveal concepts of the ordinary. In this sense, this book proposes constructing legal history as a history of experiences lived in legal arenas that reveal ideas or discourses about the law in specific historical contexts.

The sources for this book constitute a crucial element of this proposal. In the introduction, the author explains that actions, behaviors, gestures, and movements are rarely recorded in legal texts or judicial documents. Therefore, her sources are texts and images that reveal how legal actors used body language, movements in space and time, styles of action, and ideas about these performative actions. Thus, her study is based on reading treatises on rhetoric, understanding them as source for identifying narratives and concepts about behaviors and how to act or perform in legal events. Another type of source she uses is written and pictorial representations of law. Written accounts of public trials or images that represented rhetoric at different historical moments provide ideas and attitudes about performance. For this reason, the author's extensive research and reading of sources is an important contribution to legal history.

This book has six chapters, which I divide into three sections: European Antiquity, the Middle Ages, and the Early Modern Period. The first section consists of two chapters dealing with the classical cultures of antiquity: Greece and Rome, respectively. In the first chapter, which focuses on Greece, the author presents theatricality as a point of discussion on the performance of legal orators in the forums. Looking at foundational texts by Plato and Aristotle, she examines the ambivalent role of theatricality in manipulating emotions. On the one hand, it is a powerful instrument that can provoke changes in judgments; on the other hand, it can become a poisonous agitator stirring up negative passions. In the second chapter, dedicated to Rome, the author shows how the problem of legal performance in the rhetorical work of Cicero and Quintilian is linked to the fact that it is not only a representation technique but also a crucial ethical practice. She reviews these authors' reflections and practical examples – such as Cicero's thoughts on how to carry out an ethical practice of performance (*actio* and *pronuntiatio*) before the forum – and so lays the foundation for the follow-

ing section (chapters 3 and 4) focused on the Middle Ages, which keeps referring back to these authors.

The third chapter is set at the beginning of a renaissance of lawyers as a professional class (around the 12th and 13th centuries). Traditional narratives of this period hold that medieval rhetorical theorists did not pay attention to forensic oratory or to styles of performance in court and that lawyers were not interested in or used rhetoric. However, Stone Peters shows that lawyers' actions in court (in terms of the use of persuasive techniques in their performances) were a recurring theme in treatises on rhetoric. To do so, she relies on four rhetorical texts – one from the 8th century and the other three from the 13th and 14th centuries – that so far have received little attention by either legal history or modern rhetorical studies. The following chapter builds on the previous one by focusing on the gaps between the normative schemes that prescribed ideals of how a trial should proceed and the actual practices, which deviated from them. It introduces a number of new actors who also participated in these events, such as the crowds at public trials. To illustrate these gaps, she describes the defendants' actions in two criminal trials, one involving heresy and the other witchcraft. With their performances during the public trials, the defendants re-signified the events and sometimes also the results, but always affected the way in which these proceedings were recorded and remembered. From a historical-legal point of view, this part of the book is the most innovative.

The last part is set in the Early Modern Period. Chapter five describes a time in which the number of lawyers and legal professionals had significantly increased, and theaters had become an integral part of urban life. Consequently, it focuses on the parallels established between theaters and courts, actors and lawyers during this period. Humanists throughout Europe turn to the classics of rhetoric, such as Cicero, to discuss the transformation of the courts into centers of entertainment, where justice did not necessarily take precedence over the oratorical tricks of the lawyers. The sixth and final chapter focuses on how the education of students comprised not only the skills required to become a lawyer, but also the practical training on how to look and act like one.

Throughout the chapters, the book focuses on the performance of actors in judicial contexts, either the performance itself or the training to

act in these contexts. One could criticize that the analysis does not consider other broader facets of legal practice. Two readily come to mind: inside the courtroom, when the performance did not consist of lawyers developing arguments or judges deliberating and judging but, for example, lay in the delivery of testimonies. Outside the courtroom, another possibility would be the actions of notaries (in and out of their offices) who may have been bound by formalities or rules of conduct. However, there are records of notaries' actions where their performance properly created law. (A minor editorial detail is that on page 100, in footnote 38, a book edited by Armstrong and Kirshner is cited but then not listed in the bibliography.)

Finally, the book invites the reader to take seriously – and indeed commit to – one of the statements made in the introduction: It is possible for people to produce law through their words and actions. We could develop what is presented in this book further by taking the basic elements of the theoretical approach and applying them to other scenarios outside the spectrum of formal political or legal institutions. Similarly, we could look to non-European or to colonial and postcolonial contexts. In this way, this book could mark the beginning of a theoretical renewal of legal history.



Caspar Ehlers

Honi soit qui mal y pense*

Ein Buch mit einem solchen Titel erweckt natürlich das Interesse des Mediävisten mit rechts-historischen Fragestellungen. Und, wie es sich gehört, beginnt man mit der Lektüre am Anfang des Buches. Hier findet sich eine Karte »High Medieval Europe c. 1100« (xiv–xv), die einen schockiert zurückschlägt: Straßburg findet man irgendwo in Burgund, Bamberg weitab östlich vom Obermain und Forchheim bei Augsburg, Hersfeld ist an der Ortslage von Frankfurt am Main, Worms südlich von Köln am Rhein, und Köln selbst sowie Aachen, Lüttich und Brügge sind rechtsrheinisch und vom Fluss entfernt eingetragen, Hamburg liegt in Holstein weitab von Elbe und Nordsee, das Weserkloster Corvey befindet sich in Niederlothringen. Nahezu alle Orte sind falsch zugewiesen (Orléans westlich von Paris statt südlich, Compiègne in der Normandie, Prag in Polen unweit von Gnesen, vermutlich ist Posen gemeint).

Von diesen geographischen Unstimmigkeiten leicht betrübt, wendet sich der Rezensent dem Text zu. Der Verfasser stellt einleitend die entscheidende, aber nicht neue Frage, wie man dem nahe

kommen könnte, was die Zeitgenossen über das Königtum dachten, und wie wir ein Verständnis für das Zusammenspiel von Norm und Praxis gewinnen können (11). So will er sich auf das »interplay between rulers and ruled« konzentrieren, zumal die persönlichen Ansichten eines Königs diesbzgl. schwer zu ergründen seien (12). Nach einem Exkurs über die Kategorisierung der schriftlichen Quellenüberlieferung und der darin gründenden Problematik, was als Norm, was als Praxis und was als Idealvorstellung anzusprechen sei, zieht Weiler einen Bogen in die politische Gegenwart. Ähnlichkeiten und Parallelen zu heutigen Zeiten dürften nicht über die Ferne des Mittelalters hinwegtäuschen, auch wenn die Echos der Vergangenheit zu hören seien (21).

Das Buch gliedert sich dann in fünf Teile. Es geht um die »Grundlagen«, die »Schaffung des Königtums« (»Creating Kingship«), die »Nachfolge«, die »Wahl« und die »Inauguration«.¹ Der Untersuchungszeitraum – von 950 bis 1200 – macht bei dieser Einteilung neugierig, denn jene Periode sei »pivotal in the development of that political

* BJÖRN WEILER, *Paths to Kingship in Medieval Latin Europe, c. 950–1200*, New York: Cambridge University Press 2021, 300 S., ISBN 987-1-316-51842-7

1 Übersetzungen ins Deutsche hier und im Folgenden vom Rezensenten.

culture«, in der die Macht von Königen innegehabt worden sei. In diesen zweieinhalb Jahrhunderten habe sich in politischen Systemen die Sitte verbreitet, dass Herrscher im lateinischen Westen sich als Könige titulierte bzw. von anderen so genannt wurden (1 f.). Mithin geht es auch um das Phänomen, das der Münchner Mediävist Rudolf Schieffer 2013 unter dem Titel *Christianisierung und Reichsbildungen* für den Zeitraum 700–1200 erörtert hat² – überraschenderweise fehlt dieses Buch in Weilers Bibliographie und auch in den Anmerkungen, obgleich er sehr zahlreich deutschsprachige Literatur rezipiert hat. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Böswillig wäre es jedenfalls, eine Konkordanz beider Werke zu erstellen, denn bei gleichen Quellen sowie eigenen und fremden Forschungsvorarbeiten ist es durchaus möglich, auf ähnlichen Wegen zu neuen Einsichten zu gelangen.

In der Einführung zum ersten Abschnitt benennt der Verfasser die prägenden Rahmenbedingungen seines Vorhabens: die Konkurrenz zu Byzanz, die Rolle des Christentums und der einhergehenden Latinisierung (auch des Wissens), das Entstehen politischer Strukturen in neugebildeten Königreichen und ihrer Regierungspraxis, der Wandel in den Wirtschaftsformen und das Hinzukommen beteiligter Akteure an der Herrschaft (25–38). Daran anschließend folgen die »grundlegenden Texte« (39–63), die »Bibel, die Klassiker und die Kirchenväter« und die »mittelalterlichen Leser«, worunter die Zielgruppen der zeitgenössischen Autoren verstanden werden.

Der zweite Abschnitt »Creating Kingship« (65–115) versammelt in zwei Kapiteln (»Becoming King« und »Conferring Kingship«) Überlegungen zu den Stichworten »framework, place and players«, was so von der bisherigen Forschung nicht berücksichtigt worden sei (65). Weiler konzentriert sich unter der Überschrift »The Emergence of Kingship« (67–77) auf die jüngeren Königreiche in Europa seit der Wende vom 10. zum 11. Jahrhundert, die Anliegerländer des ehemaligen Frankenreiches bzw. von Byzanz, behandelt dann eingehender den Akt von Gnesen und den Herrschaftsantritt Rogers von Sizilien jeweils anhand der Quellen wie der Forschung. Die »Übertragung der Königswürde« (95–115) wird unter

dem Aspekt der Akteure (»Päpste, Kaiser und mächtige Nachbarn« sowie »Höflinge, Adlige und Bischöfe«), folglich einer Trennung zwischen Innen und Außen, untersucht.

Im dritten Abschnitt (117–225) geht es um die Regelung der Nachfolge als notwendige Konsequenz eines stabilen Königtums im Gegensatz zu einer einmaligen Episode sowie die damit verbundenen »norms and expectations« mit einem trans-europäischen Blickwinkel (117). Begonnen wird mit dem Herrschaftsübergang von Konrad I. auf Heinrich I. als ostfränkisch-deutsche Könige im Dezember 918 und dessen Folgen (121–124). Die Funktion von »Memoria, Kontinuität und Frieden« und von »Krise, Eignung und Recht« werden wieder anhand der jüngeren europäischen Königtümer mit Rekursen auf das genannte ostfränkische Exempel erläutert (124–143), wie auch die »Nachfolge als moralischer Prozess« in Polen um die Jahrtausendwende (143–150). Dass die Normen zur Disposition stehen konnten, wird am Beispiel Heinrichs I. von England im ersten Drittel des 12. Jahrhunderts erläutert (150–159). Einen Einfluss hätten auch die Leute um den König sowohl vor als auch nach dessen Tod gehabt (160–164).

Das zweite Kapitel dieses dritten Abschnittes handelt von der Designation eines Nachfolgers (165–225), »succession was a process, not an event« (165). Folgerichtig geht es um »das Versprechen der guten Herrschaft« (166–177) bei Designation und Krönung noch zu Lebzeiten des Vaters und das »Training for Kingship« (177–195) bzw. die Erziehung zum Ritter und die Verheiratung des Designatus (195–213), wobei der weite Blick auf die lateinischen Königreiche Europas gerichtet ist. Eine Ausnahmesituation stellte hingegen die »Deathbed Designation« dar (213–225), für die Weiler diachrone und Räume übergreifende Beispiele anführt, wobei er auch Wünsche oder Anweisungen für die Nachfolge im Angesicht des Todes berücksichtigt und auch sonst den Begriff gedehnt auslegt. Er folgert: »There also was no certainty that a favoured successor would indeed be chosen by the great men of the realm.« (225) Warum Friedrich I. hier als Beispiel für die Verweigerung der Großen, seinen Wunschkandidaten zu

2 RUDOLF SCHIEFFER, *Christianisierung und Reichsbildungen. Europa 700–1200* (C. H. Beck Geschichte Europas), München 2013.

wählen, herangezogen wird, bleibt dem Rezensenten schleierhaft, denn Designation, Wahl und Krönung des minderjährigen Sohnes, Heinrichs VI., fanden im Jahre 1169 statt und dieser trat dann auch 21 Jahre später ohne Probleme die Nachfolge Barbarossas an.

Der »Wahl« ist der vierte Abschnitt (227–302) gewidmet und beginnt mit einem Statement: »There could be no king who had not been chosen by the people« (227). Auch hier werden einige europäische Beispiele, vor allem aus dem deutschen Bereich, angeführt und die zeitgenössischen Debatten über eine rechtmäßige – zumeist als einstimmig verstandene – Wahl und über die Eignung des Thronfolgers nachvollzogen (233–258). Der Satz »Elections were both essential and elusive« (259) leitet das zweite Kapitel (»Choosing a King«, 259–302) des Abschnittes ein. Auch hier beziehen sich die Exempel auf denselben politisch-geographischen Raum im Untersuchungszeitraum, und es überwiegen die Quellen zum »deutschen« Reich. Die westfränkisch-französischen Beispiele sind hier die durch Wahl entschiedene Konkurrenz zwischen dem Karolinger Karl von Lothringen und Hugo Capet im Jahre 987 zugunsten des Letzteren (283 und 293) sowie die Wahl Philipps I., des Sohnes Heinrichs I., zum Mitkönig im Jahre 1059 (285).

Der fünfte Abschnitt (303–398) beschäftigt sich mit der Amtseinführung und zeichnet ein Panorama anhand der bereits vom Verfasser eingeführten Königreiche, Quellen und Forschungen. In einem eigenen Kapitel zum »Sakralkönigtum« (338–346) geht er von der in jüngerer Zeit geäußerten Kritik an dem Forschungsterminus aus (Ivo Engels, Johanna Dale) und kommt zu folgendem Schluss: »Sacrality ultimately meant that the right order of the realm was preserved. It did not set the king apart from his people, but reinforced the bonds between them« (345 f.). Kursorisch streift er den Investiturstreit und die Frage nach der Königssalbung, empfiehlt, »den Quellen zu folgen«, ohne sie freilich anzuführen, und bietet stattdessen eine beliebige Reihung von Forschungsnachweisen

(344, Anm. 164), um sich dann der Anthropologie zuzuwenden. Dass Marc Bloch im Literaturverzeichnis unberücksichtigt bleibt, überrascht daher nicht, zumal dem französischen Königtum im gesamten Buch eine geringe Rolle zukommt.

Da keiner der fünf Abschnitte eine geeignete Zusammenfassung bietet, ist man auf Weilers *Conclusio* (399–411) gespannt. Doch man wird enttäuscht, denn nichts Neues wird geliefert, es bleibt bei Plattitüden (»Paths to kingship were therefore not the ruler's alone to tread. His relatives, teachers and followers guided him along the way«, 401; »King-making could take several years«, 403; »Because it created a framework, not a template, high medieval thinking about power could easily accommodate with change«, 405; »Anyone holding power would be held accountable for his actions before God«, 408; und so fort). Am Ende der Zusammenfassung betont der Verfasser die Vernetzung der hochmittelalterlichen lateinischen Welt in Europa, den Austausch von Waren, Ideen und Diskursen sowie die Frage nach Norm und Praxis im Allgemeinen: »Now that we have a better sense of the extent to which kingship was a trans-european phenomenon, we can begin to place it in a broader global content.« (411, letzter Satz des Buches). Eine Idee, ein Vorschlag? Angesichts der zahlreichen bereits erschienenen Arbeiten zu der Thematik bleibt ein etwas verwirrter Rezensent zurück, zumal das oben genannte Buch von Schieffer, das immerhin acht Jahre zuvor erschienen ist, viele der Gedanken bereits ausgebreitet hatte.³

So bestätigt sich leider der Eindruck, den die eingangs erwähnte Karte hinterlassen hat: materialreich, aber ohne nötige kontrollierende Übersicht zusammengestellt. Zumindest ist der Ort St. Andrews in Schottland korrekt eingetragen, dessen Bischof zweimal erwähnt wird (318 und 329). Hier befindet sich die Alma Mater des Verfassers. Vielleicht hätte auch München eingetragen werden sollen, aber das gab es um 1100 noch nicht, wohl aber um 1200.



3 SCHIEFFER (Fn. 2) 309, die bessere Karte ebenda 310–311 und in Länge ausgeführt 312–324.

Christoph H. F. Meyer

References in the Vineyard of the Legal Text*

At the turn from antiquity to the Middle Ages, Isidore of Seville (c. 560–636) knew of special signs in the margins (*Etymologiae* I,XXI,28) that indicated that an explanation of the word or verse indicated could be found at a later place marked by the same sign. Already in antiquity, such cross-references were used to relate passages to each other in order to better understand difficult texts. About half a millennium after Isidore, in the 12th century we encounter similar aids, such as the so-called ›red signs‹, as part of the so-called ›renaissance of jurisprudence‹.¹ Apart from internal references, these texts also contained references to passages in other legal texts.

However, such phenomena are not peculiar to the learned laws. A first, though not comprehensive, insight into the ›reference cultures of the Middle Ages‹ is provided by a slim volume edited by the two Germanists Sabine Griese and Claudine Moulin. The book focusses on the High and Late Middle Ages and begins with an introduction written by the editors (Sabine Griese/Claudine Moulin, ›Verweiskulturen – eine Einleitung‹, 7–21). This is followed by four essays on individual topics. Stephan Dusil (›Require retro ... require in antea ... Verweiskulturen im mittelalterlichen Recht am Beispiel des *Decretum Gratiani*‹, 23–46) deals with references in medieval law using the example of the *Decretum Gratiani*. Nikolaus Henkel (›Verweisen aus der Sicht der Wissens- und Bildungsgeschichte. Sebastian Brants *Narrenschiff* und die *Stultifera navis*‹, 47–85) deals with the phenomenon in question in the German and Latin versions of Sebastian Brant's *Ship of Fools*. By contrast, Diana di Segni (›Die Marginalien in der handschriftlichen Überlieferung des *Dux neutrorum* von Moses Maimonides‹, 87–103) considers marginalia in the manuscripts of Moses Maimonides' *Dux neutrorum*, while Markus Späth (›Eine Verweiskultur in Wachs. Siegel als Medien sozialer Zuordnung und Distinktion im Spätmittelalter‹,

105–139) examines late medieval seals as a form of reference. The volume concludes with a list of authors, several colour illustrations of manuscripts, prints and seals as well as two indices: the first of names, places and topics, the second of manuscripts, prints and objects (141–165).

From the perspective of legal history, the introduction and Dusil's essay are of particular interest. In their introduction, Griese and Moulin start with the general phenomenon of referencing and then approach the focus of the anthology, namely the script-based ›reference systems‹ of the Middle Ages (8), using, among other things, a number of illustrative examples. In this context, the authors also discuss their approach (13–14), which in particular includes the idea ›that practices of referencing can only be meaningfully understood in their functionality at the specific historical location of a work or object‹ (14). The starting point for answering the question of the function of references are thus the primary sources, from which a multifaceted picture emerges – also indicated by the plural in the book's title: ›cultures of reference‹. The alternative of approaching the topic theoretically is mentioned in connection with the concept of intertextuality; however, it is not pursued, since the editors estimate that such an approach would yield few results. After this methodological clarification and an overview over the following essays (14–19), Griese and Moulin conclude with some general observations on referencing and its significance in the medieval orders of knowledge (19–20).

Following the introduction, Stephan Dusil takes a detailed look at references in medieval (canon) law. The focus of his essay is the *Decretum Gratiani*. First, however, he offers an introduction (23–26) based on German legal sources of the 13th and 14th centuries. At the end of this section, he defines *Verweise* comparatively broadly as ›reference[s] to a passage in the same manuscript, to

* SABINE GRIESE, CLAUDINE MOULIN (eds.), *Verweiskulturen des Mittelalters* (Wolfenbütteler Forschungen 167), Wolfenbüttel: Herzog August Bibliothek 2022, 165 p., ISBN 978-3-447-11684-8

1 GERO DOLEZALEK, RUDOLF WEIGAND (1983), *Das Geheimnis der roten Zeichen. Ein Beitrag zur Paläographie juristischer Handschriften des zwölften Jahrhunderts*, in: *Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechts-*

geschichte. Kanonistische Abteilung 69, 143–199.

another legal text or to another subject matter« (25). Dusil lists various forms of references: a) implicit references, where the reader himself makes a reference to another text, b) explicit references (signalled by words like *infra*, *supra*, etc.), c) references that do not originate from the text's ›author‹ but have been added later, and d) visual, non-textual references.

Armed with the tools thus devised, the author approaches the *Decretum Gratiani*, which can be addressed equally as a collection and as a textbook of canon law. The work is traditionally attributed to the monk Gratian, and according to the current state of research it was produced in two redactions – the first roughly between 1120 and 1140, the second in the first half of the 1140s – and continued to be supplemented until the end of the 12th century. The *Decretum* is of great historical importance because Gratian's teaching based on it led to two key developments in Bologna: the emergence of a law school and of a canonistic literature based on the *Decretum*, which spread to other parts of Europe from the 1150s onwards. Closely connected to the emergence of the science of canon law was the rise of the canonists, who were to have a decisive influence not only on the development of ecclesial but also of secular law in the following centuries.

In the main part of his essay, Dusil first considers (26–37) Gratian's *Decretum* in its capacity as a ›medieval textbook of canon law« (26). Here, he discusses the so-called *dicta Gratiani* contained in the two redactions, which explain the authorities contained in the *Decretum*. As in older collections of canon law, the number of implicit and explicit references in the *Decretum Gratiani* is limited. While the former refer in particular to the canonical tradition and can determine the structure of the *Decretum*, the explicit textual references have two main functions. They are mostly used to avoid the repetition of a chapter listed elsewhere. Only occasionally do they serve to relate content dealt with in different chapters to each other and thus contributed to a deeper intellectual analysis of the

authorities. This finding with regard to the references' function – which reveals continuity rather than a radical break with the pre-Gratian collections of canon law – corresponds to the findings regarding their quantity. Thus, in the first redaction, there are just 13 explicit references in the *dicta Gratiani*, and 29 in the second redaction (35).

In contrast, a real quantum leap began with what Dusil calls the *ergänzte Verweise* (›added references«, 37–44). They are found in the glosses that were entered in various layers in the margins of the *Decretum Gratiani* from about 1150 onwards and finally found a permanent context of transmission in the *Glossa ordinaria* to the *Decretum* compiled by Johannes Teutonicus (after 1215) and revised by Bartholomaeus Brixiensis (1234–1241). The importance of the glosses for Dusil's object of study lies above all in the combination of canonical reflections with references, whether to (other) passages of the *Decretum Gratiani* or to other texts, and especially to legal sources, which were indicated in a highly abbreviated form with the help of *allegationes*.² In contrast to the visual references (44), which are only briefly discussed, the references contained in glosses became a mass phenomenon within a few decades from the middle of the 12th century onwards, marking the real break with the world of pre-Gratian collections of canon law. In the middle of the 12th century, as Dusil's summary (44–46) states, ›a principally new access to normative texts emerged through references« (44). Of particular interest here is an observation pointedly formulated by Dusil on the functional significance of this process: the linearity of the pre-Gratian collections of canon law and to some extent also of the *Decretum Gratiani* was replaced by the relationality of *allegationes*. Allegations and the references not only created a network connecting works such as the *Decretum Gratiani* or the Digest; they also led to the emergence of a new networked legal knowledge that succeeded the old linear one (44).

So much for the content of the parts of the collective volume that are of particular interest to

2 HERMANN KANTOROWICZ (1935), Die Allegationen im späteren Mittelalter, in: Archiv für Urkundenforschung 13, 15–29. See also MELODIE H. EICHBAUER / JAMES A. BRUNDAGE (2023), Medieval Canon Law. Second edition, Oxford, 164–172.

Paucaplea, allegedly Gratian's first pupil, is said to have already entered such references as glosses in the *Decretum*. See The Summa Parisiensis on the Decretum Gratiani, ed. TERENCE P. McLAUGHLIN, Toronto 1952, 1 (D. 1 c. 1 v. fas).

legal historians. Looking at the volume as a whole, it is first of all commendable that the editors have made references the subject of discussion at all. Equally welcome is their decision to approach the subject from the perspective of the sources rather than theory. Once concrete findings have been elaborated, the question of the theoretical basis for understanding them (e.g. intertextuality) can be answered with incomparably greater benefit for medieval studies.

If the collective volume as a whole deserves recognition, this applies all the more to Dusil's contribution. It is true that authors have dealt with canonistic references before, but this was done within the framework of the history of the sources of canon law. By contrast, Dusil largely breaks new ground with his cultural-historical approach. Even though the study of the *Decretum Gratiani* yields only limited conclusions about medieval law as a whole, Dusil's article offers important insights that should inspire further work. These include the distinction between the different types of references, the observations on the *dicta Gratiani* and the decretistic glosses, as well as the important point regarding the new kind of networked legal knowledge that emerged through glosses and references. Further research would be desirable in this area in particular.

It would also be worthwhile to examine the cultural context of the phenomenon more closely. Regardless of which form of references one considers, they draw attention to an essential activity of the (learned) jurist, namely the intensive work with texts. This focus was not limited to legists and canonists in the 12th century but was in line with the times, more precisely with scholasticism. This has already been pointed out some time ago. We need only recall Ivan Illich's study of early scholastic text culture (»In the Vineyard of the Text«) and Rolf Schönberger's reference to »thinking along the text« as a characteristic of scholasticism.³

Particularly with regard to working with texts, however, the limits of the practice of referencing also become apparent, as the example of the

allegationes shows. The great advantage of *allegationes* lay in the short and precise indication of where a certain passage could be found in the individual parts of the *Corpus Juris Civilis* and the *Corpus Juris Canonici*, in the *Lombarda*, the *Libri Feudorum* or the *Glossa ordinaria*. This information, however, had a serious disadvantage for outsiders, since it was based on a system of abbreviations that even educated non-lawyers found difficult to understand and even more difficult to apply themselves. A scholar like Dietrich of Nieheim (c. 1345–1418), who had studied canon law himself but without earning a degree, therefore saw fit not to make more extensive use of allegations with a view to the judgement of the doctors of both laws, and to rely instead on theological and moral arguments.⁴ The exclusionary effect of the *allegationes* was not entirely inconvenient for the jurists, but it limited the scope and impact of their own argumentation in the debates with members of other disciplines.

As time went on, however, the use of *allegationes* brought problems even among jurists. In order to understand this development, one must once again recall the function of the respective references. It originally consisted of providing an indication of where the reader could find additional material to better understand a specific passage in a legal text such as the *Decretum Gratiani*. However, the more the number of such references grew, the more difficult it became to follow them up. The late medieval reader was therefore often confronted with an impenetrable forest of *allegationes*. As many of them were used to back up the author's view, the impression could arise that such pieces of information primarily served his self-promotion.⁵ But if *allegationes*, especially those in glosses, seemed to have become a kind of learned ornamentation, was it not then logical to return to focussing on the legal text itself once more? Such considerations are occasionally found as early as the Late Middle Ages and were especially common among 16th-century humanist jurists (*mos gallicus*). However, even if the *allegationes*' retreat had al-

3 IVAN ILLICH (1996), *In the Vineyard of the Text. A commentary to Hugh's Didascalicon*, Chicago/London; ROLF SCHÖNBERGER (1991), *Was ist Scholastik?* (Philosophie und Religion 2), Hildesheim, 83.

4 ACHIM FUNDER (1993), *Reichsidee und Kirchenrecht*. Dietrich von

Nieheim als Beispiel spätmittelalterlicher Rechtsauffassung (Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte, Supplementheft 48), Freiburg/Basel/Wien, 102–103.

5 This applies not only to jurisprudence but also to other disciplines, such as

Exegesis. Cf. JEAN GERSON, In Marc. I. 2 (89), in: ID., *Œuvres complètes*, ed. P. GLORIEUX, vol. 3, Paris/Tournai/Rome/New York 1962, 26–36, 28.

ready begun by this time, in the form of glosses they would continue to determine the appearance of many legist and canonist prints until the first half of the 17th century.

If one looks back from the end points to the beginnings of the development, this edited volume

offers a good entry point to deal with an important aspect of the relationship between law and text in the Later Middle Ages in more detail. *Vivant sequentes!*



Toomas Kotkas

What's the Point in Quantifying Legal Codifications?*

Swedish medieval provincial law codifications (*landskapslagar*) and royal law codifications (*landslagar* and *stadslag*) have been the object of legal historical research for almost two hundred years now. A total of 13 provincial law codifications and 3 royal law codifications that date back to the 13th and 14th centuries have been preserved for posterity (some only partially). The law codifications were first published in original old Swedish by C.J. Schlyter in a thirteen-volume compilation called *Samling af Sveriges Gamla Lagar* (1827–1877). It was not until the 1930s and 1940s that the provincial law codifications were translated into modern Swedish by Åke Holmbäck and Elias Wéssen in a five-volume compilation, *Svenska Landskapslagar* (1933–1946). In 1962, their translation of Magnus Eriksson's Law of the Realm, *Magnus Erikssons landslag i nusvensk tolkning*, was published. Four years later, in 1966, they also published a translation of Magnus Eriksson's Town Law, *Magnus Erikssons Stadslag*.

These Swedish medieval codifications have been studied not only from a legal historical point of view but also, for instance, from the point of view of cultural history, social history and linguistic history. Despite different approaches, there have been a few general research themes that all historical research has been interested in. These are,

among others, the question about the chronology of the provincial law codifications, i.e. which of the codifications are older and which more recent. Furthermore, historians have been interested in the question of regional characteristics of the provincial codifications, i.e. whether the codes can be divided into larger groups according to their geographical origin. Indeed, from early on, scholars have divided the codifications into ›southern region‹ (*Götaland*) and ›northern region‹ (*Svealand*) codifications.

Fredrik Charpentier Ljungqvist is Professor of History (esp. historical geography) at Stockholm University. He has previously studied historical climatic changes, plagues, and harvest yields in Sweden and in Scandinavia. Ljungqvist has also studied Nordic medieval law especially from the point of view of royal powers. In this regard, the present book is a natural continuation of his previous work.

In this book, Ljungqvist sets himself the following, more general, research aim: ›to systematically investigate, for the first time, the similarities and differences between ten of the fully preserved medieval Swedish laws (originating between c. 1225–1350) and their legal provisions, through employing mainly quantitative methods‹ (3–4). The similarities and differences between the codi-

* FREDRIK CHARPENTIER LJUNGQVIST,
Quantitative Approaches to Medieval
Swedish Law, Newcastle upon Tyne:
Cambridge Scholars Publishing
2022, XIV + 209 p.,
ISBN 978-1-5275-8056-5

fications are investigated in regard to four specific themes: length and structure of the codifications (Ch. 3), fields of law in the codifications (Ch. 4), type of law and provisions, i.e. procedural/civil/criminal/public law, and casuistic/abstract provisions (Ch. 5), and legal consequences (Ch. 6). The quantitative methods used in the study are different correlation analyses (Pearson, Spearman, variation, Gini) as well as hierarchal cluster analyses (Euclidean, Ward).

At the beginning of each main chapter, Ljungqvist puts forward four to six hypotheses. These hypotheses are based on earlier research on the medieval law codifications. The aim is to test each hypothesis and either validate or refute them. Of the total of 21 hypotheses, 12 are validated, 5 refuted, and 4 neither validated nor refuted. In chapter 3, for instance, one hypothesis is that the laws tend to get longer over time, both in terms of number of words and number of provisions. This hypothesis was validated based on both the Pearson correlation and the Spearman's rank correlation. The conclusion is that codifications containing more words also contain more legal provisions. This seems obvious but it could also be otherwise; words could increase without the number of provisions increasing – and vice versa. One example of a hypothesis that was refuted is the one in chapter 6, according to which newer codifications contain more provisions on economic punishments than the older ones. The contrary was found to be the case.

One of the main problems of using quantitative methods in the analysis of medieval law codifications – or law codifications from any other period, for that matter – is the question of coding, i.e. how ›objectively‹ the material can be classified according to pre-set codes or parameters. For instance, it is not necessarily easy to decide whether an individual provision belongs to procedural law or criminal law. Or whether a particular provision is casuistic or abstract in nature. Ljungqvist is fully aware of this problem and is open about his methodological choices and coding. This is, of course, how all research should be – transparent.

Notwithstanding the transparency, some choices are nevertheless open for criticism. For instance, in admitting the difficulty of classifying medieval law provisions into only casuistic and abstract ones, Ljungqvist comes up with a third category, ›formal casuistic‹. By this, he refers to legal provisions ›that are drafted in a rather casu-

istic form, but are clearly intended for a more general application‹ (95). Despite creating this intermediate category, Ljungqvist eventually considers formal casuistic provisions as casuistic law instead of abstract law. This has a direct bearing on the conclusions that he draws – older codifications contain a larger proportion of casuistic law than the newer ones. However, if one were to consider ›formal casuistic‹ provisions abstract law rather than casuistic, the conclusion would be different. In that case, the proportion of casuistic law seems to be more or less the same in all of the codifications (20–30 %, with the exception of 40 % in the *Guta Law*) and thus there would not be temporal differences.

Another example of problems related to coding concerns the question about the differences between the codifications of *Götaland* and *Svealand*. When compared in respect of the proportion of *different fields of law* in the codifications, Ljungqvist claims that the hypothesis that there were distinct differences between these two regions can be rejected. However, he immediately adds that provisions regarding the state, public administration, and property rights and management were more common in the codifications of the northern region (91). He also makes a disclaimer that ›the results in this study in no way preclude the presence of real and significant legal differences between the *Götaland* region and the *Svealand* region in other respects‹ (170). Indeed, if one has a closer look at the provisions *within* different fields of law *qualitatively*, differences start to emerge. For instance, the codifications of the southern region contain far more provisions on slaves and slavery, ›foreigners‹, taking oaths, and outlawry. So, whether we can detect differences between various codifications or not, this eventually comes down to the question of the scale of analysis. If we use a broad scale in studying the codifications, they are more likely to resemble each other. But if we use a smaller, more detailed scale of analysis, differences are more likely to be found.

Despite the problems that I have pointed out in the use of quantitative methods, Ljungqvist's book is an interesting addition to the already existing large body of research on the Swedish medieval law codifications. In regard to the question posed in the title of this book review, in my opinion the obvious answer is that the use of quantitative methods can offer some complementary points of view, but it cannot replace the qualitative study of

historical legal codifications, statutes or provisions. Of course, this is not something that Fredrik Ljungqvist would deny. He, too, sees the two methodological paradigms as complementary (36). However, my impression is that quantitative methods could be most useful in the historical

linguistical / philological research of medieval law codifications, in which case one could utilize the smallest scale of analysis, i. e. having single words as coded units.



Rômulo da Silva Ehalt

The Multilayered World of Medieval Japanese Legal History*

Between the Ōnin War (1476–1477) and the late 16th century, the central Japanese military government lost much of its administrative power. During this transitional period, in which the central government was in the hands of the ever-adaptive Ashikaga shogunate, ephemeral alliances (known in Japanese as *ikki*) were often formed among country warriors, village leaders, farmers, Buddhist monks, Shinto priests, or city folk in order to resist attacks perpetrated by outsiders, neighboring powers, and bandits, as well as other military threats. The result was an intricate system of surviving medieval institutions, emerging local autonomous leadership, and new warlords competing for political power, the ability to resolve conflicts, and the rights to collect taxes throughout the archipelago. Law followed suit, becoming plural and multilayered, with multiple legislative agents operating in a sea of different customary norms and legal texts inherited from previous centuries.

The volume *Muromachi, sengoku jidai no hō no seikai*, edited by Matsuzono Jun'ichirō and published in 2021 by the Japanese publishing house Yoshikawa Kōbunkan, focuses on the legal complexities of the roughly one and a half centuries that encompass the late medieval and early modern period known in Japanese history as the »Warring States Period« (*Sengoku jidai*). Even though there is no shortage of Japanese textbooks on legal history,

this is a rare piece considering its chronological focus and the way it introduces students to current debates in each area. In the introduction, the editor delineates the general aspects and guidelines of the book as well as his views on the role of law, ethics, and custom as normative principles. As in his previous works, Matsuzono searches for ways to understand and conceptualize the various terms and forms of Japanese normativities – particularly the central ideas of *hō* and *ri*, which can be loosely translated as »law« and »principle« – from local sources rather than by comparing and forcefully adopting European legal concepts. Matsuzono's thought process is guided by questions such as: what legislative powers are behind each norm? What norms supersede others? Should written norms be understood as commands or were they the codification of practical or customary rules? Given the lack of simple answers and the absence of clear-cut limits between the various normative orders in force at the time, the book is aimed at presenting state-of-the-art research while pointing students to new research paths in Japanese legal history.

The main topics of the volume are the numerous legislative authorities of the period, the extent of their administrative and enforcing powers, the role of law in various spheres of life, and the general intricacies of the legal systems put in place in the period, with short considerations regarding

* MATSUZONO JUN'ICHIRO, *Muromachi, Sengoku Jidai no Hō no Sekai* [The World of Muromachi and Sengoku Law], Tokyo: Yoshikawa Kōbunkan 2021, 292 p., ISBN 978-4-642-08397-3

previous centuries – including the *Kamakura*, and the *Nanboku-chō* or Northern and Southern Courts periods. With the exception of Matsuzono's four texts (introduction, the first chapter of the first part, the eighth chapter of the second part, and the epilogue), all contributions are by scholars originally specialized in Japanese political, social, economic, and religious history rather than legal history.

The first nine chapters, gathered under the title *Shokenryoku no hō* (»The Laws of Various Authorities«), explore the numerous autonomous administrative levels and normative orders of Japan. These include the laws of the shogunate, norms enacted by shogunate-appointed local governors (*shugo*), laws by local military leaders (*ryōshu*), powerful regional warlords and their domanial codes (*bunkokuhō*), laws governing temples and sanctuaries (*jishahō*), and village and city ordinances. Chapters such as the ones by Hirai Kazusa, Fujii Takashi, and Goza Yūichi show a keen awareness of the difficulties in defining some key concepts such as *shugo*, local laws and the *bunkokuhō*, with numerous references to significant past contributions to each area. Especially interesting is Kubo Ken'ichirō's contextualization of different orders and norms enacted by local warlords that are not normally classified as codified domanial norms. Moreover, as in all chapters of the book, every author indicates source collections and other materials that might guide students interested in following the proposed research topics. For instance, Koike Katsuya's analysis of temple laws begins with a standard definition taken from the *Kokushi daijiten* (»Great Dictionary of National History«) – which the author uses to structure his chapter – and suggestions of edited compilations of primary sources.

The eight chapters of the second part, *Hō no shoryōiki* (»The Various Areas of Law«), cover classical Japanese legal commentaries, the relationship between law and families, the role of law in medieval economics, war codes, the complex interplay between Buddhism and secular laws, the influence of natural disasters on normative creation, and the transformation of customary norms

into written law. Interesting insights and future research topics are put forward by authors such as Mieda Akiko, whose panorama of systems of social division (*mibunsei*) ends by proposing further analysis of the two criteria used in medieval Japanese social taxonomy: whether the individual had an official post (*kan'i*) or not, and if they were a person (*hito*), a child (*warawa*), a monk (*sōryo*) or an outcast or non-person (*binin*). Other contributions, such as Ikoma Tetsurō's chapter on religion and law, focus on the transformations these topics underwent during the period covered by the book. Although most chapters present general panoramas of their topics, some choose specific examples to enrich their narratives by showing concrete analyses of primary sources, such as in the case of Kawauchi Masayoshi's take on city ordinances, Nishikawa Kōhei's study on law and natural disasters, and Noritake Yūichi's discussion of military norms. The book ends with a chronological table for the main events of Japanese legal history between 1392 and 1590 and an epilogue in which Matsuzono reminds the reader of the many challenges put forward by the chapters, such as the difficulty in analyzing regional differences, and his hopes for future research.

In general, the volume introduces the many ways in which legal texts, especially those from the six-volume compilation of primary sources *Chūsei hōsei shiryōshū*, can be used to further research in each area. All historical terms are accompanied by pronunciation guides (*furigana* or *rubi*), helping readers unfamiliar with specific terminology. By showcasing the many possibilities of engagement in the intersection of Japanese history and Japanese legal history, this volume evidences a certain degree of openness to the debate that may point to new exchanges between Japanese legal historians and international scholarly debates. Furthermore, the general guidelines of the book in its quest for strengthening Japanese definitions of legal concepts fall in line with calls made by European scholars to emancipate Global Legal History from its Eurocentric notions and explore the creation of new conceptual tools for non-Western legal histories.¹ Certainly, taking the sugges-

1 THOMAS DUVE, Global Legal History: Setting Europe in Perspective, in: HEIKKI PIHLAJAMÄKI et al. (eds.), Oxford Handbook of European Legal History, Oxford 2018, 115–140, 135.

tions presented in Matsuzono Jun'ichirō's volume beyond the traditional national borders of Japanese legal history to new areas, such as the study of the contacts between Japanese and non-Japanese normative orders, will require deep reflection on

different worldviews, forcing scholars to further develop new conceptual frameworks capable of dealing with the incommensurable distinctions rising from these settings. ■

Caspar Ehlers

Zettels Raum*

Bei dem anzuzeigenden Werk aus der Feder des emeritierten, einst an der Vanderbilt University in Nashville, Tennessee, lehrenden Rechtstheoretikers und Politikphilosophen Larry May handelt es sich eigentlich um das, was im anglophonen Sprachgebrauch als *Reader* bezeichnet wird: eine breit angelegte Übersicht über die Rechtsfelder der Periode der doch nicht so finsternen Dark Ages (1) mit einer entsprechenden Auswahl an Quellen. Es schließt in Aufbau und Format an Mays *Ancient Legal Thought* (Cambridge 2019) an und soll dort bereits angerissene Fragen über die Fortentwicklung des Rechts und des politischen Denkens in der Epoche zwischen dem Ende der Antike und dem Beginn der Renaissance weiterführen (1). Die gewählte Methode »is largely comparative in two senses«: Der Autor vergleicht Ideen von einer Gesellschaft mit Ideen derselben Gesellschaft in einer späteren Zeit sowie Ideen einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit mit Ideen zum gleichen Gegenstand in einer anderen Gesellschaft derselben Zeit (1 f.) und erfüllt damit die Anregungen Marc Blochs aus dem Jahr 1928.¹ Zugleich will er sich nicht auf »den Westen« beschränken, sondern west-östliche Ebenen des Vergleiches eröffnen (2).

»In this sense this work is meant to be multi-cultural and hence we find significant treatment of Islamic legal and political thought as well as

that of Indigenous legal and political thought in the Americas and Africa at the end of the Medieval period« (2).

Zu diesem Behufe hat May das Werk in vier Teile und einen Anhang gesondert, die jeweils in Sektionen gegliedert sind: Part A: Germanic Law and Byzantium: Section I. Justice and Jurisdiction, Section II. Legal Personhood and Status, Section III. Criminality: Individual and Collective, Section IV. War and Peace; Part B: Islamic and Canon Law: Section V. Divine and Natural Law, Section VI. Legal Status, Section VII. Crime and Punishment, Section VIII. Justifying War; Part C: English Common Law and Early Icelandic Law, Section IX. Substantive and Procedural Law, Section X. Status, Section XI. Criminal Law, Section XII. International Law; Part D: Neo-Aristotelian Jurisprudence: Section XIII. Natural Law, Equity, and Procedural Law, Section XIV. Status and Criminality, Section XV. International Law; Appendix: Indigenous Law in the Americas and Africa.

Jede dieser Sektionen ist in mehrere Kapitel gegliedert (insgesamt sind es 35), die ihrerseits in einzelne schlagwortartige Unterkapitel eingeteilt sind. So ist das Inhaltsverzeichnis (v–xiii) zugleich auch eine gute Hilfe zur Orientierung innerhalb des Buches, zumal die meist vier Kapitel einen komparatistischen Zugang im Sinne der Einleitung ermöglichen.²

* LARRY MAY, *Medieval Legal and Political Thought. From Isidore and the Quran to Maimonides and the Incas, New Castle upon Thyne: Cambridge Scholars Publishing 2022*, 545 S., ISBN 978-1-5275-7582-0

1 MARC BLOCH, *Pour une histoire comparée des sociétés européennes*,

in: *Revue de synthèse historique* 46 (1928) 15–50. Auch in deutscher Übersetzung in: DERS., *Aus der Werkstatt des Historikers. Zur Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft*, hg. von PETER SCHÖTTLER, Frankfurt am Main 2000, 122–159.

2 Das Inhaltsverzeichnis, das hier nicht in Gänze ausgebreitet werden kann, findet sich im Internet: <https://www.cambridgescholars.com/resources/pdfs/978-1-5275-7582-0-sample.pdf> (abgerufen am 17. April 2023).

Dass Teil A mit »Germanic Law« überschrieben ist und dieser Terminus konsequent angewendet wird, erklärt Larry May damit, dass »barbaric« pejorativ sei, und in diesem Sinne wolle er auch den Begriff »pagan« bei außerchristlichen Religionen vermeiden, »but refer to the various Germanic views of religion« (3). Das Faszinierende an den Germanen sei, dass sie erst nach dem Kontakt mit den von ihnen verdrängten Römern begonnen haben, eigene Gesetze zu schreiben (3 f.), die *Leges Barbarorum* – wie der Rezensent, dem ein verallgemeinernder Germanenbegriff doch suspekt bleibt, sie weiterhin nennen möchte.

Dies waren übrigens die beiden einzigen Anliegen des Autors in der kaum anderthalb Seiten umfassenden Einführung zu Teil A, was sich wiederum mit der Beobachtung deckt, dass die Eigentexte generell recht kurz und auch anmerkungsarm sind. Dieser Befund spiegelt sich im angesichts der umfassenden Thematik recht sparsam ausgefallenen Literaturverzeichnis (518–530), das Quellen und Forschungsliteratur ungetrennt aufführt, wobei die Quellen gegenüber der – rein englischsprachigen Literatur – überwiegen; auch die vor wenigen Jahren auf Deutsch geführte intensive Debatte über den Germanen- versus den Barbarenbegriff scheint nicht rezipiert worden zu sein. Die einzelnen Unterkapitel sind in der Regel nicht länger als drei oder vier Seiten. Sie bieten jeweils

mehrere Quellenzitate, die durch Kommentare des Verfassers miteinander verbunden werden, ohne dass sie quellenkritischer oder forschungsgeschichtlicher Kritik ausgesetzt werden. Daher entsteht eher eine Art zitatgestützter Erzählung, bei der die Trennung der Bereiche *legal* und *political thought* nicht immer einfach nachzuvollziehen ist. Die herangezogenen Texte stehen gewissermaßen für sich selbst in einer Art positivistisch-musealer *bricolage*, Fragen nach Norm und Praxis werden an sie nicht gestellt. So entzieht sich das Kompendium durch seine innere Struktur der Möglichkeit einer detaillierten Analyse im Rahmen einer herkömmlichen Rezension.

Über Notwendigkeit und Nutzen eines solchen Florilegiums lässt sich trefflich streiten. Vermutlich als Grundlage für Vorlesungen gesammelte Quellenzitate ergeben einen geordneten Zettelkasten, der durch seine Ausschüttung unter dem flackernden Licht eines Stroboskops durchaus faszinierend wirken kann. Intensive Beschäftigung mit den kurzfristig aufleuchtenden Quellen sowie ihren im Dunkeln verbleibenden Hintergründen inklusive der bisherigen internationalen Forschungen zu ihnen ersetzt dieser *Reader* jedoch nicht. Aber er regt an, wie der Besuch einer Ausstellung mit Zitaten statt Bildern, und das ist nicht wenig.



Kyriaco Nikias

Legal Sources from the Venetian East*

The Venetian administration in its eastern colonies has endowed historians with an extensive and varied supply of documentary evidence produced by busy and precise functionaries. Among these, certain kinds of documents have attracted more

attention than others, and perhaps none more than the famous embellished reports given in Venice by patricians retiring from their colonial postings (the *relazioni*). While many series of the more popular sources have made their way into published edi-

* NIKOS E. KARAPIDAKIS (ed.),
Διατάξεις Λειτουργίας του
Συμβουλίου της Πολιτείας της
Κέρκυρας, 1422–1797 / Libro d'ordini
del Consiglio della magnifica Città di
Corfù, 1422–1797 (Βιβλιοθήκη των
Γενικών Αρχείων του Κράτους 38),
Athens: Εθνικό Τυπογραφείο 2021,
699 p.

tions, the records of the colonial administrations themselves and of the local political organs have largely remained unpublished. In reflection perhaps of the predominantly social interests of the historiography, the legal sources have generally been somewhat neglected. By consequence, the literature has become complacent with rather vague conceptions of the complex legal and political structures which maintained Venice's power over its distant colonies. The promotion of legal evidence would do much to improve the situation. This review considers a new edition of a compilation of laws from Venetian Corfu. As the first publication of local laws from the Venetian East (the *Levante*), it promises to be of great interest to the historiography of the region and to colonial legal history generally.

The competence of local lawmaking in the Venetian colonial polities (*reggimenti*) was not monopolised by a single organ. Laws were made not only by the councils (*consigli*) comprised of the local citizens (*cittadini*), but also through decrees of the Venetian officials, both those posted to one jurisdiction (e.g. *bailo di Corfù* or *provveditor di Zante*) and those supervising whole regions (e.g. *provveditori generali in Dalmazia e Albania* or *da Mar*).¹ By the 18th century, successive administrations of what had become the three main colonies in the East (the *tre isole di Levante*: Corfu, Cephalonia and Zante) had inherited large bodies of local laws made by the various competent bodies. These were compiled by colonial officials into series of

edited copies (*copiarii*) which relieved the administrators of the need to consult the dispersed original acts. Some forensic research at Venice and Corfu has sought to trace the compilations of laws which had once formed the basis of the archive of the *provveditori generali da Mar* based at Corfu.² A collection of decrees and local regulations had been commissioned by the *provveditor general* Francesco Grimani in 1760 to ease the work of his successors by providing them with an alphabetically ordered repository of legal authorities. While the fate of this *Compilazione delle Legge per il Levante* remains unclear,³ collections of smaller scope have survived. The laws of Cephalonia (*Ordini di Cefalonia*) survive in two manuscripts of 1786 held at the State Archives at Athens and others at the Archivio di Stato di Venezia (ASV) and the Biblioteca Marciana.⁴ Those of Zante must be reconstructed from citations of the *libri degli ordini* in the major 19th-century literature, and from the copies held at the ASV, as the local archive was destroyed in 1953.⁵ Among the equivalent collections from Corfu is a compilation of acts of the local council, the *Statuti del Consiglio della città di Corfù*, which has now been published in a new edited volume by Nikos E. Karapidakis.⁶

The present series of laws from Corfu was compiled by at least two hands, the first being the *cancellier* Stelio Calogerà around 1715–1717, whose collection was later extended to 1797 by at least one unnamed hand whom Karapidakis dates to the years after the fall of Venice (28–29). The 322

1 See G. POJAGO, *Le Leggi municipali delle Isole Jonie*, vol. I, Corfu 1846, 5–6.

2 P. TZAVARA, S. KARYDIS, *Τὸ ἀρχεῖο τῶν γενικῶν προβλεπτῶν θαλάσσης*, Athens 2012, 25–26, 47, 125.

3 *Ibid.*, 86, and generally 59–86.

4 Γενικά Αρχεῖα του Κράτους – Κεντρική Υπηρεσία, Mss. 20 and 229. The manuscripts are similar but not identical. While Ms. 229 is the apparently nicer manuscript and would appear the more final copy, it often contains declared omissions where the text is more complete in Ms. 20. Another series is in: Archivio di Stato di Venezia (ASV), Archivi propri dei rettori, provveditori e altri pubblici rappresentanti, b. 2, *Ordini di Cefalonia* (uncatalogued). The same *busta* contains a manuscript of identical binding entitled *Ordini di Cerigo*.

I owe thanks to Prof. Maria Fusaro for help in locating this fond. Another collection of Cephalonian laws is in: ASV, *Compilazione delle leggi*, I serie, b. 126. Copies of 16th-century laws relevant to Cephalonia are assembled in a manuscript at the Biblioteca Marciana: cod. It. VII, 1534 (= 7839). See also G. POJAGO, *Le Leggi municipali delle Isole Jonie*, vol. II, Corfu 1848, 411–472 (*Leggi municipali di Cefalonia*).

5 See M. KOLYVA-KARALEKA, *Il »Memorial di tuti libri di Camera di Zante« (1498–1628). Problematica sulla ricostruzione dell'»Archeiophylakeion« di Zante*, in: *Studi Veneziani* 13 (1987), 301–337. The copies are held in two bound volumes deposited apparently by functionaries of the *provveditori* and now located at the end of the series of dispatches: ASV,

Senato, Dispacci dei Rettori, Zante, bb. 30 and 31, »Ordini della Cancellaria della Comunità«. See also the documents compiled in ASV, *Compilazione delle leggi*, I serie, b. 378. See also G. POJAGO, *Le Leggi municipali delle Isole Jonie*, vol. II, Corfu 1848, 276–408 (*Leggi municipali di Zante*).

6 ΓΑΚ – Αρχεῖα Κέρκυρας, Ενετοκρατία, f. 95. A compilation of laws beyond those relevant to the council is held in: ASV, *Compilazione delle leggi*, I serie, b. 154. See also G. POJAGO, *Le Leggi municipali delle Isole Jonie*, vol. I, Corfu 1846, 17–447; vol. II, Corfu 1848, 3–273 (*Leggi municipali di Corfu*).

entries mostly span the 17th and 18th centuries, with four dating to the 16th and just two to the 15th. With the exception of formulaic legalisms and decisions of high Venetian magistrates like the *avogadori de comùn* (or *advocatores communis*, e.g. 336–337) which appear in Latin, the entries are in the Venetian dialect and their construction exhibits the general characteristics of Venetian legal style.

A catalogue of entries (587–605) allows comparison of the matters to which the orders, decrees, and regulations are addressed. The presentation of the entire series of legislation here reveals certain trends in Venetian administrative practice as they manifest in the colonial apparatus. An imperial concern over the management of local power is represented by increasing regulation of the institutions through which the local elites participated in government. Among these were the council (*consiglio*) and the smaller *conclave*. The legislation shows a trend towards the codification of these bodies' procedures and powers, which represents a Venetian hold on local power. The dissatisfaction of the Venetian administrators with the execution of local elections for the council and various offices was perhaps the most common cause of regulatory intervention, such as in a prohibition of the abuse of influence in electoral politics (63, cf. 82–83, 107–109). Another, and related, mechanism of control was the institution of the fabled register of noble births (*libro d'oro*) following the model of the class system of Venice proper (61–62). Other regulations concern the election of offices from the members of the council (*giudici, sindici, censori*, etc.: 102–104, cf. 484–491), who comprise an arm of the colonial apparatus filled by local elites (which remains to be seriously studied for any of the Ionian islands). Further insight into the function of the local organs is given by examples of regulations made by the council itself (e.g. 376–381) and by the *conclave* (e.g. 503–512).

Following the transcribed documents, the second significant part of this volume is a glossary of technical terms relevant to the legal and political structures of the Corfiote administration. Since these reflect a common Venetian political vocabulary, the glossary is not merely an aid of relevance to the Corfiote *Ordini* here, but useful for sources from throughout the empire.

The collection of laws from Corfu in this volume represents just one local example of a more widely adopted practice of collation and ordering that characterised Venetian administration with increasing intensity throughout the 17th and into the 18th century. The project of assembling an exhaustive compilation of laws not only from Venice proper but of the many colonial *reggimenti* was begun in 1662 by the ambitious Marino Angeli. The project was never completed, but the dispatches of relevant material sent from all corners of the empire remain in a large fond at the ASV organised after Angeli's schema.⁷ This practice may be seen as part of the trend towards the modernisation and systematisation of Venetian lawmaking, though it would never take the form of the kind of systemic codification of the early 19th century. The publication of the present volume, while necessarily representing the more confined scope of one jurisdiction and its local organs, now makes accessible evidence for the transmission of this trend in lawmaking to the administration of the eastern colonies. A study of the substance of the acts contained here will allow insight into the evolving structures of colonial rule, while close consideration of their subjection to a process of collection and ordering will itself make clearer the precise function of lawmaking among the technologies of colonial government.

7 ASV, Compilazione delle leggi, I serie, b. 126 (Cefalonia), b. 154 (Corfu), b. 340 (Santa Maura), b. 378 (Zante). See catalogue no. 85. An overview of the incomplete compilation is given in the *Guida generale degli Archivi di Stato*, vol. IV, Rome 1994, 924–925. See also M. ANGELI,

Legum Venetarum compilatarum methodus, vol. I, Venice 1667, 49 ff. for the intended order of the compiled laws of the colonies, »De Regiminibus, et alijs Officialibus à parte terrae specie, ordine alphabetico distributis«.

Camilla de Freitas Macedo

El bosque en foco: posibilidades transdisciplinares de estudio*

Se trata de un resultado de investigación del proyecto *Bo. S. Co. Botanica, Storia, Concetti*, financiado en 2019 por la Università degli Studi di Milano, como aclara la editora Alessandra Dattero en las líneas introductorias del volumen colectivo. El mayor interés de la propuesta es su carácter transdisciplinar, al proponer el diálogo académico teniendo la problemática del bosque y su relación con los seres humanos como punto de convergencia. Creo que esta vertiente transdisciplinaria podría estar mejor explotada en el volumen a través de más referencias internas entre los textos, y quizás un capítulo de conclusión que pusiera en evidencia los puntos en común y/o divergentes de las diferentes perspectivas abordadas. Trataré de hacerlo en esta reseña, absteniéndome de describir el contenido específico de cada uno de los capítulos. Esta descripción puede ser encontrada en la introducción del volumen, disponible en acceso abierto en formato digital.

En primer lugar, con una interesante propuesta metodológica que cruza la arqueología, la paleontología y la documentación de archivo, y que considera aspectos topográficos en su relación con el uso del bosque, el artículo de Fabio Saggioro, Marco Marchesini y Silvia Marvelli, que abre la primera sección del libro, aparece como un perfecto ejemplo de las potencialidades del diálogo interdisciplinar. Los autores muestran que la relación humana con el bosque durante el periodo medieval no era pasiva y exclusivamente extractiva, sino que la actividad humana complementaba de forma organizada las posibilidades del entorno, potencializando de esta manera las condiciones de subsistencia.

Al enfatizar la necesidad de considerar las condiciones topográficas para entender la relación humana con el territorio, el capítulo también evidencia, indirectamente, un importante criterio de recorte de los artículos de la última sección: estudiando todos ellos la región de Lombardía, casi

siempre se menciona, por una u otra razón, que las llanuras fueron y son regiones mucho más antrópicas que las zonas de montaña, habiendo sido, así mismo, objeto de propiedad privada o de privatización con mayor anterioridad e intensidad que estas. Este dato no solo da sentido a la diversidad de puntos de partida para estudiar una misma región, sino que también ofrece claves interpretativas que ponen esos diferentes enfoques en diálogo. Y, regresando a la importancia de considerar la topografía en el abordaje histórico, otros tantos destacan la dimensión económica y normativa de los ríos, que podrían ser los principales caminos o «estradas» de transporte (Katia Occhi; Andrea Savio), o modificar las fronteras entre territorios (Blythe Alice Raviola).

En este sentido, podríamos decir en términos más amplios que la primera y la última sección dialogan muy bien entre sí. Ambas – y también buena parte de la segunda sección – están formadas mayoritariamente por estudios en clave histórica, y muestran cómo cuestiones relacionadas con la disponibilidad de recursos y la diversidad de intereses en varios niveles (desde la monarquía hasta los vecinos de pequeñas aldeas, pasando por actores intermediarios como los comerciantes) producían, reproducían y modificaban las concepciones normativas referentes al uso del bosque. Lo que, en última instancia, es una muestra más del carácter localizado del derecho desde el medievo hasta el siglo XIX, como ya ha mostrado desde hace décadas la historiografía del derecho europeo.

Al relacionar las medidas tomadas por varios actores a lo largo de la historia para proteger la flora con las circunstancias e intereses económicos que las motivaban, los autores también muestran el equívoco de utilizar la lente ambientalista del siglo XXI para interpretar dichas medidas protectoras en el periodo moderno. En este último caso, la protección del bosque respondía primordialmente al aumento de la necesidad de recursos,

* ALESSANDRA DATTERO (ed.), *Il bosco. Biodiversità, diritti e culture dal medioevo al nostro tempo*, Rom: Viella 2022, 386 p., ISBN 978-88-3313-836-7

con un énfasis especial en la leña. Diferentes abordajes destacan la relevancia de la presión ejercida por los sectores relacionados con la construcción naval y las herrerías, en contraste con los intereses de otros sectores que veían en el bosque alternativas de retorno económico más inmediato, como la utilización para pastos (Alessandra Dattero; Stefania Salvi).

También abren una puerta de diálogo las observaciones de carácter léxico-semántico, que destacan la polisemia/homonimia de los términos utilizados en la legislación relativa al bosque (Javier García; Paolo Grillo), observación que se extiende también al lenguaje de la botánica. Este último es el enfoque de la última sección de la que nos queda por hablar, la tercera, que recoge trabajos relativos a la historia del conocimiento botánico. La disposición de los textos en esta sección hace que la lectura resulte particularmente agradable. Pese a contener diferentes estudios de caso que, valiéndose de diferentes metodologías, estudian temas muy específicos, la sensación tras su lectura es la de haber recibido una breve pero interesantísima clase de historia de la botánica. Y más allá de eso, deja lugar a reflexiones útiles en el marco de una propuesta interdisciplinar.

Por ejemplo, al tratar de describir las lógicas según las cuales los botánicos modernos nombraban las plantas, Angela Andreani evidencia que la búsqueda de un lenguaje científico aplicable a la botánica pasó por considerar los nombres populares como «equivocados», tratando de marcar una distancia – no siempre lograda – entre lenguaje científico y lenguaje popular. De su lectura vienen a la mente las reflexiones de Tzvetan Todorov cuando éste hablaba del colonialismo subyacente al acto de nombrar las cosas. Precisamente la vertiente colonialista que subyace al desarrollo de los conocimientos botánicos es un factor destacado en el siguiente texto de la sección, escrito por Elisabetta Lonati. Mediante la comparación entre las entradas lexicográficas de tres obras destinadas a públicos distintos (académico, técnico y gran público), la autora muestra que la «simplificación» de las entradas pasaba por la omisión de los sujetos (individuales o colectivos) que producían el conocimiento.

La muestra de cómo se desarrolló un lenguaje «objetivo» en el que lo subjetivo parece ser un contenido no esencial para el conocimiento científico es eficazmente cuestionada en el texto de Justin Begley, que estudia a fondo la obra más conocida de

Stephen Hales (*Vegetable statics*, 1727) para cuestionar el supuesto carácter «newtoniano» de sus estudios en botánica. Begley muestra cómo las analogías con el cuerpo humano fueron un importante recurso utilizado por Hales para desarrollar hipótesis sobre la fisiología de las plantas, aun cuando esas hipótesis no fuesen confirmadas. Agnes Visconti, finalmente, muestra el trayecto por el cual un estudio inicialmente a pequeña escala y basado en el registro del mayor número de datos posible acabó desencadenando en la superación, por parte de Filippo Parlatore (1816–1877) de cualquier aspiración de establecer leyes universales que describiesen la formación de los bosques. Por el contrario, la cantidad incalculable de variables internas y externas a las plantas, y relacionadas con el entorno en un sentido muy amplio, llevaba a la conclusión de que los ecosistemas son plurales y como tal deben ser estudiados.

El texto de Carlo Blasi, que cierra la sesión, no encaja del todo en la sección en sí misma. En cuatro escuetas páginas, básicamente describe algunas directrices europeas para la tutela de la biodiversidad y recuperación de ecosistemas, mostrando los criterios de valoración del estado de conservación y destacando que los datos y el nivel de detalle de los que se dispone para el territorio italiano son bastante elevados si comparados con el resto de Europa. En esta medida, contiene algunos puntos de diálogo con el texto que le antecede, y sobre todo con el texto que cierra la sección anterior, de Maurizio Flick. Este último también menciona algunas de las políticas europeas en materia de protección ambiental, dialogando con la legislación italiana sobre la materia. Desgraciadamente, el tono excesivamente ensayístico y teológico/teleológico del texto desmerece el contenido general del libro, repitiendo en esencia las ideas y fundamentos (también teológicos/teleológicos) del texto que abre el volumen, a cargo de Giovanni Maria Flick.

Afortunadamente, por contrapartida, la conexión con la legislación italiana más reciente es brillantemente discutida en el texto de Monica Chiantini y Emanuele Conte. Se trata de una reelaboración de la versión publicada, en el año anterior y en inglés, por Emanuele Conte, bajo el título *The Many Legal Faces of the Commons*. Salvo la supresión de las conclusiones publicadas en la primera versión, en materia de argumentación principal ambas versiones permanecen similares, con el añadido de que esta versión en italiano tiene la bibliografía notablemente enriquecida.

En general, el volumen contiene aportaciones que muestran no solo el gran abanico de perspectivas posibles para el estudio científico del bosque, sino sobre todo el potencial de un diálogo inter-

disciplinar en el que la historia humana y la historia ambiental no sean consideradas como necesariamente antagónicas, sino complementarias. ■

Alina Rodríguez Sánchez

Historia ambiental e historia del derecho*

En el panorama actual reverbera la pregunta en varias disciplinas por la relación con aquello que llamamos naturaleza, medio ambiente o ambiente – en fin, con aquello que nos rodea y permite la reproducción de la vida, de la misma manera que traza ciertos límites de lo posible. Quizá atrae la idea de ver en el estudio de la alteridad temporal, además de la cultural, cierta resolución a la pregunta por la relación con el medio. Aunque es una cuestión antigua en la historiografía incluir en el análisis o narración un repaso o descripción del paisaje, y su impacto en cómo se desarrollaron ciertos procesos que llegaron incluso a ser protagónicos o alcanzaron el privilegio de ser el factor principal en ciertas narrativas, en últimas décadas el paisaje o el medio en sí ha recibido particular atención. Si bien permanece la pregunta por cómo el medio nos influye, lo que ahora parece incidir más, quizá a causa de cierta ansiedad e incertidumbre cambio-climática, es el comportamiento humano ante el medio, es decir, la gestión de este y las relaciones alrededor de la gestión, en otras palabras, sus políticas.

Esta relación con el medio es lo que Richard M. Conway se ha propuesto estudiar en su libro *Islands in the Lake*. Para entender dicha relación en términos históricos, él propone prestar atención a las relaciones pasadas entre humanos respecto al medio, no tanto humano-sujeto y lago-objeto, sino las relaciones humanas alrededor de este. Porque más allá de los vestigios arqueológicos o meteorológicos, a nivel del lenguaje las fuentes permiten

rastrear la disputa respecto al medio en las dependencias económicas y políticas, migraciones, regulaciones (normatividades) intra- e intercomunitarias. En el caso de los nahuas y los lagos de la cuenca de México, tema que estudia Conway, entra en juego el proceso de colonización, factor que cambió radicalmente las condiciones posibles de relación con el lago. Es por estos dos factores que Conway toma, por un lado, la historia ambiental y, por el otro, la etnohistoria – más en concreto, la llamada New Philology, corriente que ha desarrollado herramientas a la medida para abordar la vida de los grupos indígenas durante el periodo colonial novohispano. Si bien la etnohistoria ya está enraizada en los estudios novohispanos y su mayor estandarte continúa siendo el riguroso trabajo de archivo y el uso de fuentes en lenguas indígenas, el autor señala que no ha habido tantos intentos por intersectar esta tradición con los estudios ambientales. Atestigua la filiación del autor a la corriente su capítulo sobre fuentes (cap. 7), donde traza el trayecto del náhuatl de Xochimilco a partir de las tres etapas de Lockhart, aunque explica, por supuesto, el singular derrotero de la laguna: una etapa dos alargada y una tres casi inexistente.

Al centro de la obra está el grupo nahua desenvolviéndose en un arco de larga duración, sin inicio ni término rígido, pero principalmente circunscrito al periodo colonial, visto por la lente de la New Philology. La historia ambiental se plantea con el fin de estudiar el devenir de la población de la ciudad lacustre de Xochimilco, al sur de la cuenca

* RICHARD M. CONWAY, *Islands in the Lake. Environment and Ethnohistory in Xochimilco, New Spain*, Cambridge: Cambridge University Press 2021, XV + 379 p., ISBN 978-1-316-51889-2

de México. Si bien se ha requerido de trabajos académicos para concluir que muchos de los paisajes, naturales para el ojo ciudadano, en realidad han sido profundamente intervenidos o han estado al centro de sendas políticas ambientales, en el caso del grupo de lagos que otrora se encontraban en la cuenca de México, nunca ha sido necesario señalar que efectivamente fueron intervenidos. Conway inicia señalando que, antes de la llegada española, los lagos habían recientemente atravesado una política mexica de intervenciones y constante mantenimiento para estabilizar su propio territorio y evitar inundaciones, así como para garantizar su abasto alimentario inmediato y sostener su proyecto expansionista. Anteriormente también, los pueblos de las orillas de la cuenca habían desarrollado la técnica de cultivo en chinampas y habían establecido maneras de controlar los niveles de agua, si bien no a la gran escala que alcanzaron los mexicas. A todas luces era claro, para los invasores del siglo XVI, que se requería de enormes trabajos y conocimientos para hacer de los lagos lugares habitables y proveedores, los cuales eran casi exclusivamente proporcionados por los nahuas, clave del análisis etnográfico-ambiental de Conway. Lo que el autor propone entonces es que la relación entre xochimilcas y su medio, incluyendo su conocimiento y gestión sobre el lago, los hacían indispensables para la capital y el régimen colonial en términos de sobrevivencia. Asimismo, el mismo lago funcionaba como zona de contención entre nahuas y los núcleos españoles. Estos dos factores permitieron a los nahuas de Xochimilco alcanzar la «autonomía ecológica» – concepto que no alude al conservacionismo, sino a la soberanía de uso. De acuerdo con Conway, la «autonomía ecológica» de la región de Xochimilco se definió por el balance entre lo material y lo abstracto, siendo este el enorme bloque intelectual constituido por el cúmulo de conocimientos, técnicas y sistemas simbólicos necesarios para coexistir con el lago y transformarlo a la medida (16). Conway argumenta que, a pesar de los golpes demográficos y la presión por tributar de la capital y de gobernantes locales, la autonomía ecológica – sustentada en el conocimiento y gestión del lago – no lograría ser medrada por la presencia española durante la mayor parte del periodo colonial. La autonomía ecológica y continuidades en el paisaje les permitirían a los nahuas de la cuenca sur conservar su forma de vida (*heritage*) frente a los diversos altibajos del periodo colonial (343).

Como hemos mencionado, el argumento inicia con la explicación de la transformación del lago desde tiempos anteriores a la conquista y las transformaciones que enfrentó poco tiempo después de la guerra, a decir, la caída de la infraestructura mexica y la vuelta a la gestión del lago por cada pueblo ribereño. Al cambiar de forma política, el autor entonces dedica un capítulo (cap. 2) al estudio de la posesión de la tierra en la cuenca de México, ya que es esta la arena que el régimen colonial tenía para disputar todo tipo de cuestiones: de uso, jurisdicción, propiedad, posesión, por lo que resulta central para estudiar el uso de la tierra y la gestión del agua. El capítulo se pregunta quién poseyó y dispuso de los terrenos ribereños, quién poseía las riberas e incluso la superficie del lago; también se fija en patrones de herencia, peticiones de tierras vacantes, disputas por linderos entre pueblos vecinos y más tarde, para el XVIII, en el problema de la hacienda en expansión sobre las tierras de los pueblos nahuas del lago. Al lado de los desencuentros familiares o comunitarios que ofrecen las fuentes sobre tierras, se explican los grandes eventos ambientales (cap. 4 y 5): las grandes caídas demográficas de los siglos XVI y XVII debido a epidemias, que influyen determinante en la organización política y producción, además de las inundaciones y sequías, las funestas consecuencias de la llamada Little Ice Age que determinaron de gran manera los comportamientos climáticos de la cuenca.

Del análisis de estas dos caras – el medio y las relaciones humanas –, el libro logra narrar las formas de habitar y poseer tanto el lago como las tierras adyacentes, ya sea mediante el análisis de la ingeniería hidráulica, la tenencia de la tierra, la producción agrícola, el comercio y tránsito lacustre, temas siempre atravesados por las disputas por el uso y acceso dentro de los marcos normativos del régimen colonial. El libro se decanta por el estudio de las esferas jurídicas y económicas, más que por reconstruir los imaginarios contruidos alrededor de la vida en el lago. Podría leerse como una historia social, casi cotidiana, donde es en el caso donde florece el argumento. Es de lo episódico de donde ha tomado forma la granularidad de la vida cotidiana que se relata. La narración se va encadenando entre descripciones y suposiciones sobre el medio (por ejemplo, la intensidad de la sequía en tal época) y episodios puramente «humanos»; ya sea el caso de la disputa por la gubernatura de Xochimilco o en algún pleito de tierras o la investi-

gación de un crimen. Aunque también se llega a citar cronistas de la época, es en los juicios, testamentos y otra variedad de documentos administrativos y jurídicos (de los que el autor se ha valido) donde se observa la discusión sobre los usos del lago. Se puede trazar una historia jurídico-ambiental si se plantea en términos heurísticos: en el estudio de las normatividades respecto a los usos de tierras, aguas presentes en los procesos y ordenanzas. Se trata en todo caso de discernir qué relaciones se establecían respecto a las cosas – sea el lago y la tierra, las embarcaciones – y a su gestión y uso, relaciones que necesariamente pasan por el ámbito de lo normativo.

La obra hace pensar que la clave para plantear una historia ambiental sobre sociedades de Anti-

guo Régimen está en incluir los factores ambientales que ejercieron presiones sobre las sociedades, pero también en concebir la idea de uso o gestión sobre el medio como acción o práctica y no necesariamente como sinónimo de la posesión de las cosas. Aunque esta historia muestra las enormes catástrofes que epidemias e inundaciones o sequías tuvieron en la cuenca, no limita lo ambiental al análisis de las presiones del medio sobre los grupos humanos, sino que muestra la enorme plasticidad de la historia ambiental para estudiar relaciones humanas y nos permite imaginarla en sintonía con una historia del derecho durante el periodo colonial.



Andrea Cicerchia

Giustizia divina e giustizia terrena*

Io mi credo, che non si possa proibire cotesta citazione secondo le debite maniere, e ben intesa, come né anco l'appellatione dal giudice inferiore al superiore; che altro non è questa citazione [...] che appellatione dal giudicio humano al tribunale di Dio.

(G.B. TERZI, *Il rimedio sopremo*, Bergamo 1596, 140)

L'efficace brano riferito da Guido Dall'Olio nel suo recente studio sulla pratica delle citazioni *in valle Iosaphat* (136) – a comparire, cioè, dinanzi al supremo tribunale di Dio – ci permette di evidenziare come un canonico bergamasco di fine Cinquecento, Giovanni Battista Terzi, intendesse la relazione tra giustizia umana e giustizia divina, sarebbe a dire, secondo un senso giuridico legittimato dall'appello da un grado inferiore di giustizia (appunto quella umana) ad uno superiore. In tale grado, però, la percezione giuridica non poteva né doveva essere scissa dall'elemento teologico, che permetteva di considerare lecito tale appello, solo se presentato «secondo le debite maniere» (136).

D'altronde l'opera di Terzi appare strettamente collegata al *corpus* documentario su cui si basa e procede l'indagine di Dall'Olio: 26 citazioni – rinvenute presso l'archivio vescovile di Bergamo e datate tra il 1514 e dopo il 1574 – che terminologicamente si riferiscono alla pratica concreta della citazione «nella valle di Giosafat», e la cui preziosa edizione in appendice (con un valido sistema di critica testuale e documentaria) è testimonianza di un lavoro di studio approfondito e minuzioso (Appendice I, 165–220).

Attraverso un percorso che dichiaratamente prende le mosse dai vasti affreschi storico-giuridici di Berman (*Law and Revolution*, 1983) e Prodi (*Una*

* GUIDO DALL'OLIO, *Nella valle di Giosafat. Giustizia di Dio e giustizia degli uomini nella prima età moderna*, Roma: Carocci editore 2021, 254 p., ISBN 978-88-290-1140-7

storia della giustizia, 2000), Dall'Olio si riallaccia al fortunato filone dei rapporti tra concretezza giuridica e coscienza umana (Prosperi, *Tribunali della coscienza*, 1996; Brambilla, *Alle origini del Sant'Ufficio*, 2000), terminando per ricondurre efficacemente le proprie analisi entro due versanti storiografici strettamente interdipendenti: da un lato il complesso panorama giudiziario del tardo medioevo e della prima età moderna, venutosi a formare a partire dalla stretta simbiosi di religione e diritto all'ombra del papato medievale; dall'altro il vasto campo delle superstizioni, combattute dalle autorità civili ed ecclesiastiche, tra l'orizzonte posttridentino e quello protestante.

Collocando l'indagine nel vasto campo del ricorso a Dio, quale giudice supremo, la pratica studiata in questo libro si richiama ad un luogo geografico preciso, la valle di Giosafat, situata presso Gerusalemme e indicata nel libro di Gioele (4, 1–2) come luogo in cui sarebbe avvenuto il giudizio delle nazioni contrapposte a Israele, poi trasformato dal paradigma cristiano in scenario del giudizio universale.

L'obiettivo dell'autore è chiaramente quello di esaminare tale pratica nella prospettiva permessa dalle fonti bergamasche, in quanto atti giudiziari intesi dall'autorità vescovile come pratica superstiziosa da estirpare. Tali documenti – scritti maggioritariamente in lingua latina (solo due sono redatti in lingua volgare) – rispecchiano una certa omogeneità di formule giuridiche, fonti scritturistiche e caratteri diplomatici, intrinseci ed estrinseci, che permettono una precisa identificazione sociale di coloro che se ne servivano, come soluzione per contese economiche o di proprietà (cap. I, 19–61). In definitiva si trattava – secondo le parole stesse dell'autore – di una pratica attestata documentariamente, la quale offriva «alle numerose persone che se ne servirono, uno strumento di persuasione nei confronti degli avversari contro i quali non si aveva la possibilità di combattere legalmente» (60).

Ad ogni modo, ciò appare come la punta di un iceberg, una di quelle tracce documentarie, sopravvissute alla dispersione del tempo, che invitano lo studioso a ricostruire un quadro più ampio, relazionato con citazioni al tribunale divino, dove l'elemento della maledizione del morente (ad esempio le citazioni proferite dai condannati alla pena capitale) e la minaccia di morte contro il giudice ingiusto, ne collocano la percezione all'interno di «storie esemplari» e dal tragico finale.

Tratte dalla vasta raccolta pubblicata da Siegfried Hardung (*Die Vorladung*, 1934), e proficuamente confrontate con quelli di Bergamo, tali storie appaiono andare ben oltre la società minuta e le conflittualità economiche che animavano la popolazione bergamasca (cap. III, 109–146). Esempi circoscritti al medioevo, che coinvolgevano sacerdoti, cavalieri, prelati e sovrani, in seguito ripresi da teologi – quale il citato Terzi – e giuristi, che definendo due fronti contrapposti, cattolico e protestante, permisero una più chiara percezione e definizione del ricorso alla valle di Giosafat (elenco in Appendice II, 221–222). Questo sarebbe stato strettamente connesso ad un processo di ampliamento della percezione dell'aldilà, con luoghi specifici e terminologicamente identificabili, come il Purgatorio o il Limbo. Secondo l'Autore, infatti, «la comparsa della valle di Giosafat negli appelli al tribunale di Dio soltanto alle soglie dell'età moderna [...] sembra corrispondere all'esigenza di concretezza nelle cose della religione così tipica degli uomini del tardo medioevo e che successivamente venne respinto ai margini dai riformatori cattolici e protestanti» (114).

L'esempio della Bergamo cinquecentesca tende così a sfumarsi nell'ampliarsi del quadro cronologico, che dal medioevo approda alla prima età moderna, sulla traccia della tradizione scritturistica e giuridica, relativamente al giudizio di Dio (cap. II), che appare tracciare l'intera storia umana. Con la rielaborazione cristiana dei primi secoli – dove istituti giuridici come la *ordalia*, la maledizione e la scomunica (91–108) si sarebbero intrecciati alle distinte concezioni del giudizio divino, particolare ed universale (87–91), l'apparire nella prima età moderna delle citazioni *in valle Josaphat* avrebbe permesso di traghettare gli archetipi di tale pratica, lungo i secoli dell'età moderna ed oltre, sino all'elaborazione Otto-Novecentesca di fiabe e racconti folclorici, in un «epilogo» (147–164), in cui vivi e morti popolano uno spazio indefinito, in perenne confronto ed equilibrio, secondo il suggestivo richiamo dei benandanti di Ginzburg (*I benandanti*, 1966).

In definitiva, tale percorso d'indagine, seguendo una efficace metodologia di connessione di fonti tipologicamente differenti (atti giudiziari, testi narrativi, trattatistica) permette all'Autore di collocare la diffusione degli appelli alla giustizia divina all'intera Europa, ma geograficamente confinando quelle specifiche «alla valle di Giosafat» a cavaliere dell'arco alpino, tra Nord Italia, Svizzera e Germa-

nia meridionale, e tra i due ambiti confessionali, cattolico e protestante.

Quello propostoci con questo libro appare quindi un valido studio, che consente alla storiografia sulla giustizia e sulle superstizioni di avvalersi di uno sguardo originale, di un semplice tassello, ma ben documentato, che è in grado di gettare una luce rinnovata su di un vasto processo storico che, tra tardo medioevo ed età moderna, ridefinì i confini

della giustizia, delle superstizioni e delle credenze popolari all'ombra dello scontro confessionale. Ma soprattutto, quello offertoci da Dall'Olio, è uno studio capace di interpretare l'eterna simbiosi di vita e morte, di storia terrena e aldilà, di archetipi ed eventi concreti, ben presenti nella dimensione religioso-giuridica, nelle sue interpretazioni e nelle sue applicazioni umane. ■

Lorenzo Maniscalco

Teoria e pratica giuridica nei *tractatus e consilia* di Francisco Suárez*

Gli studi intorno all'opera di Francisco Suárez e, più in generale, all'intero movimento della cosiddetta seconda scolastica, continuano a vivere un momento di particolare energia e slancio. Solo negli ultimissimi anni sono stati dati alle stampe *A Companion to the Spanish Scholastics* (Brill 2022), *Projections of Spanish Jesuit Scholasticism on British Thought* (Brill 2022) e *The School of Salamanca* (Brill 2021), insieme a pubblicazioni di più generale rilevanza per il tomismo come *The Oxford Handbook of the Reception of Aquinas* (OUP 2023), e *The New Cambridge Companion to Aquinas* (CUP 2022). Anche volendo concentrarsi solo sulla figura di Suárez, Dominique Bauer ricorda, nel saggio introduttivo a questa collettanea (cap. 1), ben cinque altri volumi sul gesuita pubblicati tra il 2010 e il 2019, ai quali possiamo oggi già aggiungere *Francisco Suárez: Metaphysics, Politics and Ethics* (Coimbra Univ. Press 2020), *Aristotelian Subjectivism: Francisco Suárez's Philosophy of Perception* (Springer 2021) e *Immanent Transcending: Francisco Suárez's Doctrine of Being* (Leuven Univ. Press 2022). All'interno di questa vasta mole di studi, *History, Casuistry and Custom in the Legal Thought of Francisco Suárez (1548–1617)*, a cura della stessa Bauer e

Randall Lesaffer, si propone di usare il filtro del pensiero legale di Suárez per portare nuova luce sia su aspetti molto dibattuti del suo pensiero filosofico che sulla sua figura spesso sottovalutata di giurista pragmatico.

Il volume raccoglie le relazioni presentate ad una conferenza sul diritto consuetudinario nel pensiero di Suárez che si è tenuta a Bruges in occasione del quadricentenario dalla sua scomparsa il 24–25 novembre 2017. I contributi spaziano oltre il tema originario, e nella sua forma finale si possono identificare all'interno del volume due filoni principali. Il primo si concentra sul lato filosofico-teorico del pensiero di Suárez. I contributi ai capitoli 6–9 gravitano intorno al pensiero del gesuita sulla consuetudine nel *De legibus*, intersecando molti punti di ricerca attuali e intensamente dibattuti: la consuetudine è un argomento che mette particolarmente in risalto la complessità e la modernità del pensiero di Suárez, in particolare per le spinose difficoltà teoriche che pone per qualsiasi teoria giuridica di matrice volontaristica. A questi si aggiunge un lucido saggio di Daniel Schwartz sul valore morale della punizione nel pensiero di Suárez (cap. 2), particolarmente orien-

* DOMINIQUE BAUER, RANDALL C.H. LESAFFER (eds.), *History, Casuistry and Custom in the Legal Thought of Francisco Suárez (1548–1617)*, Leiden: Brill 2021, VIII + 160 p., ISBN 978-90-04-46480-3

tato sul valore del suo pensiero per il dibattito filosofico contemporaneo. Ai capitoli 3–5 si trova invece una seconda vena, dove viene messa in discussione l'immagine di Suárez come «accademico etereo e altamente filosofico»¹ (Bauer, 3) per enfatizzarne invece il lato di pensatore pragmatico. Questi capitoli formano un nucleo a sé non solo per la natura del loro contenuto, ma anche per il tipo di fonti utilizzate e per i metodi d'indagine che adottano.

Per cominciare con il primo filone, tra i contributi sul pensiero teorico-giuridico di Suárez risultano particolarmente interessanti quelli che lo mettono a fuoco utilizzando come lente la storicità della consuetudine. Questa viene esaminata da diversi punti di vista. Bauer (cap. 8) pone l'enfasi sulla «a-storicità» del pensiero di Suárez per esaltare gli elementi scolastico-razionalistici della sua teoria del diritto. Come mostra la sua analisi, Suárez si allontana da quelle teorie medievali che ordinavano la priorità tra diritto scritto e non scritto dal punto di vista della loro antichità, adottando invece un modello basato sulla priorità concettuale dell'una o dell'altra forma. Da questo punto di vista la contingenza storica (se la consuetudine sia emersa prima o dopo in una determinata società) diventa indifferente, poiché quello scritto rimane in ogni caso per Suárez la forma paradigmatica di diritto, concettualmente precedente, così che «posteriorità e anteriorità sono formalizzate in stadi deduttivi e hanno perso la loro dimensione cronologica, così come il loro legame esplicito [...] con le autorità esistenti» (133). Questa analisi non si limita a gettare una nuova luce sul razionalismo giuridico di Suárez, ma, come lo sottolinea Bauer, enfatizza l'importanza della sua eredità per i dibattiti filosofico-giuridici contemporanei.

Il rapporto tra consuetudine e storia assume un ruolo del tutto diverso nel saggio di Jean-Paul Coujou (cap. 7). Qui l'enfasi viene portata sul rapporto tra consuetudine e *jus gentium*. In questo contesto, Coujou sottolinea che la consuetudine viene trattata da Suárez come un fatto che «ha per origine una tradizione, per solco una memoria collettiva, e per motore l'uso costante e uniforme di un gruppo sociale» (113), così che il diritto delle nazioni ne derivi come un «processo storico e sociale di generalizzazione dell'uso e della consue-

tudine che è inseparabile dalla persistenza di una memoria collettiva» (122). Le osservazioni di Coujou in questo studio sono di interesse per tutto il più ampio dibattito storiografico che riguarda lo sviluppo dei concetti di consuetudine e *jus gentium* in età moderna e la loro mutuale influenza, tema recentemente rinvigorito dal profondo studio monografico che vi ha dedicato Francesca Iurlaro in *The Invention of Custom* (OUP 2021).

Il secondo filone che attraversa il volume è, come si è detto, di natura assai diversa, proponendosi di mettere in luce gli aspetti più strettamente giuridici e pragmatici del pensiero di Suárez, con particolare enfasi sulla sua esperienza sia come privatista che come consulente per la soluzione di problemi giuridico-teologici. Si riveleranno sicuramente preziosi per gli storici del diritto privato gli studi di Wim Decock e Luisa Brunori (cap. 4) e quello di Bart Wauters (cap. 5). Lo studio di Wauters è più specifico, concentrandosi in particolare sulla relazione tra *libertas* e *dominium* nel pensiero di Suárez, e riallacciandosi così al lavoro pionieristico che fece il compianto Paolo Grossi ormai 50 anni fa. Brunori e Decock, entrambi intimi conoscitori dello sviluppo del diritto privato nella seconda scolastica, si propongono di tracciare un profilo generale di Suárez come privatista pragmatico, e parte del loro studio in tema di *dominium* si sovrappone quindi al precedente. Gli studi sono metodologicamente vicini, ma il secondo tenta di comporre un'immagine più ampia, che abbracci *dominium*, teoria dei contratti e diversi altri aspetti degli interessi privatistici del *doctor eximius*, mettendo insieme idee altrimenti frammentariamente distribuite in tutta la sua opera. Entrambi gli studi fanno uso di una variegata collezione di fonti che comprende oltre al *De legibus*, le lezioni *De iustitia et iure*, il *De libertate divinae voluntatis*, il *De virtute et statu religionis*, il *De opere sex dierum*, e le sue *Disputationes de censuris*, fornendo al lettore l'immagine ad oggi più completa sul punto.

Tra le opere «minori» trattate in questi studi una menzione particolare va sicuramente ai *Conselhos e pareceres*. Si tratta di una raccolta di *consilia* e altre opinioni dello Suárez che, dalla sua pubblicazione tra il 1948 e il 1952, sta solo recentemente e gradualmente raccogliendo l'interesse degli studiosi, rimanendo tuttavia tra le fonti meno conosciute.

1 Traduzioni in italiano qui e in seguito da L.M.

I *consilia* di Suárez svolgono un ruolo centrale sia nello studio di Brunori e Decock, che nell'interessante saggio di João Manuel Alexandrino Fernandes (cap. 3). L'uso differente di queste fonti che fanno i due contributi getta una luce importante sul loro valore multiforme per lo studio del pensiero suáreziano. Lo studio di Alexandrino Fernandes prende in esame un singolo esempio dai *consilia*, in cui Suárez deve esprimersi sul caso di un certo padre che voleva essere dispensato dai voti e sposarsi in seguito a una supposta rivelazione divina personale. Il ragionamento formulato da Suárez per giungere a una conclusione è un esempio estremamente illuminante dell'applicazione pratica della logica giuridica e della casuistica in termini di *dispensatio*, opinione probabile, necessità di ricorso al superiore, *magna inconvenientia* e *magna necessitate*. Un approccio diverso viene adot-

tato da Decock e Brunori che menzionano questi *consilia* solo a larghe linee per tracciare un profilo generale della conoscenza e uso del diritto privato da parte di Suárez. Da questo quadro, seppur necessariamente meno dettagliato, emerge un giurista di notevole abilità nella soluzione di articolate questioni di diritto ereditario, un profondo conoscitore della realtà commerciale a lui contemporanea, ma anche un canonista capace di una buona dose di pragmatismo (se non di cinismo!) in cause familiari e matrimoniali. Da questa sezione del volume emerge un profilo meno familiare di Suárez, alquanto distante dall'etereo teologo degli scritti filosofici. È sicuramente auspicabile che da questi preziosi spunti prendano forma studi ulteriori di questo lato malnoto del *doctor eximius*.



Pilar Mejía

El arte sacro como agente de normatividad*

La capacidad que tiene el arte religioso de producir normatividades visuales es uno de los temas centrales que exploran estas dos publicaciones. Sus propuestas desde la historia del arte resultan bastante cercanas y estimulantes para las investigaciones que emprendemos desde la historia del derecho. Partiendo de un interés común por comprender la producción normativa en contextos globales imperiales durante la temprana edad moderna, ambas publicaciones se detienen en las reacciones locales y formas de traducción cultural propias de la expansión del cristianismo por territorios geográfica y culturalmente diferenciados. Los estudios desde la historia del arte sobre las normatividades visuales son muy ricos al observar con precisión la producción de nuevos estándares artísticos, así como los recuadros y usos locales emergentes. Después de su lectura, no es posible seguir observando las

imágenes sagradas como meros objetos de arte pasivos, sino más bien como agentes productores de normatividad.

El volumen dirigido por Chiara Franceschini (en el marco del proyecto ERC: Normativity of Sacred Images in Early Modern Europe, SACRIMA) ofrece un panorama de reacciones locales y normatividades visuales producidas por imágenes sagradas en diferentes contextos. Cada uno de los 14 estudios de caso allí recogidos toma como punto de partida conflictos y disputas. Estos son lugares privilegiados para analizar la tensión entre el objeto devocional, su representación visual y las normatividades que atraviesan cada producción artística. Franceschini destaca desde la introducción tres aspectos transversales en su compilación: normatividad visual, paisaje de normas disponibles y responsabilidad del artista.

* CHIARA FRANCESCHINI (ed.), *Sacred Images and Normativity: Contested Forms in Early Modern Art*, Turnhout: Brepols 2021, 319 p., ISBN 978-2-503-58466-9;

GIUSEPPE CAPRIOTTI, SABINA PAVONE, PIERRE-ANTOINE FABRE (eds.), *Eloquent Images: Evangelisation, Conversion and Propaganda in the Early Modern Period*, Leuven:

Leuven University Press 2022, 345 p., ISBN 978-94-6270-327-8

Como lo destaca en su introducción, bajo normatividad visual Franceschini propone comprender el poder del arte en la creación de nuevos estándares visuales, morales y de comportamientos sociales. Particularmente, analiza aquellas normas teológico-morales producidas y comunicadas por las imágenes mismas más que por los textos escritos. Su efectividad radica en su facultad de comunicación y demuestra la capacidad del arte para producir no solo sus propias reglas sino también «visiones normativas» sobre las cosas sagradas, algunas veces rompiendo estándares religiosos, ideológicos e incluso artísticos. Así, la «imagen normativa» es aquella que «tiene el potencial para destruir todas las imágenes previas, pero a la vez es capaz de establecer un nuevo régimen y es por lo tanto potencialmente normativa» (61).

En cuanto a la geografía o paisaje de normas en el que está inmerso el arte, el libro destaca la interacción de normas visuales con aquellas teológico-morales y jurídicas que se pueden observar desde la perspectiva local y desde el accionar de agentes concretos que las producen y usan. Ello es particularmente palpable en la forma en que artistas responden, adaptan, negocian y reinterpretan los estándares institucionales en lo local. El libro propone observar cómo interactúan las diferentes normatividades, mirando la orientación de los debates, así como la selección y escogencia entre regulaciones religiosas y reglas del arte. Los diferentes estudios de casos destacan la voz de múltiples actores que aparecen en los documentos de archivo, observando no solo la actuación de obispos y consultores en sus formas locales de controlar la imaginaria religiosa, sino también el rol de devotos, fieles, religiosos, patrones y otros actores que participaban en la promoción, denuncia, eficiencia o límites mismos de las imágenes y su culto. Este eje transversal busca mostrar como un determinado sistema de formas y esquemas visuales se vuelve normativo. Comparando algunos casos, la propuesta metodológica del libro busca poder mapear diferentes traducciones de modos estilísticos, registrar reacciones locales y reapropiaciones a nivel global, así como diferenciar geográfica e históricamente las maneras en que el arte es capaz de imponer nuevas visiones normativas de los objetos sagrados, que varían de lugar a lugar y que están creando permanentemente nuevos estándares. La compilación de Franceschini propone desde esta perspectiva entender la historia del arte

como un fluido geográfico de normas visuales, imágenes con poder, autoridad y performancia.

El tercer eje temático busca destacar que, además de autoridades religiosas y civiles, teóricos de la imagen, obispos e inquisidores, es necesario estudiar los artistas y los objetos de arte mismos como agentes de cambio propensos a imponer sus propias reglas y estándares a través de la reiteración e innovación. En medio de tradiciones visuales establecidas, estilos, iconografías, materialidades y reproducciones, el artista era un actor central con relación a los conflictos entre normas estéticas, políticas, morales y religiosas que cambiaban de lugar a lugar. Para analizar la libertad y agencia del artista, el libro propone analizar no solo las trayectorias geográficas de ellos, sino también su soberanía y responsabilidad con relación a las reglas y el patrón, así como entre el estilo y el contenido.

Los capítulos fueron ordenados en cuatro tipos de casos: imágenes en procesos judiciales, retratos impugnados, copias adaptadas (grabados, réplicas y modelos) y profundidades materialidad y pictóricas. En la primera sección dedicada a los procesos judiciales, encontramos desde ceremonias de abjuración del cristianismo en Japón, donde los devotos eran obligados a pisar imágenes de bronce cristianas (Kojima), hasta la producción de nuevos estándares de crucifijos a través de la inquisición romana (Franceschini), pasando por la cultura visual-normativa detrás de los procesos de canonización de niños mártires (Cavero) y la expansión del culto fuera de Europa a los siete arcángeles que habían sido censurados en Roma (González). En la segunda sección dedicada a los retratos, se analizan retratos forenses usados para establecer identidades e imposturas (Biffis), retratos de beatos y santos usados como normas visuales sobre el decoro y la santidad (Niedermeier), la creación de estándares para retratos de nuevos santos y santos que no eran santos (Hall), así como la difusión de retratos de Ignacio de Loyola como generadores de comportamientos (Zierholz). En la tercera sección titulada «la norma y la copia», se destaca la creatividad normativa de cada adaptación. Los grabados aparecen como formatos mediadores de un cambio normativo (Putzger), las réplicas arquitectónicas circulaban para satisfacer un culto regional (Giffin) y las pinturas encargadas en Roma adquieren nuevos significados en las iglesias hispanoamericanas (Baker-Bates). Por último, la cuarta sección del libro sobre materialidad y contenido teológico destaca las ambigüedades entre significado teológico

gico y alcance pictográfico de la sangre y el cuerpo humano y divino de Cristo (Neil), así como el traspaso de la escultura a la pintura en el siglo XVII a partir de las reinterpretaciones de narraciones medievales (Stoenescu), y finalmente el surgimiento de la geología en la Contrarreforma en medio de los debates teológicos y geológicos sobre fuego y la piedra (Olson).

La segunda publicación que aquí reseñaremos se titula «Eloquent Images». Este volumen dialoga con el anterior en cuanto explora nuevos caminos de análisis sobre el poder normativo de las imágenes sagradas. Esta compilación de 17 artículos dirigida por Giuseppe Capriotti, Sabina Pavone y Pierre-Antoine Fabre propone un diálogo entre la historia del arte, de la religión, la historia cultural y la iconología para analizar conflictos religiosos en perspectiva global. El libro se divide en tres grandes secciones: procesos de conversión, caminos de devoción y formas de propaganda a través de imágenes sagradas.

Las contribuciones sobre los procesos de conversión destacan una constelación de fenómenos: el rol de los grabados jesuitas en la producción y proliferación de imágenes para la evangelización después del Concilio de Trento (Fabre); los procesos de transculturación de las imágenes usadas en las misiones en China (Magnani), las imágenes de martirios que contribuyeron al proceso de canonización y engrandecimiento del jesuita Acquaviva en India (Ricci); el uso de figuras marianas por parte de mercedarios y agustinos para la conversión de musulmanes en contextos de esclavitud mediterránea (Salis); el reiterado motivo de la destrucción de ídolos paganos y las imágenes cristianas de reemplazo (Borniotto); así como imágenes bautismales y triunfales usadas contra musulmanes y judíos durante la reconquista que fueron sirvieron para representar un sistema de inclusión y exclusión de la comunidad espiritual en el nuevo mundo (Spissu). La sección dedicada a la devoción analiza la efectividad de las imágenes según el uso de los dispositivos pictóricos y verbales, visibles e invisibles (Lieutaghi); el establecimiento de modelos y devociones populares a santos crucificados (Mostaccio); el rol de la imprenta holandesa en la circulación de la imagen del corazón de Jesús y su devoción en Nueva España (Oviedo); la producción jesuita de imágenes para una iglesia en Évora (Coutinho et al.); así como la devoción a las pinturas en piedras en el norte de la Italia renacentista

(Ratto). En la última sección se analiza la propaganda a través de milicias de ángeles del imperio en el nuevo mundo (Le Cuff); la propaganda antimusulmana a través de la alegoría del triunfo de la iglesia y su representación histórica de conflictos religiosos (Sorce); la propaganda anti-otomana en los Balcanes a través de imágenes marianas (Notarfonso); la transformación del arcángel San Rafael, usado contra la «herejía» protestante, pero reinterpretado en contextos imperiales ibéricos como Amberes, Tlaxcala y Manila (Porras); la creación de un paradigma de martirio global a partir de la circulación de martirios en Japón, que poco tenía que ver con aquel representado en Italia (Palomo); y los relatos jesuitas sobre sus esfuerzos para evitar supersticiones en China en relación a fenómenos naturales (Catto).

En medio de este despliegue temático, el libro explora transversalmente una serie de conceptos – tales como «imágenes pedagógicas», «técnicas para creer», «imágenes evangelizadoras», «objetos nómadas», «imágenes elocuentes» e «imágenes vivas» – y los utiliza para explicar las formas de crear sentimientos y emociones colectivas necesarias para la prédica, catequización, devoción y propaganda. Estas imágenes se construyen en sintonía con el público al que están dirigidas, preservando el rol del intermediario religioso, pero al mismo tiempo estableciendo una relación directa del devoto con lo divino por fuera del contexto litúrgico o mediación eclesiástica. La producción de imágenes en lo local, que busca acercar al devoto a lo divino, puede ser entendida a través del concepto de *imagines*. Este paradigma jesuita relaciona la imagen al mundo imaginario, aquel espacio de mediación de la imagen entre lo material y su contenido, ambos absorbidos por la variabilidad local. Por su parte, los «objetos nómadas» permiten visibilizar procesos de re-significación, hibridación y circulación a través de la geografía imperial. Dado que las imágenes tienen a su vez la capacidad de generar otras imágenes, las diferentes contribuciones destacan el rol de «los religiosos» como profesionales en el uso de ellas para producir y difundir «imágenes elocuentes» que garantizaran su discurso.

Ambas publicaciones subrayan el poder normativo del arte sacro. Un amplio rango de preguntas – desde ¿qué es una norma visual? hasta ¿cómo se producen los cambios de estándares visuales? – encuentra respuestas en los diversos casos, que apuntan a observar no tanto las reglas del arte

mismo como aquellas imágenes capaces de cambiar y producir nuevos estándares visuales y comportamientos. Ellas invitan también a observar la capacidad de agencia de las imágenes y de los sujetos que las hacen hablar. Así mismo, los editores proponen construir una mirada comparada entre los diversos usos y reacciones locales para establecer una geografía de las normas visuales propias de un catolicismo pluricéntrico y no uniforme.

Nos quedan, sin embargo, algunas inquietudes sobre la construcción de esta geografía de reacciones locales y normas visuales. Por un lado, si bien todos los casos se refieren a contextos globales multicéntricos, los puntos centrales parecerían fijarse en la Europa católica de la Contrarreforma, dejando los casos del Asia Ibérica, Iberoamérica y África lusófona en las periferias del mapa que se busca construir. Por otro lado, con respecto a la »geografía de normas« presente en cada conflicto,

ambas publicaciones tienden a repartir por disciplinas el estudio de las normas de las religiones, por una parte, y de aquellas normas del arte, por otra, aun siendo conscientes de la necesidad de un trabajo interdisciplinario. De hecho, las relaciones entre historiadores del arte, de las religiones y de la cultura con historiadores del derecho canónico y de la teología moral son apenas tocadas, pero la confrontación entre estas diversas perspectivas puede ser abordada de manera más explícita y decidida. En efecto, el tipo de fuentes usadas en las dos compilaciones (tratados, manuales, material de archivo e iconografías) nos indica el necesario cruce de perspectivas para enriquecer el debate sobre la producción de normatividades en materias religiosas. Esto abre posibilidades de diálogo entre historia del arte e historia del derecho por ser aún más exploradas.



Manuel Bastias Saavedra

El imperio portugués y las raíces profundas de Goa*

La historia de los imperios se ha convertido en un importante campo de investigación en las últimas décadas, especialmente por su centralidad en los campos de la historia global y atlántica, la historia del conocimiento, la historia medioambiental y en la historia global del derecho. El mundo contemporáneo está sin duda constituido por los casi cinco siglos de imperialismo europeo, pero una serie de perspectivas nuevas y críticas, incluidas las perspectivas poscoloniales, subalternas y decoloniales, así como los enfoques microhistóricos, están reevaluando la experiencia imperial, oponiéndose a las tradicionales narrativas orientalistas y centradas en Europa. Son precisamente estos discursos los que están en el centro del libro

Religion and Empire in Portuguese India de Ângela Barreto Xavier, el cual es una versión reducida y adaptada de su libro de 2008, *A Invenção de Goa*. El libro comienza presentando los escritos de António João Frias, párroco en Goa y súbdito indio de la Corona portuguesa, para mostrar cómo las poblaciones colonizadas se apropiaron y reforzaron los discursos coloniales e interiorizaron la idea de Occidente como »agente liberador y racionalizador en otras geografías« (1). Por desgracia, estos estereotipos no sólo reflejan los discursos coloniales del siglo XVII, sino que siguen siendo comunes en la investigación histórica, que frecuentemente entiende Europa como el principal agente en la difusión de la civilización y la modernidad.

* ÂNGELA BARRETO XAVIER, *Religion and Empire in Portuguese India. Conversion, Resistance, and the Making of Goa*, Albany (NY): State University of New York Press 2022, XVIII + 407 p., ISBN 978-1-4384-8911-7

Xavier no reproduce estas narrativas, sino que utiliza su aparición en el contexto histórico de la Goa portuguesa para señalar las tensiones inherentes al colonialismo y al proyecto imperial. Por un lado, sostiene que la interiorización de estas ideas por sujetos como Frías revela el éxito del proyecto imperial; por otro, la presencia de «tipos sociales» como Frías demuestra que la perdurabilidad de la presencia imperial portuguesa en Goa dependía precisamente de personas como él: poblaciones locales que consintieron e hicieron suya la causa imperial. La conversión fue crucial para lograr esta transformación. Pero, como sostiene Xavier, no fue tanto la conversión religiosa como la cultural que acompañó a la cristianización de los habitantes de Goa y las Antiguas Conquistas – «la transformación gradual de las formas de pensar, hacer y ser, y de concebir el tiempo y el espacio y el presente y el pasado en el marco del cristianismo» (9) – lo que explica la persistencia del dominio imperial portugués. El poder militar portugués por sí solo no habría logrado mantener el control sin la «colonización de la imaginación» o la «colonización de la conciencia».

La tensión entre colonización e interiorización se desarrolla a lo largo de siete capítulos. Los capítulos 1 y 2 sientan las bases del diseño imperial y las estrategias de conversión. El capítulo 1 gira en torno a la cuestión de la confesionalización como parte del diseño intencional del rey Dom João III orientado hacia la centralización y la cohesión de la monarquía mediante la creación de poblaciones religiosamente homogéneas tanto en la metrópoli como en los territorios del imperio. Fue en este contexto en el que Goa se convirtió en la capital del *Estado da Índia*, un cambio de estatus que la vio convertirse en un centro imperial dotado de instituciones y privilegios reales. El capítulo 2 se centra en la conversión y en el marco institucional que apoyó los intentos de aplicar los planes de homogeneización cultural y religiosa de la Corona portuguesa en Goa. El capítulo detalla la estructura organizativa de la Iglesia, las diferentes ideologías seguidas por las órdenes (especialmente franciscanos y jesuitas), las políticas para destruir los templos e ídolos locales y borrar todos los marcadores visibles de las religiones no-cristianas, y los incentivos legales y sociales que se movilizaron para fomentar la conversión.

Mientras que, en cierto sentido, los dos primeros capítulos contemplan Goa desde las intenciones y los objetivos de las autoridades políticas y religiosas portuguesas, los capítulos siguientes se

sumergen de lleno en los territorios de Goa. Aquí Xavier demuestra su impresionante dominio de las fuentes primarias y su atención al detalle. Los capítulos 3 y 4 revelan la importancia estructural de la alianza establecida entre la Corona portuguesa y la Iglesia, que permitió al imperio utilizar las redes eclesiásticas y monásticas para extender su alcance a lugares remotos. Estos capítulos muestran cómo el imperio echó raíces no sólo en la Goa urbana, sino también en lo más profundo de la Goa rural. En el capítulo 3 se analiza cómo el clero regular y secular se trasladó a las aldeas, fue dotado de poder jurisdiccional y pudo acumular poder económico mediante el control de tierras y aldeas. La presencia de los sacerdotes y las redes que establecieron no sólo resultaron eficaces para convertir a las poblaciones locales al cristianismo, sino que también trastocaron «las concepciones y percepciones del tiempo y el espacio, así como la forma en que estos sujetos se percibían a sí mismos, a su familia y a la sociedad» (135). La conversión de padres, hijos mayores, esposas e hijas trastocó casas y familias, interfiriendo «en la transmisión de la tierra y la herencia, cambiando las pautas de organización y jerarquía en dichas familias» (145). Con la conversión de los *gaunkares*, las élites locales de las aldeas, el tiempo religioso y las rutinas diarias se cristianizaron. Por ejemplo, el calendario cristiano se ajustó al calendario devocional precristiano, y las campanas de las iglesias empezaron a marcar la actividad diaria y a alterar las rutinas laborales. Aunque estos actos cambiaron el paisaje religioso del campo goes, el capítulo 4 se enfoca en «las herramientas de cristianización» orientadas a la internalización de la religión. Instrumentos religiosos, tales como «la prédica, confesión y comunión, además de escuelas para huérfanos, niños pequeños e instrucción para adultos» (155), así como el establecimiento de instituciones caritativas, cofradías y hospitales en las aldeas sirvieron como poderosas herramientas para moldear «la memoria, el entendimiento y la voluntad» (153).

Los capítulos 5, 6 y 7 cambian la perspectiva para revelar las profundas raíces de las comunidades de Goa. El relato es complejo y pretende mostrar la diversidad de las experiencias históricas sociales y religiosas locales, y cómo éstas moldearon la conversión. El capítulo 5 comienza con un análisis de los panteones de Chorão y Caraim para ilustrar «la complejidad religiosa de la isla y sus intersecciones con el poder, el uso de la tierra y los

grupos sociales que constituían la localidad» (213). Al destacar la diversidad de las experiencias históricas de la aldea, reconstruidas a través del culto a las divinidades locales (teniendo cada aldea panteones diversos), Xavier argumenta que la cristianización debe relativizarse dado que la concepción religiosa local podía integrar el cristianismo como una divinidad más dentro de un esquema de creencias que era integrativo, cumulativo y flexible. El cristianismo se convirtió así en una pieza más del mosaico ritual y religioso local que permitió su integración, aunque la atribución de significados y funciones probablemente difiriera entre los misioneros y las poblaciones locales.

El capítulo 6 gira alrededor de la resistencia de las poblaciones locales a la cristianización. Una vez más, la diversidad de las aldeas se pone de manifiesto, ya que el episodio central del capítulo está tomado de Cuncolim, una aldea alejada de la ciudad de Goa y situada en la frontera con el sultanato de Bijapur. El contraste entre el consentimiento mayoritariamente pacífico de Chorão y la resistencia de Cuncolim permite a Xavier nuevamente destacar la diversidad de las aldeas y el desarrollo de la experiencia imperial. Hubo, en definitiva, un patrón geográfico de resistencia contra los portugueses, siendo más común en Bardez y Salcete, que estaban situadas más cerca de Bijapur: «La cristianización del imaginario no sustituyó en muchos de estos pueblos la memoria colectiva del pasado. Permanecieron vivamente en contra de los portugueses» (275). Por último, el capítulo 7 se enfoca en la construcción de narrativas históricas por parte de las élites locales de Goa. La Corona mantuvo las diferencias entre los grupos sociales de Goa e incrementó la diferencia entre los portugueses peninsulares y goeses. Era una forma de asegurarse de que ninguno de los grupos acumulara un poder excesivo. Mientras los *casados* portugueses, colonos casados con mujeres locales y sus descendientes, intentaban demostrar su «antigua nobleza» para asegurar sus posiciones sociales, las élites locales apelaban a su propia condición de nobleza india

para asegurar cargos de gobierno local para sus grupos. Xavier se centra en dos tratados para ilustrar cómo brahmanes y chardos adoptaron «el lenguaje imperial, adhiriéndose a los debates sobre la nobleza de las armas frente a la nobleza de las letras, de la nobleza cristiana frente a la nobleza civil, del linaje frente al hogar» (310). Los autores utilizaron esta gramática de la nobleza portuguesa para replantear la historia local dentro de los relatos bíblicos y cristianos. La interiorización de las narrativas cristianas y occidentales demuestra, según Xavier, hasta qué punto las élites locales se adhirieron y sostuvieron el orden imperial portugués, marcando la importancia que tuvo la dimensión confesional para sostener el dominio portugués en Goa.

En última instancia, *Religion and Empire in Portuguese India* trata menos sobre el imperio y la conversión como de la experiencia local del imperio y sus complejidades. Xavier no sólo se opone a las representaciones orientalistas de Goa y la India, sino que también muestra cómo la maquinaria del imperio era compleja, tenía múltiples niveles y estaba plagada de conflictos internos. Pero el corazón del relato está puesto en la sociedad de Goa, vista en toda su complejidad, atando los cabos entre pasado y presente, mundo urbano y rural, y dando protagonismo a las identidades grupales y las desigualdades sociales. Al mostrar las profundas raíces religiosas, sociales, y culturales de la sociedad goesa, *Religion and Empire in Portuguese India* muestra que la experiencia imperial fue necesariamente un proceso de *traducción* de la gramática cristiana y occidental a las condiciones locales. Es un libro importante para quienes se interesan por la relación entre imperio y derecho, pues muestra que a pesar de que la monarquía intenta ordenar e integrar poblaciones locales, éstas utilizan, reinterpretan e integran los códigos culturales de los colonizadores, atendiendo a las largas y ricas tradiciones históricas del lugar.



Paulien Broens

A Deep Dive into England's Early Africa Companies*

In the context of English trading companies, the historiography's principal focus has traditionally been on the East India Company and its role in the Indian Ocean trade, with little attention being paid to the earliest English Africa companies. Julie Mo Svalastog's book ›Mastering the Worst of Trades. England's Early Africa Companies and Their Traders, 1618–1672‹ seeks to remedy that, by offering a more nuanced history of England's early Africa trade, drawing attention to the legal agents who were part of these early companies and combining our conceptions of Indian Ocean trade and Atlantic trade into one commodity chain.

The Guinea Company (GC) was the first English Africa company with joint stock to be granted an official patent by King James I, which gave them complete and exclusive access to the West African coast in 1618. The first three chapters of this book focus on the company, its journeys and its members. The company initially started out as a small and limited structure that functioned on a *voyage-by-voyage* basis, importing assortments of goods from the West African coast into England, and with the hopes of obtaining – or finding a source of – gold. However, a large majority of the members left the company after several drawn-out court cases with superior traders and extensive financial difficulty had developed. The relaunch of the GC went hand in hand with new patent negotiations in the 1630s and 1640s. A trust-based system was created when the company became divided among four merchants who were tied together through close partnerships. Due to the flexibility they had obtained through processes of lending within this system of trust, profit (in the form of the coveted gold) was coming in more effectively. But overstretched funds, debt, political turmoil and both transnational competition and competing domestic private traders became a strain on the company. The volatility of this trade led to the diversification of their activities and the push towards plantation and slave trade. Problems persisted and eventually the

East India Company (EIC) entered the picture. The GC ended up moving their trade over to the EIC in 1657/8 up until 1663/4. The EIC would purchase gold directly from the African states on the coast and transport it to their factories in India. However, their monopoly on the West African coast ended when a new patent was negotiated and the Company of Royal Adventurers Trading into Africa (RA) – the focus of the book's fourth and fifth chapters – took over. This patent, granted by the English state in 1663, explicitly stated that it was for the purpose of the slave trade, thus creating yet again a monopolized trade with formal company structure. As this trade was developing on a large credit basis, the growing debts proved to be entirely challenging. The costs started to consistently outweigh the benefits. Throughout all the financial strain as well as internal and external competition, all these companies acted as representatives of England; their patents stipulated that they had obligations to the Crown and had to serve the English drive for exploring and, eventually, managing the Empire's newly acquired realms.

The book is the result of a PhD conducted at Universiteit Leiden with the research project ›Fighting Monopolies‹ funded by the European Research Council. The project centres around providing comparative overviews of free agents and informal empires and their responses to each other, an approach which fits this book perfectly. At the forefront of the research project as well as the book is the role of the individual or the agent. Svalastog applies a *longue durée* perspective on both the companies and the private individuals that constructed and engaged with them, going against the construed and perceived dichotomy of private vs. corporate. A focus on these influential individuals – company men – helps us better understand these companies as institutions. The impact of the individual on the company is not unidirectional but flows both ways, with personal interest steering company interest and vice versa, and this is shown throughout the book.

* JULIE MO SVALASTOG, *Mastering the Worst of Trades: England's Early Africa Companies and Their*

Traders, 1618–1672, Leiden/Boston: Brill 2021, X + 272 p., ISBN 978-90-04-44082-1

Svalastog sets out to argue that the consistent tendency to perceive these companies (GC, EIC on the coast of Africa and early RA) as insignificant or irrelevant for further study due to their lack of profit is undeserved, saying that there is a need for deeper comprehension of and attention to them. The author manages to convince the reader of the benefit of bringing nuanced accounts by showing the extensive histories of these companies and their agents, and the foundation they provided for later profitable companies. However, her secondary goal is to change our usually negative assessment of these companies. This intention is felt throughout the entire work yet seems much less convincing. Svalastog attempts to move away from labelling the companies as failures because of their lack of profit; she wants the reader to perceive them for more than their profitability and tries to highlight the positive or beneficial actions taken by individuals within the respective companies as a reason not to see them as failures. Contextualisation with inclusion of stories by agents is important in order to better understand the start and the longer narrative of these companies – as the author does here – instead of perceiving the companies as irrelevant for the sole reason of lack of monetary profitability. This nuance does not take away from the fact that, nevertheless, these companies consistently failed to achieve success.

One cannot help but notice the lack of writing devoted to the interaction with local structures, considering that a work on agents in early Africa companies should not merely include British male

merchants, but also the African agents they engaged with to establish their trade. But Svalastog points out that »the sources give us frustratingly little detail about transnational interactions between local structures and the GC at this early stage« (9), which addresses and explains this lack. Additionally, however, her choice of primary sources in a work on traders as agents raises some questions, since most of the primary sources are court, council and state documents from The National Archive in London. In an attempt to uncover the individual convictions, personal trade interests and benefits to the traders that caused them to undertake certain company decisions or have a lack of interest in the company's wellbeing, one would expect more correspondence, personal diaries or travel notes to have been consulted. There are references to the work by Makepeace »English Traders on the Guinea Coast, 1657–1668: An Analysis of the East India Company Archive«, who analysed some correspondence, but it might have been valuable for Svalastog to consult these correspondence pieces herself in a work so heavily centred around agency.

A clear and logical chronological structure is used throughout all five chapters, with an overall comprehensive writing style. It is a good read for anyone interested in early Africa companies and accounts on early trade, or for those interested in the individuals who interacted with corporations throughout history.



Winner Ijeoma

Rule of Law im kolonialen Afrika?*

Michael Lobban ist Professor für Rechtsge-
schichte an der London School of Economics
and Political Science und forscht insbesondere
zum 18. und 19. Jahrhundert. Im zu besprechen-
den Band nimmt er sich eines besonderen Aspekts
der Geschichte des britischen Empires an: den

Inhaftierungen ohne vorausgehende Gerichtsver-
fahren in den afrikanischen Kolonien. Jede der
behandelten Regionen wird ausführlich in den
historischen und geografischen Kontext gestellt,
was nicht nur Wissenschaftlern der afrikanischen
Rechtsgeschichte ermöglicht, die Zusammenhän-

* MICHAEL LOBBAN, *Imperial Incarceration. Detention without Trial in the Making of British Colonial Africa*, Cambridge: Cambridge University

Press 2021, XII + 450 S.,
ISBN 978-1-316-51912-7

ge besser zu verstehen. Auch für Leser ohne juristischen oder historischen Hintergrund ist die Lektüre verständlich, da Lobban Schreibstil eingängig und unkompliziert ist.

Im frühen 19. Jahrhundert, als Großbritannien begann, formelle Kolonien in afrikanischen Gebieten zu gründen, wurden afrikanische Führer, die sich den britischen Mächten widersetzen oder den Imperialismus anderweitig ablehnten, ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Die Kette von Ereignissen, die zu solchen Inhaftierungen führten, wird in diesem Buch detailliert dargestellt. Lobban untersucht, wie die Ausdehnung des britischen Empires durch eine Reihe von Rechtsinstanzen erreicht wurde, und welche Rolle der afrikanische Widerstand dabei spielte.

Vor dem Hintergrund der imperialen Expansion beschreibt der Autor, wie rechtliche Befugnisse in den britischen Kolonien die Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren ermöglichten und regelten. Dabei befasst er sich mit den Missständen in den britischen Kolonien und ordnet die Inhaftierungen in den Zusammenhang mit der Geschichte der Protektorate, den imperialen Ambitionen, Aufständen und dem Kriegsrecht auf Grundlage von Archivalien ein.

Lobban Analyse zeigt, dass die Inhaftierung afrikanischer Führer, die sich gegen das Empire auflehnten, eines von vielen imperialen Instrumenten war, mit denen die Briten das koloniale Projekt vorantrieben und die Hegemonie in Afrika erlangten. Seine Untersuchung zeigt die widersprüchliche Handlungsweise des Imperiums vom 19. bis zum frühen 20. Jahrhundert auf. Gleich zu Beginn geht er darauf ein, wie die Untertanen des Empire, denen eine politische Stimme verweigert wurde, gezwungen wurden, sich an das zu halten, was als »ein rationales, modernes und gleichberechtigtes Rechtssystem«¹ bezeichnet wurde. Die Rechtsstaatlichkeit und der Habeas Corpus Act wurden im britischen Empire theoretisch hochgehalten, doch der Autor kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass sich die Briten in Bezug auf die afrikanischen Territorien nicht an diese Grundsätze hielten. Diese Thematik steht im Mittelpunkt des Buches, ebenso wie Unklarheiten in der Rechtsprechung, die Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in den Kolonien ermöglichten.

Lobban neun Kapitel umfassende Analyse zeigt auf, wie die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit – im Sinne von A.V. Dicey – in den verschiedenen afrikanischen Regionen (nicht) umgesetzt wurden. Von Kapitel zu Kapitel wird deutlicher, dass diese Prinzipien aufgrund von »Rassenunterschieden« und geografischen Grenzen für die imperialen Untertanen nicht griffen. Einfach ausgedrückt: Der Schutz durch das Gewohnheitsrecht wurde vor allem den weißen Untertanen garantiert. Im Fall der Kapkolonie zum Beispiel, wo eine liberale politische und juristische Kultur herrschte, zeigt sich, dass die Strafverfolgung zwar in Form von ad-hominem-Haftgesetzen erfolgte, dass das Kriegsrechtsregime des Staates es aber dem imperialen Staat ermöglichte, auf Verfahren und Schutzmaßnahmen zu verzichten, die normalerweise in einem Prozess vorgesehen waren. Hauptgrund dafür war das Bestreben, die lokalen afrikanischen Führer zu entmachten und die britische Hegemonie aufrechtzuerhalten.

In anderen Teilen Afrikas, z. B. in Natal, sahen sich die Zulu-Häuptlinge mit einem weiteren Mechanismus der imperialen Kontrolle konfrontiert, nämlich der indirekten Herrschaft durch lokale, von den Briten ernannte Häuptlinge. Lobban arbeitet akribisch heraus, wie zugunsten der Kolonialbehörden eine Form des lokalen Gewohnheitsrechts erfunden und zur Durchsetzung der kolonialen Autorität über die Afrikaner eingesetzt wurde.

Er verfolgt dabei besonders die Frage, welche Rolle dem imperialen Gedanken bei der Umsetzung der Unterwerfungsmaßnahmen zukam. Dabei stellt er fest, dass die Angst vor dem Verlust von Macht und Hegemonie über afrikanische Gebiete den Kern der imperialen Überlegungen bildete, als die Kolonialmächte Methoden entwickelten, um den afrikanischen Widerstand gegen die Fremdherrschaft einzudämmen und die Untertanen daran zu hindern, ihre in der Magna Carta verbrieften Rechte in Anspruch zu nehmen. Lobban lenkt die Aufmerksamkeit des Lesers auch auf die Macht der Semantik, die zur Unterstützung der imperialen Expansion eingesetzt wurde. Die Bemühungen der afrikanischen Führer, die Souveränität über ihre Territorien zu bewahren oder sich von der Fremdherrschaft zu befreien, wurden als »rebel-

1 Übersetzungen ins Deutsche hier und im Folgenden von der Rezensentin.

lisch« bezeichnet – ein Begriff mit negativer Konnotation.

In bestimmten Regionen, wie z.B. Natal, wo solche Bestrebungen nach dem damaligen Gewohnheitsrecht nicht als Verbrechen galten, fanden die Kolonialbehörden Mittel und Wege, diese Hürde zu umgehen, indem sie einheimische Tribunale zur Legalisierung ihrer Urteile gegenüber den Afrikanern einsetzten. In Lobbans Analyse zu Westafrika wird die britische imperialistische Agenda noch deutlicher. Selbst wenn eine Inhaftierung im Rahmen eines Habeas-Corpus-Antrags angefochten werden konnte, hing der Erfolg des Einspruchs vom Ansehen des Inhaftierten ab – also von den Werten der weißen Briten in der Metropole.

Ein zentrales Thema des Buchs ist das Muster der wiederkehrenden Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, selbst in Fällen, in denen die Inhaftierung ad hominem als Rechtfertigung genutzt wurde. Zugleich nahm das britische Außenministerium in Fällen der Verhaftung von afrikanischen Führern oder Personen, die sich ihren Befugnissen widersetzen, eine Laissez-faire-Haltung ein.

Es wäre interessant gewesen, wenn das Buch die kolonialen Hinterlassenschaften und die verschiede-

nen Versionen des Imperialismus, denen die behandelten Regionen ausgesetzt waren, näher beleuchtet hätte. Dies gilt insbesondere für die auch von Lobban untersuchten Regionen Süd- und Südostnigeria, eine der letzten kolonialen »Eroberungen« Europas. Die Briten kamen nicht unvorbereitet in die Region, sondern mit den Erfahrungen, die sie bei früheren Kolonialbesetzungen gesammelt hatten. Dieser Aspekt sowie das Streben der Briten nach wirtschaftlichem Monopol und ihre Vorstellungen von Recht und Ordnung, hinterließen in Westafrika ein Vermächtnis, das sowohl für die britischen Kolonisten als auch für die afrikanischen Akteure zu ausgeprägten Einschränkungen führte.

Lobban schließt seine so lesenswerte wie umfassende Darstellung der verschiedenen Regionen ab, indem er ein übergreifendes Element klar hervorhebt: nämlich dass die Durchsetzung der britischen Macht und die Beseitigung aller gegnerischen Strukturen oder Personen Vorrang vor der Einhaltung des Geistes des Common Law und der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit hatten.



Matilde Cazzola

Guardie, ladri e la giurisprudenza dell'anticipazione*

La portata della trasformazione che investì la polizia in Inghilterra nel passaggio tra il diciottesimo e il diciannovesimo secolo è ormai un assunto per gli studiosi di questo tema: precedentemente incaricata della preservazione del buon ordine municipale e della promozione dell'operosità e del benessere collettivo, fu alla fine del Settecento, e soprattutto con Patrick Colquhoun, che la *police* venne riorganizzata in attività cautelativa e anticrimine volta alla prevenzione dei reati. Il recente

libro di Sal Nicolazzo completa e complica questo quadro, retrodatando la funzione della polizia come »anticipazione preventiva della minaccia« (210) alla prima modernità. Proiettata sullo sfondo del mondo anglo-atlantico sei- e settecentesco ed esaminata a partire da un vasto apparato documentario che include testi di legge, sentenze giudiziarie, trattati di storia ed economia politica ma anche trafiletti di quotidiano e fonti letterarie, la polizia raccontata da Nicolazzo non si riduce a un corpo

* SAL NICOLAZZO, *Vagrant Figures: Law, Literature, and the Origins of the Police*, New Haven (CT): Yale University Press 2020, IX + 310 p., ISBN 978-0-300-24131-0

professionale ma si configura come un campo governamentale specificamente orientato ad anticipare e impedire potenziali sfide alla pace e alla sicurezza della società come bacino di accumulazione di proprietà privata (3).

L'orientamento al futuro della polizia è determinato dal nesso costitutivo che Nicolazzo intravede tra *police* e *vagrancy*. Categoria giuridica di difficile traduzione in italiano, la *vagrancy* venne impiegata fin dal Medioevo per criminalizzare un gruppo vastissimo e disomogeneo di «vagabondi»: i poveri e i mendicanti privi di residenza in una parrocchia, i «pigri» e i disoccupati, i disertori, i fuggitivi e i rivoltosi, ma anche le prostitute e gli intrattenitori itineranti, gli ubriachi, gli stranieri e gli impostori (finti disabili, nomadi che si alteravano il colore del volto, donne in abiti maschili); una pletera di figure «disordinate», insomma, accomunate da un presunto rifiuto di lavorare e percepite come immeritevoli di carità e assistenza, potenzialmente parassitarie sulle finanze parrocchiali e minacciose per la buona tenuta delle gerarchie sessuali e razziali e le dinamiche economico-politiche del mercato su cui l'ordine della società si fondava. A colpire della *vagrancy* è soprattutto l'elasticità dei suoi contorni: non solo il «vagabondaggio» così inteso era una categoria deliberatamente vaga e perciò capiente, disponibile ad abbracciare nuove identità sociali emerse via via come problematiche, ma trattava anche i propri oggetti come delinquenti per azioni che erano sospettati di poter perpetrare come se le avessero già commesse; si trattava, pertanto, di una nozione penale fondata su crimini non già compiuti ma soltanto intuiti e addebitati in via preventiva, che le *vagrancy laws* mai precisavano chiaramente per lasciarsi aperta la possibilità di includere reati imprevisti (4, 12). Questi reati, a loro volta, venivano puniti fuori dal raggio delle consuetudini giuridiche e processuali, che le leggi contro il vagabondaggio consentivano di eludere conferendo alle autorità locali (giudici di pace, supervisori parrocchiali, guardie e agenti) il potere sommario di punire con reclusione o espulsione chiunque finisse per trovarsi incluso nei loro termini (18).

Dall'indeterminatezza del gruppo dei *vagrants* dipende l'ampiezza del raggio di discrezione dell'autorità incaricata di prevederne le azioni e contenerne i movimenti, ovvero la polizia (26). Mostrando come i vagabondi abbiano funto da pretesto per la costruzione di un apparato repressivo specificamente inventato per fronteggiarli,

Nicolazzo scava nella «preistoria» della *police* prima della sua istituzionalizzazione ottocentesca in un corpo professionista e centralizzato portandone alla luce le origini indissolubilmente intrecciate alle vicissitudini della *vagrancy*, la quale, di converso, viene presentata come categoria dotata di senso soltanto se pensata come «un rapporto di polizia» (70, 122). Nel libro, la nascita primo-moderna della *police* come interna alla storia della *vagrancy* viene ricostruita attraverso un andirivieni continuo tra diritto e letteratura, che illustra come la narrativa sia stata storicamente usata a supporto e integrazione dei testi di legge e delle sentenze giudiziarie, e come di converso personaggi letterari abbiano offerto il modello a partire dal quale giuridificare soggetti sociali. Il libro mostra altresì come l'invenzione del problema sociale del vagabondaggio e la sua risposta giuridica, la polizia, siano precocemente fuoriuscite dai confini locali della parrocchia per essere messe al servizio della conquista dei territori coloniali, della tratta schiavista e dell'emergere di nuove forme di lavoro coatto nella cornice globale dell'Impero (3–5). «Figure vagabonde» erano destinati a diventare, infatti, anche i servi a contratto deportati nelle colonie e gli schiavi brutalizzati nelle piantagioni nel momento in cui fuggivano dai rispettivi padroni o disobbedivano ai loro ordini. Fu proprio la flessibilità e capienza del vagabondaggio come forma imposta di identità sociale, osserva Nicolazzo, a consentire alle leggi volte a criminalizzarlo di riprodursi sorprendentemente uguali a sé stesse attraverso il tempo del capitalismo e lo spazio dell'Impero (6).

I capitoli del libro assemblano una galleria di ritratti individuali, rappresentativi della diversificata resa letteraria del gruppo eterogeneo dei *vagrants*. Il primo capitolo si concentra sul romanzo picaresco tardo-secentesco, mettendolo in dialogo con le coeve norme a criminalizzazione dei «malviventi» (*rogues*) e con gli inizi del sistema di deportazione coatta dei poveri inglesi oltreoceano. Il secondo capitolo analizza la produzione letteraria del teorico settecentesco della polizia Henry Fielding per approfondire il nesso esistente tra la *police* e l'ordine domestico come fondamento dell'ordine della società, e mostra come il reato di *vagrancy* comprendesse anche il rifiuto delle gerarchie sessuali, la trasgressione dalle convenzioni di genere e una condizione di marginalità rispetto al regime produttivo e riproduttivo della famiglia patriarcale. Il capitolo 3 proietta la poesia romantica e il personaggio lirico del girovago campestre

sullo sfondo dello spazio metropolitano che fornì il laboratorio per l'organizzazione delle prime forze di polizia professionale: il contesto urbano e portuale di Londra, vulnerabile ai furti e ai disordini e perciò precoce teatro di pattugliamenti polizieschi volti a mettere in sicurezza la circolazione di ricchezza commerciale di cui la capitale era ormai diventata uno snodo di rilevanza globale.

Nella *vagrancy* urbana di Londra si trovavano inclusi anche quei *black poor* (lealisti afroamericani fuggiti dal Nordamerica rivoluzionario e *lascars* indiani impiegati sulle navi della East India Company) destinati a diventare loro malgrado l'oggetto dei piani filantropici di deportazione in Sierra Leone. Ciò introduce il tema attorno a cui ruotano gli ultimi due capitoli: la razzializzazione del vagabondaggio a scapito dei colonizzati e degli schiavizzati di origine africana. Il capitolo 4 esamina lo scollamento, nel Nordamerica coloniale e postcoloniale, tra la criminalizzazione della fuga da schiavitù e servitù e della resistenza dei nativi contro l'abbandono forzato dei propri territori da un lato, e la mitizzazione della *vagrancy* quando riportata all'interno della narrazione eccezionalistica della mobilità dei coloni bianchi attraverso la frontiera dall'altro. Il quinto e ultimo capitolo, infine, fa luce sulle radici atlantiche e coloniali della *black-*

ness come condizione di vulnerabilità all'imprevedibilità della violenza poliziesca concentrandosi sul racconto autobiografico di Olaudah Equiano, in balia – a dispetto del suo stato formale di libertà e dei suoi continui appelli alla protezione della legge – del processo di risemantizzazione della mobilità dei neri (schiavi e liberi) come *vagrancy* in quanto sfida all'ordine razzializzato dello schiavismo.

L'affascinante storia transatlantica della polizia che Nicolazzo ricostruisce con rigore documentario e un avvincente stile argomentativo insiste dunque sulle forze globali – capitalismo, colonialismo, schiavismo – che ne hanno determinato le trasformazioni nel solco del suo legame a filo doppio col vagabondaggio (248). Mentre ciascun capitolo valorizza singole soggettività letterarie, nel suo complesso il libro invita a non dimenticare come la giurisprudenza poliziesca della *vagrancy* abbia storicamente rinnegato tanto l'individuo quanto il soggetto di diritto, plasmando non una tassonomia precisa e definita quanto piuttosto un elenco collettivo, spersonalizzato e programmaticamente in espansione di »figure«, uomini e donne senza padrone resi oggetto non di studio e conoscenza, bensì di sospetto e anticipazione. ■

Victoria Hooton

Pauper Agency and Negotiation Under the Old Poor Law*

Navigating the Old English Poor Law, by Peter Jones and Steven King, offers a compilation of valuable primary sources relating to the administration of the Old English Poor Law system in the early to mid-19th century. Jones and King have uncovered meticulously preserved correspondence, comprised of nearly 600 letters, between dependents of poor relief in the north of England

and the overseer of the poor in Kirkby Lonsdale, a market town in Cumbria. The completeness of the Kirkby Lonsdale correspondence is what the editors refer to as »a matter of historical serendipity« (2) that is only possible due to the conscientious record-keeping of Stephen Garnett, Kirkby Lonsdale's officer for poor relief. The aim of this volume is to collate letters that provide a compre-

* PETER JONES, STEVEN KING (eds.), *Navigating the Old English Poor Law: The Kirkby Lonsdale Letters, 1809–1836*, Oxford: Oxford University Press 2020, 400 p., ISBN 978-0-19-726681-6

hensive view of the life-cycle of welfare dependency during the later years of the Old Poor Law. They enable the reader to witness the establishment and development of longstanding, even life-long, relationships between relief claimants and the administrators of poor relief. The volume demonstrates the intricacies of the system before it was ultimately reformed with the New Poor Law in 1834. The editors note (2) the rarity of preserved correspondence that allows such an impression of the lives of the poor, despite the existence of numerous collections of parish correspondence dating from the time of the Old Poor Law. Thus, the collection in this book provides something new and valuable to scholars interested in this area of legal and social history, as well as complementing existing volumes on pauper collections in Essex and Norfolk by Thomas Sokoll and Joseph Harley, respectively.

The editors' introduction explains the contents of the collection and presents overarching themes that can be gleaned from the collected letters. Maps are provided to visualise the geographical reach of the documents and the broader parish archive collections from which they originate. The book presents twenty sets of letters sent by relief claimants and their families (or a person writing on their behalf) to the Kirkby Lonsdale Parish. The correspondence also includes accounts submitted by the parishes hosting these families to the Kirkby Lonsdale poor relief office, denoting sums owed for poor relief granted by the former, and any notations made on the received letters by Stephen Garnett. The collected sources and the analysis offered by Jones and King in their thorough introduction offer four valuable insights for legal historians interested in the administration of poor relief in the period covered.

Firstly, the letters demonstrate the difference between the black letter Poor Law as it was constructed and the law as it was practiced on both sides of the relief system. The 1601 *Act for the Relief of the Poor* placed a legal obligation on parishes in England and Wales to care for their poor. In 1662, a reform of the Act created the system of settlement that would determine who belonged to which parish, and set out the scope of parochial responsibility for poor relief. Settlement was the legal gateway to relief, and those without it risked being sent back to their parish of settlement in the event that they required relief. Jones and King note that the administration of removal became inefficient

as migration increased within England, and thus a system of »out-parish« relief emerged in the late 18th century, where the poor were provided for by their settlement parish but could remain in their parish of residence. The authors discuss various theories as to why settlement was not enforced, and show that decisions to grant out-parish relief were influenced by various factors. What the evidence presented in the book can demonstrate is the potential longevity of out-parish relief which could be negotiated by the poor, despite the potential for removal under the settlement system.

As well as non-enforcement of settlement, the letters demonstrate the negotiating skills of the poor, which they employed instead of formal routes of appeal. The obligations placed on the parish by the Old Poor Law were not prescriptive, so who received relief, and what they would receive, was left to poor relief officials to decide. Whilst the Old Poor Law allowed the poor to appeal to magistrates should a disagreement arise as to the provision of relief, this was not often relied upon. The editors point out, and the letters demonstrate, a preference for diplomacy and conflict avoidance among the poor, with threats of appeal or threats to come »home« and be fully dependent on the parish being used when more polite appeals had failed. According to Jones and King, that the formal appeal system was seldom utilised by the poor was not a result a lack of awareness among them, but due to their reliance on informal means to gain access to poor relief. However, the letters demonstrate a level of legal literacy about the appeal system that aided their informal requests. The quasi-discretionary nature of the old relief system, the realities of parish migration, and the avoidance of legal avenues of redress in favour of communication and negotiation revealed by the collected letters highlight the more nuanced workings of the Old Poor Law system that legal historians may miss without the aid of pauper correspondence.

Thirdly, the letters offer insights into the lived experience under the regime. Appeals for relief give the reader an insight into the reasons for hardship experienced by the poor. Old age, illness, accident, disability, work scarcity, and the paucity of parish relief already received are some of the reasons given for appealing to the Kirkby Lonsdale parish. The descriptions of hardship demonstrate the poor's understandings of the »yardsticks of deservingness« (14) under the parish relief system.

The correspondence also illustrates a level of advocacy for the poor, or at least for the provision of relief to them, by officials from their parish of residence, doctors, or even landlords writing to collect rent from the Kirkby Lonsdale parish. Thus, this collection not only portrays the voices of the poor at this time, but also of others around them who were invested in their appeals for aid.

Finally, the editors demonstrate the agency of the poor in their requests for out-parish relief under the Old Poor Law system. Whilst remaining cautious about ascribing agency to the poor, Jones and King rightly assert that it is difficult to find powerlessness in their correspondence. The letters give an insight into the rhetorical devices utilised to gain access to poor relief, such as references to »nakedness«, »starvation« or the writer's belonging within their parish of residence, and the relative success of these devices. By mapping the use of

rhetoric, friendliness and familiarity in appeals to the Kirkby Lonsdale Parish, Jones and King show that the poor were not just passive objects of the Poor Law system, but actually had a »formidable armoury of sentiment, linguistic sophistication and community support in their negotiations for relief« (3).

Overall, this collection provides thought-provoking insights into the workings of the Old Poor Law. Jones and King have curated an interesting and comprehensive set of primary sources that not only offers value to those studying the administration of the law, but also offers valuable evidence as to the agency, knowledge and experience of those seeking poor relief, and of the familiarity between those dependent on that relief and those administering it.



Emily Kadens

Commerce Between Law and Practice*

Legal scholars today talk about contracting in the »shadow of the law«. In other words, contracting parties know that they draw up their private rules against a background of default sales law and remedies that courts will reference and enforce. But in his magisterial study of English commerce and commercial law between 1830 and 1970, Ross Cranston demonstrates that during this formative period of modern commerce, the description needs to be reversed. Lawmaking through courts and legislation happened in the shadow of contract.

While this is a book about commercial law, it centers on the participants in trade. Lawyers and judges and legal doctrine play subsidiary roles serving commodities exchanges and contracting parties.

Cranston's main argument is that commercial law (in its broadest sense) was made through the

private ordering of contracting parties and the exchanges that supported and to some extent lightly regulated them. In a legal, political, and cultural atmosphere privileging party autonomy, merchants, agents, producers, manufacturers, and retailers went about their business, developing customs and usages that regularized ordinary trade and innovating to meet new situations. Commodities exchanges eventually used that accumulated practice to draft standard form contracts. Most of this activity was done without reference to the formal law.

Lawyers acted as occasional advisors, whose advice was freely ignored if inconvenient. Courts provided guardrails addressing fraud, protecting vulnerable consumers, or sorting out risk of loss in the event of a party's insolvency. Otherwise, the period was characterized by a largely judicial *laissez*

* ROSS CRANSTON, *Making Commercial Law Through Practice, 1830–1970*, Cambridge: Cambridge University Press 2021, 483 p., ISBN 978-1-107-19889-0

faire approach. On the whole, judicial decisions supported trade rather than forced commerce into channels set by legal doctrine.

But the courts were not irrelevant to commercial practice. Newly-decided cases – some of which the business community thought wrong – could lead transactors and exchanges to redraft their contracts to reflect or to contract around changes in legal doctrine. Professor Cranston describes this situation as »[c]ommercial practice first, law second«, but the story he tells creates a somewhat more nuanced sense of the development of commercial law as a push-pull between two unequal forces. Contract and commercial practice took precedence, but sometimes it had to respond to external stimuli introduced by the courts.

The structure of the chapters reinforces this push-pull relationship. Each chapter begins and ends with an overview, then discusses the on-the-ground working of trade or finance, often through case studies, before turning to the role of lawyers and courts and how business practice responded to the legal inputs. Thus, while he physically places practice first and law second in his text, he also demonstrates how law responded to practice and practice to law.

After an initial chapter that provides a high-level overview of the sweep of commercial development across the entire historical period he is discussing, Professor Cranston proceeds from institutions (trading organizations) to actors (agents) to sales (contracts) to money (banks). This order builds the story thematically starting with the people who do the deals, then turning to the contracts they use, and ending with their methods of financing those deals. It requires readers to keep the chronological big picture provided by Chapter 1 in mind throughout, and it results in a certain amount of deferring full understanding of practices introduced in earlier chapters until later in the book. With the caveat that the introductory chapter will not be easy reading for those without some pre-existing understanding of commerce and 19th- and 20th-century business history, the structure works well.

The first substantive chapter, Chapter 2, focuses on the mechanics behind the distribution of international commodities such as cotton, grain, sugar, tea, coffee, wool, and spices. It details the organization of and membership in the international commodity exchanges of London and Liverpool and the brokers who made them function, the

outgrowth of futures markets from the exchanges, and the development of commodities clearing houses to offset contracting parties' claims and obligations. Consistent with Cranston's overall theme, the courts played little role in regulating the markets, even leaving most of the control of speculation and cornering to the exchanges and their membership contracts. In this, the English commodities and futures markets differed from those in the United States, which were more heavily regulated from the beginning.

Chapter 3 addresses the complex topic of contract intermediaries in international trade. These varied intermediaries were the connective tissue of the distribution networks, but they prove much more difficult to describe than the buyer and seller on either end of the sales contract. Contemporaries used the general term of agent, but agents could take many roles including those who bore the risk like principals, retailers in exclusive dealing arrangements with manufacturers, brokers, and the local actors such as the *comprador* in China or the *banyan* in India. A major theme of the chapter is the way commercial arrangements moved forward in response to the needs of trade regardless of the law's ability to keep up. Most of the time no disputes arose, and no one cared exactly how the intermediary was described. When matters did come before the courts – with Cranston often referencing colonial court decisions in the absence of English ones – the courts tended to respond pragmatically rather than insist on the underdeveloped and narrow common law of agency.

Chapters 4 and 5 concern sales contracts. Chapter 4 deals with the distribution of manufactured goods. The chapter first provides a fascinating discussion of the court imposition of implied warranties of fitness for purpose and merchantability and their subsequent incorporation into the Sale of Goods Act of 1893. Next, Cranston shows how businesses reacted by contracting around these default rules and instead writing contracts with detailed specifications. The remainder of the chapter contrasts how the law treated business-to-business relationships involving the leasing of rail cars and the market-controlling relationships between automobile manufacturers and retailers with the financing of consumer purchases of durables like automobiles, sewing machines, and furniture through hire purchase. While the courts interfered little in the business contracts, the state was more involved in protecting consumers from

abuse of the hire purchase system. County courts in particular criticized hire purchase in the 1930s, and they actively enforced the Hire Purchase Act of 1938, which limited the hirers' ability to snatch back goods for minor defaults.

Chapter 5 sits at the heart of Cranston's thesis that commercial practice dictated the direction of commercial law. The chapter focuses on the drafting of standard form contracts by the exchange markets for the sale of commodities in international trade. According to Cranston, the contractual language came from the exchange committees themselves with only the occasional involvement of lawyers (certain clauses, such as arbitration clauses, excepted). As commerce changed, the exchanges modified existing forms and added new ones. Because disputes were arbitrated by privately-selected arbitrators, with appeal to exchange-provided appeal committees, the courts rarely got involved. But when they did, and the courts' interpretation of the form contracts disagreed with what the exchange members wanted, the exchanges responded by redrafting their forms to contract around the court decisions.

The book may somewhat underestimate the role of solicitors in the development of the standard form contracts. Cranston describes the forms as coming from the traders and observes that some associations based their new forms on those of existing trading houses. This does not obviate the possibility that the trading house had used lawyers or legal form books in drafting their initial contracts. The absence of lawyers may also be an artefact of archival survival – not only are solicitors' archives less common and less accessible, but lawyers may also have given advice orally, and evidence of that would be captured only capriciously.

Regardless of who drafted the contracts, however, one of their signal characteristics was certainty and formality. Professor Cranston describes discussions about proposed individual clauses in which open-ended or discretionary language was rejected. This offers a counterpoint to the approach of the drafters of Article 2 (on sales law) of the

Uniform Commercial Code in the United States. Although the work on Article 2 took place between 1945 and 1952 – thus during the period covered by Cranston's book – it rejected formalism and instead gave preference to a flexible standard of commercial reasonableness. Yet as Professor Lisa Bernstein at the University of Chicago has argued,¹ and as Professor Cranston's book demonstrates, commercial parties have shown a preference for formal rules. We might, consequently, ask whether Article 2 represented the way of the future, or a mistaken blip trying to alter a formalist constant of commerce. It is also ironic that just as the drafters of Article 2 were giving precedence to trade usage as a source of governing contract law, in England, »by the 1950s, if not earlier, custom and usage had become a spent force in transposing commercial practices into law« (47).

Chapters 2, 4 and 5 should give advocates of private ordering food for thought. Yes, Cranston portrays what appears to be largely self-regulating markets, and English trade and manufacturing was certainly very successful on an international stage through most of Cranston's period. But those markets were also firmly embedded in social and institutional structures: the commodity exchanges and banks run by and for men of a certain race, social class, and cultural upbringing, supported by lawyers and judges sharing those characteristics, and underpinned by a power structure favoring the merchants in England at the expense of producers, agents, and importers elsewhere. The mostly successful private ordering of 19th- and early 20th-century England may not be replicable under the entirely different conditions prevailing today, and even the close-knit networks of that time did not prevent fraud or abuse of market power.

Finally, Chapter 6 looks at how banks financed trade and industry. Trade finance depended primarily on bills of exchange. These sat atop a common law foundation that was several centuries in the making, and ultimately upon the codification and simplification of the law in the 1882 Bills of Exchange Act. In non-trade finance, by contrast, regulation was absent and the courts as usual

1 LISA BERNSTEIN, *Merchant Law in a Merchant Court: Rethinking the Code's Search for Immanent Business Norms*, in: *University of Pennsylvania Law Review* 144 (1996) 1765–1821; EAD., *Private Commer-*

cial Law in the Cotton Industry: Creating Cooperation Through Rules, Norms, and Institutions, in: *Michigan Law Review* 99 (2001) 1724–1790.

followed the lead of the actors and institutions by enforcing the innovative practices structured through contracts.

This is an ambitious, dense book that is obviously the culmination of a lifetime of scholarship and research. Cranston knows and references the secondary literature and the judicial decisions, but it is his use of archival material that is truly exciting. Trade association and company directors' minute books, solicitors' opinions, standard form contracts, contract books, agency agreements, and more provide an in-depth and on-the-ground view. For the study of commercial practice this is incomparably superior to the distorted picture provided by confining oneself to reported decisions and normative legal or commercial treatises. As Professor Cranston points out, a lot of trade occurs without resort to the courts, so that a »case-centred approach neglects [...] the types of commercial transaction which have been rarely litigated« (1).

Of course, the book has certain self-imposed limits. It is a study of the sale of goods and trade finance with a focus on commodities. It skips over contracts of carriage, the history of corporations, and most consumer sales. Cranston does not engage with underlying economic conditions beyond mentioning the impact of major wars and the

Great Depression. His book takes for granted England's imperial position, but he leaves the study of the interplay between imperial politics and economics and trade to others.

As with any work of history, the story begins at a certain arbitrary point, and the phenomena discussed in the book are sometimes implied to be new. They were not always new, however. Trade associations, agency, long-distance foreign trade, commodities exchanges, bills of exchange, letters of credit, and banks had existed for centuries by the time Professor Cranston picks up his story. Yet by the 19th century, these institutions and practices seem to have grown into quite different things from their earlier permutations. The novelty of legal doctrines addressing many of these practices during the period Cranston discusses raises questions about how they interacted with the law in earlier periods and how the practices themselves changed in the early 19th century. Cranston's book has now told the end of the story, providing a basis from which other historians can work backwards to study the earlier periods.

A final note to the publisher: a large, well-sourced book like this truly needs a bibliography!



Uponita Mukherjee

Insanity, Crime and Responsibility Cases: A View of Common Law from the British Empire*

Catherine Evans' monograph, *Unsound Empire: Civilization and Madness in Late-Victorian Law*, teems with tales of horrific and tragic killings mined from across four archival sites of the British Empire in the 19th century – England, Canada, Australia and India. At the center of the narrative are the men and women apprehended for these criminals acts. Evans tracks them as they were

moved in and out of courtrooms and asylums, rendered into objects of legal briefs and medical records, while their psychic status prior to, during, and after they killed their victims, remained uncertain from the perspective of both medical diagnosis and legal deliberation. She narrates their life stories from the perspective of the judges, lawyers, physicians, and social scientists who grappled with

* CATHERINE L. EVANS, *Unsound Empire: Civilization and Madness in Late-Victorian Law*, New Haven (CT)/London: Yale University Press 2021, 290 p., ISBN 978-0-300-24274-4

the problem that these prisoners repeatedly posed to Victorian criminal justice: Could a person be convicted for a crime if it was unclear whether they could be held sufficiently responsible for the act?

The question of »criminal responsibility« or *mens rea* was, and continues to be, a central preoccupation of criminal law and justice. *Unsound Empire* explores how »responsibility cases«, a shorthand Evans uses to identify »cases in which a defendant's sanity was at issue« (4), put into the sharpest relief the uncertainties about human agency and mental capacity that troubled legal assessment of criminal culpability in Victorian murder trials. The lack of moral scruple and self-control that the prisoners displayed in these cases, particularly when they showed no visible signs of cognitive impairment, also confounded Victorian alienists, pushing them to devise new and protean diagnostic categories that articulated unevenly with legal definitions of insanity. While law searched for clearly defined, stable, and enforceable parameters for sifting a sane person from an insane person and thus the guilty from the innocent, new developments in the Victorian mental and evolutionary sciences thoroughly thwarted this search, proposing insanity variously as a heritable, social, or civilizational malaise, rather than a disease afflicting individuals. Evans masterfully traces how as the 19th century drew to a close, the law and the (mental and social) sciences spoke more and more at cross purposes as British justice teetered between two perilous pitfalls: inadvertently punishing the innocent and/or letting the guilty off the hook.

Evans explores the ramifications of Victorian medico-legal responsibility controversies on an imperial canvas. In the introduction, she situates her book within post-imperial studies, a growing field of critical revisionist scholarship less inclined to ask (and even less to lament) why the once mighty British empire collapsed, than to wonder at the resilience of an enterprise that bristled throughout its course with internal contradictions. If the legal history framework distinguishes the book from studies of mental diseases undertaken by historians of science and medicine, the imperial scale at which Evans has pursued her research questions sets *Unsound Empire* apart from existing accounts of legal responsibility. Within Britain's expansive empire, whose »external frontiers« drew together disparate cultures, peoples and social mores – often deemed less evolved and thus less

legally responsible than the white male Briton – »[t]he mind«, Evans contends in her crisp and evocative prose, »emerged as the Victorian Empire's vast internal frontier« (3). At the limits of sanity, the twin pillars of law and science on which the vaunted civilizing mission of Britain's imperial ambitions rested, tottered.

The book chapters demonstrate how »the bare assertion that a person was a British subject could not answer the question of his or her mental competence« (3). At one end of the spectrum, in the Victorian metropole, widely accepted popular stereotypes about gender and class diluted legal parameters for determining mental capacity in murder trials – Evans' exploration of infanticide by women, especially mothers (chapter 5) deserves appreciation for nuance here. At the other end, as the discussions on infanticide in British India (chapter 6) and the so-called »wendigo psychosis« in colonial Canada (chapter 8) show, in Britain's colonies, the difficulties of investigating instances of homicide that seem to interweave with cultural practices of the colonized people increasingly pushed colonial legal and medical authorities to double down on the language of »cultural pathology«. The strongest and most compelling chapters, which does justice to the imperial scale of Evans' research, weaves together stories from the metropole and multiple imperial jurisdictions (chapter 3). The chapters that showcase a single imperial jurisdiction (chapters 2 and 6), however, tend to delve too deeply into fleshing out the institutional (colonial judiciary and judicial services) and discursive (emergence of medical jurisprudence) context, often at the expense of advancing the central argument of the book; they stoke but do not quite satisfy curiosities about »the robust circulation of legal concepts in the empire« (4).

Although framed as a critical history of empire, *Unsound Empire* is most riveting when readers get to see Evans flexing her analytical muscles as a socio-legal historian. Her central contention, similar to the arguments of many historians who have studied the intersections of law and colonialism, is that English law served at once as the »premier organizing instrument«, the »ideological core« (4) and »moral heart« (7) of British imperialism, and a site where the vulnerabilities and anxieties of the British imperial enterprise also ultimately became visible. But this is not an analysis of imperial ideology that takes law as merely a backdrop. Evans builds her arguments about the interlocation of

law and empire by attending closely to the inner workings of common law, showcasing both the diversity and unity of legal norms, institutions, and practices across different colonial settings.

The British legal historian A. W. Simpson, whose work Evans cites in her introduction, maintained that in common law »the relationship between judicial decision, free will, and abstract doctrine, has long been the subject of a theoretical dispute which shows no sign of ending.«¹ *Unsound Empire* is an elegant examination of these abiding internal tensions and torsions of common law, using the leading case method, which Simpson adapted from law school pedagogy for legal historical analysis, to its full effect. While the 1843 M’Naghten rule – that serves till date as the most authoritative articulation of a common law legal definition of insanity – forms the spine around which the monograph is built, a series of individual cases – some precedent-setting by effect, and some, by design, propped to test legal rules – provide its flesh and bones. Borrowing tools from scholars who take the law-in-action approach to study law, Evans’ analysis, too, proceeds by playing one (stable legal rules) against the other (dynamic litigation). And finally, invoking the methodological commitment of sociolegal analysis, she brings into the narrative all the relevant contemporary scientific debates on mental disabilities to reckon law »as an arena of conflict within which alternative social visions contended, bargained, and survived.«² This dynamic comes through most effectively in chapter 4, which tracks the Irish-born, Melbourne-based lawyer Marshall Lyle, who picked a series of test cases from a colony, and corresponded with the leading 19th-century criminologist Cesare Lombroso, in his mission to challenge the M’Naghten rule at the Privy Council in London. Students of legal history have much to learn from this book, although it would have been

useful to have a note from the author, perhaps in the introduction, on the rationale that guided her selection of cases. Quibbles aside, at its best, Evans’ examination of the changing nature of insanity defenses in Victorian courts is an instructive account of how common law legal institutions (colonial and imperial court systems), culture (trans-imperial networks of lawyers and judges), and procedure (the sequence of appeals and use of legal precedent) can be made to do double duty in historical analysis, as both contextual information and methodological tools.

The blurb of the book lays out the stakes that responsibility controversies had for some of the (most powerful and prominent) historical actors in *Unsound Empire*, especially the Victorian empire builders: »Could British civilization survive if killers avoided the noose?« The book offers an astute and critical historical perspective on questions about Britain’s imperial legacy that have regained political currency post-Brexit. However, Evans hints at a story of survival that is far more interesting: not that of »British civilization« at all, but of English common law. Analyzing the remarkable resilience of common law institutions that continue to thrive even now in a host of former British colonies, long after the end of empire, is not the central concern of this book: the title makes it clear that Evans is interested in »late-Victorian law«. But by showcasing a crucial historical juncture when the principles of English common law gradually traveled out of a tiny North Sea island to find home (and even to thrive) in far-flung places across multiple continents, the book throws up questions about the nature of common law as an imperial, rather than a parochial English, institution that give historians of law and empire much to think about. »Victorian law«, after all is a species of the genus »common law«.



1 A. W. BRIAN SIMPSON, *Leading Cases in the Common Law*, Oxford 1996, 1.

2 HENDRIK HARTOG, *Pigs and Positivism*, in: *Wisconsin Law Review* (1985) 899–935, 930.

Fabian Klose

Zur Ambivalenz humanitären Handelns im British Empire*

Die Geschichte des Humanitarismus bildet zweifellos eines der Forschungsfelder, das in den letzten Jahren – gerade auch im Bereich der internationalen Geschichte – intensiv und mit großem Ertrag bearbeitet wurde. Zahlreiche Studien sind entstanden, die sich mit den verschiedenen Motiven für und Formen von humanitärem Handeln sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert auseinandersetzen. Ein besonderes Augenmerk richtet sich dabei verstärkt auf den kolonialen und imperialen Raum, in dem paternalistisch-zivilisierende und humanitäre Ziele häufig zu einer wirkmächtigen Einheit verschmolzen, mit weitreichenden Folgen für die nationale wie internationale Politik. Die 2021 in der Reihe *Critical Perspectives on Empire* bei Cambridge University Press erschienene Monographie »Protecting the Empire's Humanity: Thomas Hodgkin and British Colonial Activism 1830–1870« von Zoë Laidlaw lässt sich in dieser prosperierenden Forschungslandschaft verorten. Die australische Historikerin, die an der University of Melbourne britische Geschichte lehrt, widmet sich in ihrem Buch der Rolle von Thomas Hodgkin und der von ihm mitgegründeten Aborigines' Protection Society beim Schutz indigener Bevölkerungen in den britischen Kolonien in Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Die koloniale Siedlerexpansion in den 1830er und 1840er Jahren bedeutete für die indigene Bevölkerung gerade in diesen Teilen des Empire eine massive Bedrohung, was Hodgkin und seine Mitstreiter*innen dazu veranlasste, sich für die Belange und Rechte der indigenen Untertanen des britischen Kolonialreichs aktiv einzusetzen.

Als Hauptquellenbestand dient der Autorin der in der Wellcome Library in London aufbewahrte persönliche Nachlass von Hodgkin. Als Mitglied der Religionsgemeinschaft der Quäker, als renom-

mierter Arzt und Wissenschaftler sowie als prominenter humanitärer Aktivist verfügte er über ein beachtliches Netzwerk, das mit entsprechend reichhaltiger Korrespondenz zu verschiedensten Akteur*innen im Empire und darüber hinaus einherging (3–9). Den äußerst ambivalenten Charakter seines humanitären Handelns im kolonialen Kontext macht Laidlaw gleich zu Beginn ihrer Einleitung deutlich:

»Via Thomas Hodgkin and the Aborigines' Protection Society, I offer a new perspective on those critical decades, examining both the extent to which British campaigners had any success in defending indigenous rights and the degree to which their construction of a ›civilized‹ indigenous subject actually contributed to indigenous dispossession and disintegration.« (2)

Diese Form des humanitären Aktivismus kritisierte somit die unerwünschten Auswüchse des britischen Kolonialismus, während sie gleichzeitig die paternalistische Zivilisierungsmission des viktorianischen Großbritanniens befürwortete bzw. förderte. Methodisch bedient sich die Autorin also eines biographischen Zugriffs, um mit Hilfe der zentralen Figur Hodgkins kritisch auszuleuchten, wie sich ein »imperial humanitarianism« (2) herausbildete. Auf diese Weise sollen, so die Autorin, miteinander verwobene Diskurse über britische Vorstellungen von Humanität, Zivilisation, Religion, Kolonisation und der Gewährung von indigenen Rechten offengelegt werden (8).

Das Buch, bestehend aus insgesamt zehn Kapiteln, gliedert sich in zwei ausgewogene Hauptteile. Der erste trägt den Titel »Mapping Humanitarianism« (29–172) und zielt darauf ab, die britischen Kampagnen unter Führung von Hodgkin und der Aborigines' Protection Society im größeren Kon-

* ZOË LAIDLAW, *Protecting the Empire's Humanity: Thomas Hodgkin and British Colonial Activism 1830–1870*, Cambridge: Cambridge University Press 2021, XIII + 374 S., ISBN 978-1-108-16465-8

text eines entstehenden britischen »imperial humanitarianism« zu kontextualisieren. Laidlaw betont die besondere Bedeutung des von 1835 bis 1837 vom Unterhaus eingerichteten Select Committee on Aborigines, das entscheidend dazu beitrug, die britischen Eliten gegenüber den Belangen indigener Untertanen zu sensibilisieren. Letztlich führte dies unter anderem zur Gründung der Aborigines' Protection Society unter maßgeblicher Federführung von Hodgkin im Jahr 1837 (31–60). In diesem Zusammenhang betont die Verfasserin die Bedeutung des Wirkens Hodgkins als Arzt und Wissenschaftler für seine Rolle als Aktivist, denn gerade seine wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen der Geographie, Ethnologie und Medizin hätten ihn bezüglich humanitärer Belange ganz wesentlich geprägt (61–98). Zudem kann die Autorin überzeugend zeigen, wie stark sich Hodgkin insgesamt für zentrale humanitäre Fragen seiner Zeit interessierte und engagierte, wie z. B. im Rahmen der von britischen und US-amerikanischen Abolitionisten forcierten Projekte, um befreite Sklaven zu Kolonialisierung Westafrikas dort anzusiedeln (99–136).

Im zweiten Hauptteil mit dem Titel »Humanitarianism and Settler Colonialism« (173–323) setzt sich Laidlaw dann mit den Kampagnen von Hodgkin und der Aborigines' Protection Society im Zeitraum von 1837 bis 1866 konkret auseinander, mit denen sie versuchten, die Rechte der indigenen Bevölkerung in verschiedenen Teilen des British Empire zu fördern und zu schützen. Auch hier spielten die weitverzweigten persönlichen Netzwerke von Hodgkin eine zentrale Rolle, wie die umfangreiche Korrespondenz deutlich macht. Die Autorin diskutiert ausführlich, wie die Aktivist*innen Konzepte von »civilization«, »amalgamation«, »protection«, und »rights« verstanden und für ihre Ziele einsetzten. Sie schildert zunächst, wie der expandierende Siedlerkolonialismus in den 1830er und 1840er Jahren zu einer existentiellen Bedrohung für indigene Bevölkerungen wurde und sich die Aborigines' Protection Society dieses Problems im gesamten Empire anzunehmen begann (175–205). In den folgenden Kapiteln geht Laid-

law dann detailliert auf die Arbeit der Aborigines' Protection Society anhand der Fallbeispiele in den britischen Kolonien Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika ein (206–323). Es gelingt ihr dabei anschaulich die Widersprüchlichkeit der Organisation offen zu legen, die einerseits für die Rechte der Indigenen eintrat, sich andererseits aber mit dem Siedlungskolonialismus arrangierte und vermeintliche Zivilisierungsvorhaben dezidiert unterstützte.

In ihrem Buch diskutiert Laidlaw sehr kenntnisreich mit Hilfe der Person Hodgkin eine ganze Reihe relevanter Fragen zum Verhältnis von Kolonialismus, Imperialismus und Humanitarismus im British Empire um die Mitte des 19. Jahrhunderts. So facettenreich und aufschlussreich die Person Hodgkin und sein persönlicher Nachlass auch sein mögen, grundsätzlich hätte sich der Leser doch eine kritische Reflexion über die methodischen Herausforderungen einer sehr stark biographisch ausgerichteten Herangehensweise gewünscht. Stellenweise irritiert auch die fehlende kritische Distanz der Autorin zu ihrem Untersuchungsgegenstand: Abschließend schreibt Laidlaw gar von einer »proximity« zu ihrer Hauptfigur (325). Das Buch dreht sich so stark um diese Person und ist so deutlich und ausschließlich im britischen Kontext verortet, dass unweigerlich die Frage aufkommt, welche Initiativen und Vorstellungen zum Schutz indigener Bevölkerung es jenseits von Hodgkin und dem Empire gab. Eine erweiterte internationale Perspektive über den Tellerrand der Person Hodgkin und dem Empire hinaus – und sei es nur in Ansätzen – hätte der Aussagekraft des Buches zu einem wichtigen Thema in der Geschichte des Humanitarismus mehr Gewicht verliehen. Trotz dieser kritischen Einwände ist »Protecting the Empire's Humanity« ein wichtiger Beitrag zur Erforschung des »imperial humanitarianism« im Kontext des britischen Kolonialreichs im 19. Jahrhundert. Die Studie verdeutlicht erneut, wie eng Kolonialismus, Imperialismus und Humanitarismus letztlich zusammenhingen bzw. dass sie eine unheilvolle Allianz bildeten. ■

Erica Kim Ollikainen-Read

Exploring the Power of Victorian Narratives*

A fundamental question for scholars of colonial legal history is what role the law played in disguising the oppression of the coloniser. Writing from the juncture of the fields of law and literature, colonial Indian history and postcolonialism, Leila Neti demonstrates the link between the decisions of the Judicial Committee of the Privy Council (JCPC) – the final court of appeal for the colonies – and the legal and social narratives which were both reflected in and shaped by Victorian fiction. The JCPC was the setting for the meeting of colonial subjects with the power of the sovereign. By presenting three legal cases heard before the JCPC between 1836 and 1872 alongside prominent Victorian novels of the same era, Neti reveals fascinating insights into the relationship between the concepts of self, subjecthood and sovereignty, and how these were presented as colonial legal narratives.

Building on the work of Radhika Singha, amongst others, Neti demonstrates how »modes of narrativity« (1) were essential tools used by the colonial legal system to represent itself as »embodying a direct relationship to the sovereign on the one hand, and the colonial subject on the other« (6). Because the »objective rationality of colonial law« could not be based on »any [Indian] collective national or cultural interest« (9), Neti demonstrates the way in which Victorian »fictions of nationalism and selfhood« (8) were transferred between the metropole and India to create a sense of legitimacy for the colonial legal system. Thus, both law and Victorian literature had an important role to play in »imagining political subjectivity, of both subject and sovereign, into being« (9). Three themes – criminality, temporality and inheritance – are chosen as the framework for her arguments.

Neti sets out her analysis in a thematic rather than chronological order. The themes are discussed over three sections, each comprising two chapters, which examine cases and novels in turn, allowing for a comparative reading of the legal and social

narratives in both the case law and the fictional works. Under the theme of criminality, chapter 1 considers the case of *The Queen v. Eduljee Byramjee* (1846), in which the JCPC was asked to consider whether a right of appeal to the Privy Council for criminal convictions existed. In particular, Neti considers the exercise of sovereignty and the importance of the narrative of fear during the course of the case, in the context of fear as a means of biopolitical control. In chapter 2, the narratives of Indian criminality which emerged from cases such as *Eduljee Byramjee* are juxtaposed against those which appear in two novels of the *Bildungsroman*-genre: Charles Dickens' *Great Expectations* and Philip Meadows Taylor's *Confessions of a Thug*, which centre upon an English and an Indian criminal's story respectively, framed »within a normative teleology« (94). The development of a man's character through fatherhood, and questions of social versus individual responsibility are presented in each novel in a starkly different light.

Chapters 3 and 4 turn to the interactions between Indian religious notions of temporality and the temporality of the English court system. The case of *Ramaswamy Aiyar v. Venkata Achari* (1863) concerned two competing groups of Brahmins who disputed rights of access to a Hindu temple, as well as the distribution of profits with regard to the performance of certain priestly services for visiting pilgrims to the temple. This case is presented as a conflict between Hindu and English understandings of hereditary rights, and the legal question concerned the evidence which was required to prove these rights. Neti argues that, because the members of the JCPC lacked an understanding of the Indian legal traditions in which they were asked to operate, in order to reach their decision they recast the concepts of caste and temporality into a narrative which suited the colonial model. Whilst both parties referred to the »ancient hereditary origins of their rights« concerning the temple, Neti demonstrates how the Privy

* LEILA NETI, *Colonial Law in India and the Victorian Imagination*, Cambridge: Cambridge University Press 2021, 302 p., ISBN: 978-1-108-83748-4

Council reframed the debate in terms of »documentary proof« established over a recorded length of modern history« (110). In this way, Neti identifies the centrality of teleological narratives and systematised order in British attempts to interpret and streamline the »unwieldy pre-colonial legal system« of religious law which preceded them (100). The »biopolitics of bureaucracy« (107) and the development of the primacy of »British legal historicity« (120) as a linear history created by precedent are key themes in this analysis.

In chapter 4, the *Ramaswamy* case is explored as an example of teleological temporality and how the Victorian notion of »progress« was developed by the law. This case is then compared to the narratives in Wilkie Collins' detective novel *The Moonstone*, which centres on the theft of an allegedly cursed Indian diamond from a young English woman – a diamond which had itself first been stolen by East India Company men during the plunder of a Hindu temple. Our attention is drawn to the obvious parallels to this fictional diamond and the history of the *Koh-i-noor* diamond. Neti carefully traces the novel's »two narrative temporalities« (133) which run parallel to each other: firstly, the mystery of uncovering the perpetrator, which »places evidence and individual agency at the centre of understanding and narrating events« (123), and secondly, the historical narrative of the diamond itself. Neti argues that, in a similar fashion to the *Ramaswamy* case, the novel relies on characterisations of Indian history as »cyclical« and the Hindu past as »stagnant« when at the end of the novel the diamond is reclaimed by three Brahmins and returned to its original home in the temple.

Finally, the laws surrounding inheritance, private property and adoption are examined in the context of narratives of the »relationship between individualism and sovereignty« (149). Chapter 5 focuses on the case of *Troup v. East India Company* (1857), which concerned the complex story of the estate of the Begum Sumroo and her ultimately unsuccessful efforts to protect her land from being annexed by the East India Company upon her death by transferring them to her adopted son. Here, Neti argues that colonial law was able to claim »rational intentionality« by functioning as »a metaphor for the Crown« (149). The Begum's case is an example of a wider project of the British Raj to undermine forms of sovereignty which »were

not exclusively individual«. This included refusing to recognise »forms of kinship and affection that were more collective and less centred on biological reproduction« (150). Family politics and adoption are examined alongside those of *quid pro quo* relations between the Indian gentry and the East India Company, as evidenced in treaties.

In chapter 6, the ways in which English laws of property and inheritance were used as a tool of colonial expansion in the Begum's case are read alongside the role of adoption and its social connotations in Britain through two of George Eliot's novels, *Silas Marner* and *Daniel Deronda*. Both feature main characters who actively refuse to comply with certain legal and social norms regarding adoption. A comparative reading therefore reveals that whilst adoption in England at the time emphasised individualism, Indian narratives were »consigned to the collective« (182). This is reflective of the broader Victorian narratives of Indian people and their culture.

A minor criticism which might be levied against this work from a legal history perspective is that although the Sepoy Rebellion of 1857 and the subsequent transfer of colonial authority from the East India Company to the Crown in 1858 is alluded to at several points as a historical turning point, there is no in-depth analysis of how this might have changed the legal narratives. This omission is particularly noticeable when we consider the role of Queen Victoria as the personification of English legal ideals in India, which made appeals to the Privy Council appeals to the Queen herself as the »fountain of justice«. Similarly, the concept of the rule of law in a narrative context remains unexplored.

In all, by shining a light on the similarities between legal narratives in Victorian literature and culture and the case law of the JCPC, Neti is successful in her stated aim to add new dimensions to existing scholarship by illuminating new ways in which to view both the legal archive and works of fiction. Her work provides a useful framework for legal historians, and in particular for historians of legal transfer, to explore the extent to which popular social narratives of the Victorian era influenced the development the colonial judicial process in India. ■

Karla L. Escobar H.

Desentrañando el poder colonial: emociones, sentimientos y resistencia para una nueva historia del derecho*

Dissaffected: Emotion, Sedition, and Colonial Law in the Anglosphere es el último trabajo de la literata Tanya Agathocleous, profesora de la Universidad de Nueva York (CUNY). La especialista en literatura victoriana y en teoría poscolonial nos trae un trabajo juicioso, crítico, provocador y, por lo mismo, de gran interés para la comunidad académica. El trabajo hace parte de la colección *Corpus Juris* de la Universidad de Cornell, la cual centra su mirada en el papel de las humanidades en la política y en el derecho, incluidas allí la historia, la crítica literaria, la antropología, la filosofía, los estudios religiosos y la teoría política. Esta aproximación interdisciplinaria para aproximarse al reto de entender el derecho y la política es precisamente lo que hace de este libro un referente clave para los interesados en analizar nuevas aproximaciones metodológicas a la historia del derecho.

La obra examina los efectos de la ley antisecesión en las esferas públicas de la India y Gran Bretaña, las cuales son analizadas por la autora a partir de su permanente interdependencia. Si bien, la narrativa inicia en 1857 cuando el gobierno británico empieza a censurar la prensa en la India, el escrito se centra en la Sección 124a aprobada en 1870, la cual utilizaba el término «desafección» como categoría central para vigilar los escritos de prensa considerados amenazadores para el dominio imperial. Agathocleous analiza cuatro estrategias de crítica usada por los periodistas y editores en la India que surgieron en este nuevo contexto normativo y su relación con la prensa británica. Cada capítulo está dedicado a analizar estas tácticas, las cuales nombra como: el fingimiento, la parodia, las reseñas y los sincretismos. Así pues, la autora muestra cómo los periodistas indios, si bien adoptaron modos de escritura similares a los britá-

nicos, el uso de estas prácticas les permitió navegar las regulaciones que buscaban identificar la desafección de los ciudadanos frente al régimen, sin dejar de hacer lecturas críticas sobre el sistema.

Después de una introducción centrada en la relevancia teórica de reflexionar sobre el papel del afecto en la esfera política a partir de una mirada histórica, la autora entra a analizar cada uno de los casos propuestos. En el primer capítulo, Agathocleous examina la relación entre los juicios en contra de Oscar Wilde y el juicio en contra del diario *Bangavasi*, donde primero se usa la categoría de «desafección» como forma de control disciplinar. Allí se muestra cómo en ambos casos se buscó desentrañar, a partir del uso de la crítica literaria como creadora de pruebas legales, las retóricas ficticias que enmascaraban los sentimientos (verdaderos) de los juzgados.

El capítulo dos, dedicado a la parodia, analiza las estrategias del *Hindi Punch*, diario ilustrado que establecía un diálogo explícito con el británico *Punch*, así como aquellas usadas por el diario anglo-indio *Indian Charivari*. En este caso, la autora hace un análisis centrado en fuentes ilustradas y muestra los usos hechos en cada caso de la mímica y la parodia – tanto en formas visuales como verbales –, y muestra el peso que tuvo la Sección 124a para la modelación de estas estrategias retóricas usadas para hacer contra-narrativas políticas. Seguidamente, la autora pasa a analizar el papel de los diarios de reseñas como lo eran el diario británico *Review of Reviews* y su homólogo indio el *Indian World*. Ambos periódicos se encargaban de recolectar y comentar las notas que circulaban en otros diarios del imperio y, mediante este ejercicio, la autora muestra cómo crearon una esfera pública imperial estructurada a partir de una división racial

* TANYA AGATHOCLEOUS, *Dissaffected: Emotion, Sedition, and Colonial Law in the Anglosphere*, Ithaca (NY)/London: Cornell University Press 2021, XVII + 211 p., ISBN 978-1-5017-5387-9

cada vez más estricta. A pesar de que ambos diarios ejercieron prácticas similares (en tanto mímicas) y sus editores establecían diálogos entre sí, ambos adoptaron móviles políticos disímiles. El *Indian World*, por ejemplo, servirá como difusor del nacionalismo indio en este espacio imperial.

El análisis de estas divisiones que empiezan a ser más evidentes en la prensa marca la discusión del capítulo final, el cual se centra en la idea del sincretismo como aspecto valorativo de la relación Este-Oeste. Este análisis final se enfoca precisamente en la lectura del diario indio *East and West*, así como en el trabajo de escritores británicos como E. M. Forster y Rudyard Kipling, y en la reivindicación que en estas producciones se hace de los intercambios culturales. Según Agathocleous, estos trabajos valoran el sincretismo como una forma de redención del potencial afectivo entre colonizador y colonizado, a partir de una idea romantizada de la unión intercultural. No obstante, la autora también muestra cómo esta idea presenta una tensión dialéctica entre el afecto y la desafección como marca característica de la relación imperial. Ella muestra así cómo estas tensiones empiezan a evidenciarse en la literatura y a tener peso en movimientos anti-coloniales. Para comprender esto, analiza el Congreso Universal de las Razas que tiene lugar en Londres en 1911 y las diferentes formas en las que esta tensión se manifiesta allí. Finalmente, el libro concluye con el análisis del juicio a Gandhi por desafección en 1922 como consecuencia de sus artículos publicados en el periódico *Young India*. En el juicio, la autora muestra cómo Gandhi usa la ocasión para apropiarse del discurso de la desafección para configurar, desde allí, la base de la resistencia.

Si bien, el trabajo de Agathocleous se centra en el caso de la India, este es de alta relevancia para los que trabajamos la historia del derecho latinoamericano, ya que brinda luces teórico-metodológicas interesantes para pensar nuestros propios contextos. Quiero destacar, en primer lugar, la delimitación espacio-temporal que rige la idea de la «angloesfera» en tanto esfera pública imperial con diferentes facetas y relaciones de interdependencia entre colonia y metrópoli. La selección de las fuentes y la lectura que hace de ellas, le permite a Agathocleous identificar diálogos entre fuentes homólogos y analizar las relaciones contextuales que podían ser rastreables, tanto a nivel social como a nivel legal, en ambos tipos de fuentes. Más que analizar la forma en la que se traduce o

adapta la información de un mundo a otro, la autora busca demarcar un nuevo espacio que logra dar cuenta tanto de las complejidades locales como de la condición colonial. Creo que esta mirada puede enriquecer las lecturas de aquellos interesados en las llamadas traducciones culturales del derecho y a quienes buscan combinar diferentes escalas observacionales en donde se combinan lo global y lo local en contextos coloniales. Esta forma de concebir el problema y el espacio en el que la problemática estudiada se ubica, permite también hacer lecturas variadas sobre la dominación colonial, su naturaleza y sus formas. Y es que la pregunta por las formas de construcción de este espacio conceptual, que es analizable de forma simultánea en dimensiones imperiales como locales, abre las puertas a comprender las múltiples formas en las que la relación imperial se construye en el día a día y los medios diversos a través de los cuales circulan y se transforman los conocimientos normativos.

En segundo lugar, y en relación con lo anterior, el trabajo de Agathocleous hace un aporte teórico y metodológico relevante al indagar sobre la colonialidad a partir de los afectos y las complejidades que se tejen entre las estructuras emotivas que sostienen los regímenes políticos y las estructuras legales que le dan forma a los mismos. Esta cuestión, como bien lo señala la autora, no sólo da cuenta de un vacío historiográfico que hay que seguir llenando, sino que además es una problemática muy actual, no sólo en el caso de la India, donde la Sección 124a todavía se utiliza para sofocar la disidencia política, sino también en muy diferentes partes del mundo. Pienso, por ejemplo, en los debates sobre la memoria histórica que se reavivan cada año, tanto en España como en América, cada vez que se aproxima el 12 de octubre; o en los debates sobre la reconstrucción de memorias colectivas en procesos de justicia transicional; o en aquellos que se producen al pensar en las nuevas y viejas colonialidades. Al indagar por lo afectivo en el ejercicio del poder, la obra también nos invita a pensar el asunto en otros contextos: en las relaciones de género, raciales, migratorias, partidistas, étnicas y un largo etcétera, todas ellas sostenidas por órdenes normativos diversos y estructuras afectivas variadas.

El trabajo Agathocleous deleita además a quienes estamos interesados en comprender la multimedialidad a través de la cual se comunican conocimientos normativos concretos en diferentes con-

textos. Las fuentes usadas por la autora (leyes, procesos judiciales, caricatura e ilustraciones, literatura y prensa) dan cuenta de la relevancia de mirar este tipo de fuentes con el propósito de comprender mejor la forma en la que circula el derecho estatal, el papel performativo que este

tiene y los espacios informales en donde se gestan los cambios legales. Espero que los próximos trabajos de la colección *Corpus Juris* sean tan inspiradores como éste.



José M. Portillo

La modernidad política en el Otro Occidente*

Este libro de María Teresa Calderón es el producto de una larga gestación que comenzó como investigación doctoral, y eso se hace notable en su estructura. Plantea de inicio una hipótesis muy sugerente para la comprensión historiográfica del siglo XIX en América Latina: la crisis de la monarquía española conllevó un intenso proceso de politización que, lejos de contenerse en instituciones centrales como el gobierno o el parlamento, se diseminó por los circuitos de la política local. Esta municipalización de la política, a su vez, conllevó una actividad política muy característica de la que forman parte principal pronunciamientos, elecciones locales y peticiones. Finalmente, la tesis de Calderón sostiene que los efectos de ese particular modo de solución a la crisis imperial implicaron una tensión evidente entre república y pueblos, cuya gestión conocerá distintas modulaciones en el siglo XIX. Una de ellas, consistió en un federalismo de cuño muy particular, que en el libro acertadamente se denomina «federalismo municipalista».

Los capítulos del libro se orientan a la demostración de las distintas partes de la hipótesis de partida basculando siempre, a mi juicio, sobre un doble eje. En primer lugar, el que vendría articulado entre el pueblo y los pueblos, es decir, entre el nuevo cuerpo político resultante de la crisis de la monarquía (el pueblo en tanto que nación) y los cuerpos municipales que tradicionalmente habían estructurado la monarquía junto al rey (los pueblos). El segundo eje del cual este libro está siempre pendiente podría decirse que se conforma por lo

viejo y por lo nuevo, es decir, por la cultura jurídico-política tradicional con la que mayormente tuvieron que articularse respuestas para nuevos escenarios. Pueblo/pueblos y viejo/nuevo derecho serían, por tanto, dos ejes que sostienen en todo momento el argumento central de la autora.

Con ese andamiaje, el libro se centra en el período 1821–1832, es decir, desde la formalización constitucional de la independencia de Colombia, hasta su crisis y disolución. Este momento se considera siempre con un ojo en la crisis previa, la que había puesto final a la monarquía española en la América continental. Esta mirada más amplia permite advertir una diferencia notable entre ambas crisis: en la crisis que se abrió en 1826 existía ya una constitución y, con ella, una referencia de comunidad política aún inexistente en 1808. La constitución de 1821 era obra de «los representantes de los pueblos de Colombia, reunidos en congreso general» y produjo un nuevo cuerpo político, como lo expresó su primer artículo («La nación colombiana es para siempre e irrevocablemente libre e independiente de la monarquía española y de cualquier otra potencia o dominación extranjera; y no es, ni será nunca patrimonio de ninguna familia ni persona.»). Es por ello que la crisis que analiza Calderón se asemeja a la crisis previa de la monarquía en el hecho de activar el principio de necesidad para salvar a los pueblos, pero difiere en que se da por hecho que la finalidad de tal cosa no era otra que salvar también la república, es decir, el cuerpo político de la nación colombiana.

* MARÍA TERESA CALDERÓN, *Aquella república necesaria e imposible. Colombia 1821–1832*, Bogotá: Siglo XXI 2021, 425 pp., ISBN 978-958-42-9895-9

La autora presta especial atención a una legislación que se produjo a renglón seguido de la constitución, el 2 de octubre de 1821, que reguló la estructura básica del gobierno territorial de la república: *Ley sobre la organización y régimen político de los departamentos, provincias y cantones en que se divide la República*. Como bien ve Calderón, se trata de una legislación sumamente interesante porque refleja perfectamente los mencionados ejes en los que se mueve el libro. Por un lado, recoge la tensión entre el todo, el pueblo de Colombia y su gobierno republicano, y las partes, los pueblos que conforman la república. Por otro lado, se trata de una ley que se deriva de los preceptos constitucionales recién aprobados pero que no duda en rescatar una pieza de la legislación monárquica tan significativa como la ordenanza para los intendentes de la Nueva España de 1786.

Considero este último aspecto doblemente interesante, porque si bien, por un lado, efectivamente tiene ese componente que tanto interesa a este libro de verter vino viejo en odres nuevos, por otro lado, la ordenanza de intendentes no es una pieza legal cualquiera: los legisladores colombianos no se refirieron a la versión edulcorada y poco eficaz que adquirió a comienzos del siglo XIX, sino a la más «estatalista» de México de 1786. Es decir, que el Congreso colombiano no dudó en adoptar una legislación procedente de la monarquía, pero apuntó claramente a la que de manera más eficaz podía contribuir a domesticar precisamente a los pueblos. Como ocurrió con la propia ordenanza de referencia, otra cosa es que lo consiguiera.

Es ahí donde, a mi entender, adquiere todo su espesor el planteamiento de María Teresa Calderón. Si entre crisis de la monarquía y crisis de Colombia (1808–1826) lo que se va asentando es precisamente la capacidad política de los pueblos, ello significa que ese proyecto de Estado que se apuntaba en la ley de 1821 no solo no se consolidó sino que evolucionó en un sentido opuesto. Esto puede observarse muy bien desde la atalaya de los pronunciamientos. El análisis que se realiza aquí es especialmente esclarecedor porque aporta nuevas e interesantes vertientes de esta práctica política tan propia del espacio hispano en el siglo XIX. En primer lugar, su uso nada extraordinario sino, a juzgar por el número de casos analizados, bastante corriente. En segundo lugar, su uso no solamente con ánimo disruptivo respecto del gobierno en ejercicio sino también como manifestación de apoyo al mismo o usado, incluso, para proponer

medidas (como la dictadura) que implicaran una eventual y limitada suspensión constitucional.

En el estudio del pronunciamiento y de las diferentes manifestaciones de la opinión política en el ámbito local, se muestra con más claridad la compleja relación entre lo viejo y lo nuevo que recorre este libro. En rigor, ambas cosas eran nuevas en las primeras décadas del siglo XIX. Los pueblos ciertamente hacían oír su voz en el sistema monárquico a través de mecanismos como la representación, el recurso o la súplica, pero no lo hacían para emitir una opinión política, que es lo novedoso que trajo consigo la crisis de la monarquía y el arranque del constitucionalismo. Tampoco cabía el pronunciamiento, pues es solo en el siglo XIX cuando este término adquiere el sentido de alzamiento con fines políticos. Más cercano a las prácticas tradicionales estaba el derecho de petición que recogió aquel constitucionalismo temprano, pero con la prevención creciente de impedir su generalización en nombre del pueblo. Esa había sido, de hecho, su función tradicional: comunicar particularmente al rey o a sus representantes con cada una de las corporaciones del reino, pero sin que el reino en sí conformara un cuerpo político. En las primeras décadas del siglo XIX, sin embargo, ese cuerpo político general sí apareció, en forma de nación.

La novedad que aporta el surgimiento del constitucionalismo, como bien explica con detenimiento este libro, fue justamente la socialización de la política, es decir, convertir la política en un cometido que no se circunscribía ya al rey y su gobierno. Esta apertura social de la política, sin embargo, conllevó complejas operaciones de acomodo entre esa novedad y los viejos mecanismos que daban voz a los pueblos. Como muestra Calderón, las peculiaridades hispanoamericanas de ese tránsito a la modernidad estuvieron precisamente en que no se siguió un patrón de ruptura sino más bien de utilización de antiguos mecanismos con nuevos propósitos. El siglo XIX en Colombia y en el mundo hispano nació, así, preñado de consecuencias que serán motivo de debate y contienda política e intelectual. Con ese arranque potente de los pueblos junto a la república tienen que ver fenómenos derivados tales como el federalismo y las resistencias a la domesticación estatal de pueblos y corporaciones, pero también la apertura, desde los años treinta del siglo XIX, de un prolongado debate sobre el significado de la modernidad en este otro occidente.



Nina Cozzi

The Drafting of the Post-War Constitutions in France and Italy. Differences and Similarities*

The process of drafting constitutions can be an interesting subject of study not only for scholars of constitutional law but also for anyone interested in politics and economics. In fact, this complex and multifaceted process lies at the intersection of many disciplines and is strongly linked to the historical and social environment in which it takes place. As a result, the text of any constitution provides a fairly detailed picture of a specific social, historical and cultural context. This is particularly true of the drafting of the post-war Italian and French constitutions. Indeed, the historical events that preceded the enactment of the French constitution of 1946 and the Italian one two years later provide insights into the respective drafting processes, which were different but also share some similarities. Guerrieri's research questions derive from these considerations about the embeddedness of constitutions in specific historical circumstances. In the eight essays that make up the volume, he carefully traces various aspects of the historical and political events that preceded the two constitutions, focusing on both the elements that unite the two constitutional experiences and the aspects that make them different.

For his comparison of the drafting processes in France and Italy, the author draws on both archival sources and secondary literature to produce a comprehensive legal-historical account. The volume's first essay analyses the development and functioning of the French parliament during the two world wars. In order to understand the role of the parliament in shaping the dynamics of the constitutional drafting process, Guerrieri first shows that it established itself as a decisive body during the First World War, when its influence actually increased (15). At the same time, there was a constant effort on the part of the government to assert itself vis-à-vis the legislative, and despite the

succession of no less than five different prime ministers between 1914–1918, the executive managed to increase its *force de gouverner* (20). From the end of the First World War onwards, the influence of parliament began to weaken, a process which reached its peak with the formation of the government led by Édouard Daladier in April 1938 (26).

While the first essay sets the historical stage, in the second Guerrieri focuses on the politics behind the realisation of the 1946 French constitution. Specifically, in this part of the book he provides a detailed picture of the political scene just after the Second World War. The first postwar Constituent Assembly was dominated by three mass parties: whereas the right had collapsed in the polls, there was a large Christian Democratic political force in the centre, with the Communist and Socialist parties holding the absolute majority on the left (38). This political polarisation was reflected in the Assembly's draft of the constitution, which, however, subsequently failed to find a majority.

After the failure of the first National Constituent Assembly to agree on a draft constitution, a second was elected in June 1946. The three mass parties again won 75 per cent of the vote, although the balance of power was significantly altered: this time, the socialists and communists did not win an absolute majority (48). The second Assembly's work produced the following results: Regarding the parliament, the three parties agreed to return to a bicameral system, and in terms of the government formation process, a compromise was reached in the form of a 'double investiture' of the Prime Minister: in contrast to the previous draft of the constitution, the President of the Council would not be elected by parliament but instead appointed by the head of state. However, before forming the government, he would also have to be invested by the National Assembly, in

* SANDRO GUERRIERI, *Costituzioni allo specchio. La rinascita democratica in Francia e in Italia dopo la liberazione*, Bologna: Società Editrice Il Mulino 2021, 216 p., ISBN 978-88-15-29227-8

the form of an absolute majority vote of its members. Only after these two ›investitures‹ would the government he formed be subject to a vote of confidence by the assembly. However, during the final phase of the debate in the Chamber, this second passage was suppressed and it was decided to leave only the investiture vote to the President of the Council. In addition, a rule on the procedure of constitutional review was included in the text (50–53). The essay shows that the French Fourth Republic was born on the basis of a limited consensus: in fact, the constitution was only approved by 53.2 % of the Assembly's members, with 32.4 % abstaining. Because of these figures and a series of problems linked to this period (the ›industrial weakness‹, the succession of unstable governments and the Algerian crisis), the Fourth Republic was in later years referred to as *mal-aimée* (58).

The final essay in this part of the book focuses on French colonialism, a topic often omitted in discussions of the French constitution. Guerrieri shows that the colonies were given fairly broad representation during the constitutional drafting process, with a significant number of representatives of the colonised territories in the Constituent Assembly; half of these 64 deputies represented the colonists, the other half the indigenous peoples (96). However, while the constitution of the Fourth Republic established equal rights and duties for everyone in the French empire (111), the emphasis was still on the leading role of France: the presidency of the Union was exercised by the French head of state (112). The essay concludes that the drafting process did not erase many of the traditional features of French colonialism (116).

After these initial essays on the French experience, Guerrieri focuses on exploring whether the French constitution had any influence or impact on the Italian drafting process. The first question that post-war Italian voters had to answer was whether their new state was to be a monarchy or a republic. A referendum on this matter was held in June 1946, leading to the victory of the republican form. Italy began work on its constitution when the French text had already been drafted and promulgated, and, drawing on several reports of the Italian Constituent Assembly (*Assemblea Costituente*), Guerrieri shows how the French experience was certainly taken into account in Italy. Of particular interest is that, while there were undoubtedly many Italian politicians who admired the French constitution and tried to reproduce

some of its principles and rules, there was no shortage of those who stressed the need to distance themselves from it: ›It is remarkable, but it is not a masterpiece; it is not superior to the one we are making‹, were phrases uttered in reference to the purely consultative Council (154–155).

Nevertheless, the primary sources clearly show how members of the *Assemblea Costituente* took inspiration from the French constitution. This was particularly the case in the area of fundamental rights and principles (135). In addition, the Italian constitution contains two articles which repeat several provisions of the constitution of the Fourth Republic, namely Article 40, on the right to strike, and Article 139, which prohibited a change away from a republican state form (147). The *Assemblea Costituente* was also influenced by the final text of the French constitution in the area of the rules governing the relationship between the state and the international order. This can be seen in Article 10, on the Italian legal system conforming to the generally recognised principles of international law, and in Article 11, on the rejection of war as a means to settle international disputes (148). Guerrieri concludes by noting that the drafting process of the French constitution actually acted as a cautionary tale to the Italian Constituent Assembly. Italian politicians took it as a warning of the serious risks of delegitimising constitutional work.

After this analysis of the French influence on the drafting of the Italian constitution, the last part of the book is devoted, first, to the differences between the French and Italian processes, and, second, to the role played by the Italian Communist Party in the drafting process. In Italy, as in France, the main architects of the constitutional text were the three mass parties that had emerged after Liberation, namely the Christian Democratic Party, the Socialist Party and the Communist Party (161). One of the main differences between the constitutional projects of the two countries was the extent of the powers exercised by the Constituent Assembly. While the Italian *Assemblea Costituente* was fully sovereign in the constitutional field but had only very limited legislative power, its French equivalent also enjoyed full legislative power. Moreover, the strong desire in Italy to limit the legislative powers of the Constituent Assembly was motivated precisely by the wish to avoid the mono-chamberalism of the French Revolution (166–167). Finally, the volume's last essay compares the strategies of the communist parties in the

two countries during the drafting of the constitutions. It finds that both established themselves as mass parties after the Second World War, and both framed their constitutional strategy as aimed at creating a progressive or new form of democracy that differed from the Soviet path (202). However, the author also highlights that, while it is certainly important to note the similarities between the two, it should be remembered that the Italian communists had the greater role of distancing themselves from fascism: we always need to bear in mind the two countries' different historical experiences.

In conclusion, the volume is clearly a valuable tool for better understanding constitutionalism in

Europe in the 20th century. However, after delving so deeply into the French case, one feels short-changed by the cursory way in which the Italian one is examined. The book clearly focuses on French constitutional development and examines the Italian experience only insofar as it was influenced by the former. One would have liked to have seen as detailed an examination of the historical context and the political choices of the Italian constitution as the author has undertaken for the French.



Bernardo Sordi

Il diritto internazionale visto dal problematico *State building* della penisola italiana*

Non sono molto frequenti le occasioni di riflessione interna delle singole discipline giuridiche sul proprio percorso storico. Questa ricerca collettiva va quindi salutata con soddisfazione perché, promossa in larga misura da internazionalisti, offre alla genealogia storica uno spazio significativo.

Il focus del volume converge sul periodo intercorrente tra l'unificazione politica del Regno, nel 1861, e il secondo dopoguerra. Qui si concentra l'articolata griglia dei saggi, in grado di offrire un apporto conoscitivo importante: sull'evoluzione della disciplina; sui protagonisti; sugli indirizzi metodici; ma anche sulle riviste e gli strumenti di principale divulgazione scientifica; intrecciando all'esame endodisciplinare una verifica degli snodi principali della politica estera italiana del tempo, dal passaggio dal Piemonte subalpino al Regno d'Italia (Marchisio, 285 e ss.), alla Questione romana e alla controversa personalità giuridica internazionale della Santa Sede (Di Ruzza, 310 e ss.); sino all'avventura coloniale (Scovazzi, 334 e ss.) e alla prima guerra mondiale (Bartolini, 359 e ss.), seve-

rissimo banco di prova degli equilibri europei, apertosi con la denuncia del trattato della Triplice alleanza e conclusosi con la problematica posizione italiana nella conferenza di pace e la ricerca di un nuovo ordine internazionale dopo il conflitto.

Il lettore trova quindi, con profitto, ritratti problematici e approfonditi dei principali protagonisti. A partire da Pasquale Stanislao Mancini (1817–1888), notevole personaggio della stagione risorgimentale, padre del fortunato principio di nazionalità come base della stessa legittimazione della soggettività internazionale, espresso in una celebre prolusione torinese del gennaio 1851 destinata a far scuola (anche in alcune norme chiave del primo codice civile unitario del 1865 sulla posizione dello straniero); uomo politico tra i più illustri dell'Italia liberale e caposcuola dei primi indirizzi della disciplina nel periodo immediatamente successivo all'unificazione (Greppi, 79 e ss.; Mura, 109 e ss.).

Sino al monumentale rilievo di Dionisio Anzilotti (1867–1950), il vero demiurgo dell'interna-

* GIULIO BARTOLINI (ed.), *A History of International Law in Italy*, Oxford: Oxford University Press 2020, 491 p., ISBN 978-0-19-884293-4

zionalistica italiana, in grado di far decollare la disciplina verso una precisa dimensione europea. Nel volume (Bartolini, 127 e ss.) se ne indagano i collegamenti con la scienza giuridica tedesca e con Heinrich Triepel in particolare; la tesi dualistica nei rapporti tra diritto interno e internazionale; la conseguente impronta statualistica; la inclinazione formalistica, sia pur sempre moderata da una notevole attenzione alla prassi internazionale e da un persistente dialogo con impostazioni di taglio metodico diverso.

Come nei settori del diritto costituzionale e del diritto amministrato già sono all'opera Vittorio Emanuele Orlando e Santi Romano, anche nel diritto internazionale occorre realizzare una piena scientificizzazione della materia, costruendo teorie giuridiche e rendendo ogni branca del diritto pubblico «un sistema scientificamente autonomo» (Orlando, 1889).

Questa scientificizzazione paga lo scotto del formalismo, ma gli alghi purismi sono ancora lontani. E lo stesso Anzilotti, che pure – come scrive Paolo Grossi in *Scienza giuridica italiana* (83) – «manda definitivamente in soffitta la vecchia dominanza giusnaturalistica», separando «i principi ideali di giustizia» dalle «norme giuridiche positive», mantiene forte il filo rosso del collegamento con la realtà internazionale e con lo stesso percorso storico, come dimostra il fitto dialogo con Romano, nel 1911, in occasione del primo cinquantenario dell'unificazione, su *I caratteri giuridici della formazione del Regno d'Italia*.

Occorre riconoscere che il volume non si ferma ai due padri storici, Mancini e Anzilotti. E si sofferma sia su alcuni altri grandi protagonisti, da Cavaglieri a Fedozzi, da Donati a Perassi e ai suoi primi dialoghi con il normativismo kelseniano, sino allo stesso Romano, nel volume attentamente valorizzato anche nei suoi apporti internazionalistici e nella convincente indagine, a base istituzionalistica, della comunità internazionale (Bartolini, 149–155), sia sui tanti personaggi minori.

Una realtà disciplinare che si ingrossa quindi tra '800 e '900, nonostante la penisola sia un soggetto di diritto internazionale solo recentemente ammesso al ristretto club delle nazioni civili. Vicende che non spiegano soltanto la intrinseca limitatezza della politica estera del giovane Stato unitario, ma che incidono naturalmente anche sul prestigio accademico della disciplina.

L'irrompere del fascismo non sembra causare, almeno nei primi anni del regime, gravi scossoni. A

differenza di altre esperienze totalitarie, non ci sarà né uno Schmitt italiano, né un Pashukanis (Bartolini, 165). Lo stesso asse Roma-Berlino sarà tenuto in piedi da personaggi di seconda fila o affidato ai poligrafi del regime, come Carlo Costamagna, esterni alla disciplina. E nondimeno il fascismo ne impatta pesantemente le sorti; personalmente e drammaticamente con le leggi razziali, che colpiscono diversi internazionalisti di razza ebraica (Catellani, Ottolenghi, Sereni, Cino Vitta e il figlio Edoardo ...); ma anche sterilizzando i temi scientifici trattati, con l'espunzione sistematica delle questioni invise al regime, specialmente dopo la guerra d'Etiopia e il varo delle sanzioni, o la guerra civile spagnola, quando si moltiplicano gli scritti propagandistici a difesa dell'aggressiva politica estera italiana degli anni Trenta e contro la Società delle nazioni (Bartolini, 375–382); infine, con il disastro della guerra, sino a costringere, di fatto, l'organo principe della disciplina, la *Rivista di diritto internazionale*, ad un lungo silenzio che si protrae per l'intero decennio 1943–1953.

Un silenzio, pur parzialmente compensato dalla nascita di altri fogli internazionalistici (Ingravallo, 206–208), tanto più assordante perché contemporaneo al momento costituente e alle scelte univocamente ispirate al primato del diritto internazionale fatte proprie dalla carta repubblicana del 1948 (artt. 10 e 11) e al notevole impegno degli internazionalisti nei lavori preparatori: Roberto Ago e Gaetano Morelli nella Commissione Forti; Tomaso Perassi nella Commissione dei 75 (Virzo, 390–399).

Nonostante il ribollire del nuovo contesto internazionale, da Yalta all'atomica, da Norimberga a Tokyo, dalla Carta delle Nazioni Unite alla Dichiarazione universale dei diritti dell'Uomo, sino ai primi passi del progetto europeo, poco però ancora filtra nella dimensione pacificata della disciplina.

Il «disgelo» dall'imperante formalismo, del resto comune anche ad altri ambiti disciplinari, inizierà ad arrivare solo dalla fine degli anni Cinquanta, ben testimoniato, da un lato dal diffondersi di indirizzi teorici improntati all'indagine realistica dei fatti sociali, da Rolando Quadri a Mario Giuliano, sino a Roberto Ago (Tancredi, 173 ss.); dall'altro, dalla crescente attenzione alla grande novità dell'ordine giuridico europeo, che inizia a calamitare l'attenzione, prima di Riccardo Monaco (anche per la sua posizione al ministero degli esteri come capo dell'Ufficio Trattati e poi del Contenzioso diplomatico) e quindi di Gaetano Morelli, Giuseppe Sperduti, Nicolò Catalano (Milano,

425–429). Indirizzi, più recentemente confluiti verso una sempre più solida attenzione alla realtà internazionale e alla prassi diplomatica e giurisprudenziale, anche in funzione di una crescente ›liberalizzazione‹ del tradizionale sistema delle fonti del diritto internazionale, nell’ottica di un ›positivismo illuminato‹ (Palchetti, 473) frutto di un equilibrato dosaggio tra teoria giuridica e osservazione critica dell’intrinseca fattualità delle relazioni internazionali, in sintonia con il variegato dibattito metodologico, europeo ed extraeuropeo.

Il volume offre, dunque, con ottima leggibilità e accurati apparati informativi, un ritratto convincente della internazionalistica italiana nell’ottica, suggerita da Martti Koskenniemi, di studiare il diritto internazionale, non solo nella sua naturale dimensione universale, ma a partire dalle tante e plurali declinazioni nazionali.

E’ semmai sulla prospettiva della lunga durata che la ricerca dovrà in futuro svilupparsi. Il volume, coraggiosamente si era spinto anche in questa direzione, aprendosi con un bellissimo saggio di Claudia Storti (19–47) dedicato alla dottrina di diritto comune dello *ius gentium*, in grado di portare con mano il lettore nella specificità della *interpretatio* dei giuristi medievali, svelando la eccezionale capacità di quei *sapientes* di dare un senso ordinante, sulla base dei soli testi autoritativi ereditati dalla classicità, ad una realtà fatta di città nascenti, con i loro potenti sistemi urbani posti negli snodi di collegamento della civiltà della mercatura, e di poteri universali, marcatamente declinanti, almeno dall’inizio del Trecento, sino alla crescente istituzionalizzazione di assetti federativi, ancora in larga misura prestatuali, di convergenza istituzionale.

Passato questo momento aureo, il racconto, alle prese con la frammentata storia d’Italia, non solo

viene a scontrarsi con la difficoltà epistemologica del nesso sempre indaginoso tra *ius gentium*, *ius publicum universale* e diritto internazionale, ma deve calarsi in un contesto a lentissima unificazione e tagliato fuori dalle politiche di potenza delle grandi monarchie nazionali, nel quale la stessa declinazione pubblicistica del diritto sconta significativi ritardi di emersione rispetto agli altri percorsi continentali.

L’impressione è che non sia sufficiente limitarsi a prestare la doverosa attenzione – come pure correttamente nel volume si fa con buone pagine (Rech, 48 e ss.) – alle grandi eccellenze italiane, da Alberico Gentili a Giambattista Vico, da Paolo Sarpi a Giovanni Maria Lampredi, se si vuole evitare che questo percorso per grandi esempi finisca per ricadere nel racconto, ormai datato, che dall’eccellenza medievale, imbocca in modo inesorabile, all’indomani delle guerre d’Italia, la strada della decadenza, per approdare infine fortunosamente al glorioso revirement del Risorgimento. Condannando in tal modo all’oscurità non solo i secoli della prima modernità, e dell’antico regime maturo, nei quali le stesse compagini statuali si erano costruite nella penisola in gran parte attraverso patti federativi delle dominanti con le città soggette; ma anche l’impatto italiano con la Rivoluzione e quindi con le non poche novità introdotte dalla dominazione napoleonica.

Per questo lungo arco secolare, solo una piena collaborazione tra storici e giuristi potrà restituire profondità ad una preistoria, tutta italiana, del diritto internazionale, altrimenti ristretto al solo breve spazio della piena emersione, necessariamente tardiva, dello Stato nazionale e di una politica estera finalmente nazionale.



Karl Härter

Limitierte positivistische Kriminologie und Herausforderungen der Strafrechtsreform*

Die internationale Forschung zur Strafrechtsgeschichte hat in den letzten Jahren die positivistische Kriminologie (wieder-)entdeckt, was nicht zuletzt auch Michele Pifferi, dem Herausgeber der *Limits of Criminological Positivism* zu verdanken ist. In einer exzellenten Einleitung erläutert er Zielsetzung, wesentliche Fragestellungen und inhaltliche Themen des kohärenten Sammelbandes und nimmt auch eine vergleichende Einordnung der Einzelbeiträge vor. Diese untersuchen die Limitierungen der positivistischen Kriminologie seit ihrer Etablierung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hinsichtlich der Wirkungen zentraler Ideen auf die Modernisierung des Strafrechts, wobei Gesetzgebung und partiell auch Justizpraxis und Strafvollzug einbezogen werden. Exemplarisch behandelt werden Konzepte wie Begründung und Zwecke des Strafs zwischen Vergeltung und *social defense*, die Konzeptualisierung des Verbrechens zwischen biologischem Determinismus und freiem Willen und dessen *criminal responsibility* (Zurechnungsfähigkeit)¹ und *dangerousness* (Gemeingefährlichkeit), Jugendkriminalität bzw. Jugendstrafrecht sowie Individualisierung der Strafe, unbestimmtes Strafmaß und die Kriminalstrafen substituierenden oder ergänzenden Sicherheitsmaßnahmen. Die Frage nach den *limits* zielt auch auf Gegenpositionen und Widerstand von Strafrechtswissenschaft, Rechtspraxis und Legislative. Von diesem konzisen Themen- und Frageraster ausgehend präsentieren elf ausgewiesene Expertinnen und Experten Einflüsse, Diskurse und Limitierungen der positivistischen Kriminologie, wobei die Beiträge mit einer Ausnahme als exemplarische Länderstudien angelegt sind.

Marco Nicola Miletto behandelt anhand der Reform des Strafverfahrens in Italien Kritik und Widerstände der klassischen Schule gegen die Forderungen der *scuola positiva* der 1880er Jahre, die

keinen Einfluss auf Reform- und Kodifikationsvorhaben gewinnen konnte. Die Strafrechtsreform im deutschen Kaiserreich untersucht Richard F. Wetzel hinsichtlich der Einflüsse und Mitwirkung insbesondere des prominentesten Vertreters der positivistischen Kriminologie, Franz von Liszt. Dessen weiterreichende Vorschläge wurden zwar von Ministerialbürokratie und klassischer Jurisprudenz abgelehnt, da er und andere Kriminologen aber zu Kompromissen bereit waren, konnten sie z. B. hinsichtlich der Etablierung eines zweigleisigen Systems von Kriminalstrafen und Sicherheitsverwahrung einen limitierten Einfluss gewinnen.

Am Fallbeispiel des positivistischen Autors Raymond Saleilles thematisiert James M. Donovan das Problem der Individualisierung des Strafs in Frankreich. Klassische Jurisprudenz und religiös-katholische Prägung dominierten die am freien Willen festhaltenden Reformkonzepte, die letztlich positivistische Einflüsse abwehrten. Ausgehend von einem ausgezeichneten Überblick über die positivistische Kriminologie und Strafrechtsreform in Belgien zeigt Yves Cartuyvels, dass die auch international intensiv diskutierten kriminologischen Konzepte der *social defense* und *dangerousness* in ihren biologisch-deterministischen Ausprägungen zwar abgelehnt wurden. Dennoch entfalteten sie über strategische Kompromisse Wirkung und beeinflussten die Kriminalpolitik und eine spezifisch gegen gefährliche Gruppen/Klassen gerichtete »Sondergesetzgebung« (*social defense laws*), weil es ein mit den positivistischen Ideen übereinstimmendes allgemeines gesellschaftliches Interesse an der »sozialen Verteidigung« gegen »gemeingefährliche Kriminelle« gab. Solche allgemeinen Wirkungen erkennt auch Heikki Pihlajamäki in Finnland, das aufgrund seiner territorialen Situation und des dominanten Einflusses der deutschen Jurisprudenz freilich keinen Resonanzraum

* MICHELE PIFFERI (ed.), *The Limits of Criminological Positivism. The Movement for Criminal Law Reform in the West, 1870–1940*, London / New York: Routledge 2022, 285 S., ISBN 978-0-367-34059-9

1 Übersetzungen ins Deutsche hier und im Folgenden vom Rezensenten.

für den positivistisch-kriminologischen Diskurs bot. Insofern waren direkte Wirkungen positivistischer Kriminologie deutlich begrenzt, für enger begrenzte pragmatische Reformvorhaben (bedingte Verurteilung und Strafen von unbedingter Dauer für gefährliche rückfällige Straftäter) und im Jugendstrafrecht kann Pihlajamäki durchaus Einflüsse nachweisen, die mit dem allgemeinen kriminalpolitischen Diskurs korrespondierten.

Enrique Roldán Cañizares gibt einen eher klassisch orientierten Überblick über den dogmatisch-juristischen Diskurs der beiden wichtigsten »Schulen« in Spanien, die katholische Jurisprudenz und den philosophischen *Krausismo*. Deren Widerstand verhinderte eine weiterreichende Etablierung positivistischer Kriminologie, die im Grunde nur einen Vertreter hatte. Katholizismus und klassische Jurisprudenz, die an der dogmatischen Dominanz des freien Willens festhielten, markieren folglich die Grenzen positivistischer Kriminologie. Eines ihrer wesentlichen Anliegen war die Reform des Jugendstrafrechts, die Paul Garfinkel anhand des römischen Jugendstraferichts im faschistischen Italien untersucht. Insofern geht er über den kriminologischen Diskurs hinaus und bezieht die Justizpraxis exemplarisch mit ein. Dadurch kann er das bisherige Bild des Einflusses der *scuola positiva* relativieren, denn die Praxis der Jugendstraferichtbarkeit war kaum durch deren Konzepte beeinflusst, sondern folgte den zeitlich weiter zurückreichenden Ideen des Mainstreams der Strafrechtsreformer. Die zunehmende Bedeutung kriminologischer statistischer Daten für die Debatten um Kriminalitätskonzepte und Kriminalitätspolitik in England zeigt Lindsay Farmer auf. Freilich findet sich in diesen kaum eine Akzeptanz der empirischen Kriminologie. Insofern fungierten Kriminalstatistiken nicht als wissenschaftliche Basis für Strafrechtsreformen, sondern deren Nutzung folgte den Trends der Kriminalpolitik und ihnen kam eine verstärkende Funktion z. B. hinsichtlich des Vorgehens gegen habituelle, professionelle oder jugendliche Kriminelle zu. Pragmatisch-rechtspositivistische Ausrichtung und Funktion des Strafrechts als Regierungsinstrument markieren folglich in England die *limits* positivistischer Kriminologie.

Susanna L. Blumenthal bietet eine detaillierte biographische Fallstudie des »Amateur-Kriminologen« MacDonald, eine Art amerikanischer Lombroso. Obwohl er in Fachzeitschriften publizierte, ausgedehnt korrespondierte und auch legislative

Institutionen adressierte, wurde er als Pseudowissenschaftler ausgegrenzt. Insofern kann Blumenthal aufzeigen, wie sich die Strafrechtswissenschaft disziplinär gegen die empirische Kriminalanthropologie abgrenzte, die folglich auch im progressiven Amerika keine Bedeutung gewinnen konnte. In Brasilien wurde die italienische *scuola positiva* dagegen im strafrechtlich-kriminologischen Diskurs und der Kriminalpolitik weitgehend adaptiert, wie Ana Lucia Sabadell und Dimitri Dimoulis demonstrieren. Anhand der Konzepte Gemeingefährlichkeit, individualisierte Bestrafung und Sicherheitsverwahrung loten sie exemplarisch die Limitierungen des kriminologischen Einflusses auf die Strafrechtskodifikationen von 1890 und 1940 und in der Justizpraxis aus. Die Ideen der positivistischen Kriminologie gewannen vor allem eine symbolisch-kommunikative und kriminalpolitische Funktion, um Modernität zu demonstrieren und die soziale Kontrolle als gefährlich etikettierter Minderheiten und Randgruppen auszuweiten, während das Strafrecht auf seinen etablierten »klassischen« Prinzipien beharrte.

Als einziger bietet der Herausgeber Michele Pifferi eine länderübergreifende thematisch angelegte Studie, die den Wandel des kriminologischen Konzepts der *social dangerousness* in Wechselwirkung mit dem Prinzip der *individual criminal responsibility* transnational vergleichend analysiert, und zwar für den internationalen Diskurs wie für Gesetzgebungsvorhaben in europäischen und lateinamerikanischen Ländern. Zwar konnte die *social dangerousness* aufgrund der Beibehaltung des Gleichheits- und Legalitätsprinzips und der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit weder im Strafrecht noch in der Rechtspraxis implementiert werden. Dennoch entfaltete das Narrativ gemeingefährlicher Verbrecherklassen begrenzte Wirkungen hinsichtlich der Zurechnung und Strafzumessung sowie der Einführung präventiver Sicherheitsmaßnahmen. Letztere unterlagen freilich auch in dem entstehenden zweigleisigen System weiterhin der Rechtsbindung und schlossen keine lediglich auf die subjektive Gefährlichkeit des einzelnen Täters begründete unbegrenzte Strafe bzw. Sicherheitsverwahrung ein.

Die gut geschriebenen, klar strukturierten Beiträge behandeln folglich alle für jeweils länderspezifisches Strafrecht, Jurisprudenz und Reformbestrebungen die zentrale Ausgangsfrage nach den Limitierungen positivistischer Kriminologie. Dies gilt auch weitgehend für die als biographische Fall-

studien konzipierten Beiträge, die durch ihre Methodik freilich stärker limitiert sind und Kriminalitätspolitik wie Justizpraxis kaum thematisieren. Die meisten Beiträge sind allerdings breiter angelegt und beziehen auch Kriminalpolitik sowie zumindest teilweise religiöse, politische und rechtskulturelle Kontexte mit ein. Dennoch stellt sich die Frage der Vergleichbarkeit der Länderstudien und der ableitbaren allgemeinen Ergebnisse der *Limits of Criminological Positivism*, die Pifferi in der Einleitung systematisiert und synthetisiert.

Erwartbar ist, dass wesentliche Widerstände von der »klassischen« Jurisprudenz ausgingen, die den etablierten dogmatischen Konzepten und Prinzipien weiterhin Geltung verschaffte und Gegenpositionen zudem mit der Erhaltung durch Rechts- und Verfassungsstaat gewährter Freiheitsrechte begründen konnte. Allerdings überwindet der Band ältere dichotomische Modelle, die die kriminologischen Diskurse auf die *scuola positiva* und die Auseinandersetzung mit der »klassischen Schule« reduzieren. Eine wesentliche Limitierung positivistischer Kriminologie bestand vielmehr in der Stabilität des Strafrechts, das sich nur begrenzt empirischen Wissenschaften öffnete und seine juristischen Eigenlogiken und rechtspositivistischen Prinzipien beibehielt. Zudem konnten die Kriminologen ihren eigenen Anspruch auf empirisch-wissenschaftliche Fundierung von Reformvorhaben kaum einlösen. Insofern erwiesen sich gerade die Strafrechtskodifikationen einschließlich der Reformentwürfe, in denen die Kriminologen das eigentliche Vehikel einer Modernisierung erblickten, eher als »Bollwerke« gegen Veränderungen.

Einflüsse auf die Gesetzgebung entfalteten sich aber dennoch in Form von Kompromissen und »Sondergesetzen«, die im Übergangsbereich zwischen Strafrecht, Kriminalpolitik und formaler Sozialkontrolle angesiedelt waren und insbesondere Jugendkriminalität und habituelle Kriminelle betrafen. Für diese belegen die meisten Beiträge die stärksten Einflüsse kriminologischer Konzepte wie *social defense*, *social dangerousness* und daraus resultierend ein zweigleisiges System von gesetzlich fixierten Kriminalstrafen und juristisch kontrollierten Sicherheitsmaßnahmen. Die geringsten Limitierungen und stärksten Einflüsse lassen sich folglich außerhalb des engeren Bereichs von Strafrecht und Jurisprudenz verorten, wobei der positivistisch-kriminologische Diskurs kaum neue empirische sozialwissenschaftliche Erkenntnisse einspeiste, sondern auch Narrative der kriminalpolitischen Diskurse und Praktiken sozialer Kontrolle transportierte. Insofern können nicht nur die Limitierungen positivistischer Kriminologie innerhalb des Strafrechts, sondern auch deren Interdependenzen mit Kriminalpolitik, Sozialkontrolle und anderen Diskursen als zentrales Ergebnis hervorgehoben werden. In dieser Perspektive bietet der Band über die engere Geschichte der empirischen Kriminologie hinaus auch für die allgemeine Rechtsgeschichte wichtige methodisch-konzeptionelle Anregungen, um beispielsweise historische Normativitätsregime hinsichtlich disziplinübergreifender und transnationaler Limitierungen und Interdependenzen zu erforschen.



Christoph Resch

Rätsellösende Rechtsvergleicher*innen?*

Balázs Fekete erzählt mit seinem Werk *eine* Geschichte der Rechtsvergleichung in Europa von der Mitte des 19. bis ins 21. Jahrhundert durch die Brille der von Thomas S. Kuhn entwickelten Theorie der Paradigmenwechsel. Das Buch hat eine Entstehungsgeschichte von fast 20 Jahren und beruht auf einer ursprünglich 2009 fertiggestellten und 2011 in Ungarn publizierten Dissertation.

Fekete wählt für seine Darstellung bewusst eine mittlere (*mezzo*) Perspektive, zwischen bereits existierenden Universalgeschichten und sehr detaillierten Studien, die sich beispielsweise auf einzelne Autoren beschränken. Ein generelles Defizit attestierte er der vorhandenen Literatur in Bezug auf deren Festhalten an linear progressiven Erzählungen (2). Dem sucht er eine neue Perspektive entgegenzusetzen, indem er die von Kuhn entwickelte Geschichtstheorie auf die Rechtsvergleichung anpasst, um dadurch eine qualitativ andere Erzählung der Geschichte der Rechtsvergleichung zu ermöglichen (10). Er sieht – wie Kuhn – die Wissenschaftsgeschichte durch revolutionäre Brüche und darauf folgende Perioden der Ausdifferenzierung durch die Wissenschaftscommunity, der Normalwissenschaft, gekennzeichnet (14–15). Fekete passt das Kuhn'sche Vokabular auf die Rechtsvergleichung an. So fasst er etwa das Paradigma als institutionalisierte akademische Community, die eine starke Präferenz für eine bestimmte Methode habe (27). »Krise« beschreibt dann einen Zustand, in dem Anomalien nicht mehr innerhalb des bestehenden Paradigmas zufriedenstellend erklärt werden können, was zu einem Paradigmenwechsel (zumindest in Teilen der Community) führt (29).

Fekete sieht das erste Paradigma in der historischen und vergleichenden Rechtswissenschaft. Er geht zunächst auch auf die sog. vorparadigmatische Zeit ein. Seit dem 17. Jahrhundert hätten sich etwa Leibniz, Montesquieu, Vico und später Feuerbach vergleichender Methoden bedient. Dennoch könne aufgrund der Heterogenität der Vorgehensweisen nicht von einem Paradigma gesprochen werden (31–39). Henry Sumner Maine habe in seinem

Werk *Ancient Law* die historische mit der vergleichenden Methode verschmolzen, um die Entwicklung des Rechts aus dessen Geschichte zu verstehen. Er habe, vom Positivismus beeinflusst, die Rechtswissenschaft zu einer »wirklichen Wissenschaft« machen wollen, womit die Ablehnung aller *a priori* konstruierten Naturrechtssätze einhergegangen sei (44–46). Sein Nachfolger an der Universität Oxford, Sir Frederick Pollock, habe Maines Methode schließlich weiter ausdifferenziert und das erste Paradigma als solches formuliert. Er habe gezeigt, dass die historische und die vergleichende Methode, da beide induktiv und positivistisch, nicht vollständig voneinander zu trennen seien. Als (empirische) Wissenschaften könnten sie jedoch sauber von der Philosophie abgegrenzt werden (47–48). In Deutschland sieht Fekete Joseph Kohler als Hauptvertreter des ersten Paradigmas (55–59). Der Pariser Kongress von 1900 kennzeichne den Paradigmenwechsel hin zum sog. *droit comparé*. Raymond Saleilles Vortrag habe die Defizite der Privatrechtswissenschaft bzgl. ihrer Anschlussfähigkeit an die Sozialwissenschaften offenlegt. Er habe vorgeschlagen, mehr Rechtsvergleichung zu betreiben (69), deren Rolle es als autonomes Forschungsfeld sei, relative Idealtypen rechtlicher Institutionen (*droit idéal relatif*) zu definieren (72–73). Edouard Lambert sei dafür eingetreten, die Rechtsvergleichung auf das kontinentaleuropäische Privatrecht zu beschränken, um die temporären Unterschiede zwischen bereits sehr ähnlichen Rechtsordnungen durch ein *droit commun législatif* zu überwinden (75–77). Das zweite Paradigma könne so beschrieben werden, dass Rechtsvergleichung praktische und brauchbare Antworten auf Unterschiede der einzelnen Rechtsordnungen geben (und diese überwinden helfen) solle (79). Fekete sieht Ernst Rabel mit dessen funktionaler Methode als Hauptvertreter dieses Paradigmas auf deutscher Seite, während er in England Harold Coke Gutteridge diese Rolle zuschreibt (85–93).

Der sich nach dem Zweiten Weltkrieg abzeichnende Blockgegensatz und das Aufkommen von

* BALÁZS FEKETE, *Paradigms in Modern European Comparative Law – A History*, Oxford: Hart 2021, XIV + 203 S., ISBN 978-1-5099-4692-1

Rechtsordnungen sozialistischer und sowjetischer Prägung hätten das Paradigma des *droit comparé* in eine Krise gestürzt. Diese Rechtsordnungen hätten sich nämlich mit dem vorhandenen Methodenbesteck, welches auf die Konvergenz ähnlicher Rechtsordnungen ausgerichtet war, nicht handhaben lassen (97–99, 137–138). Als Folge sieht Fekete die daran anschließende Diskussion über die Taxonomien verschiedener Rechtsfamilien bzw. -traditionen (99–115) und geht im Weiteren auf die (Weiter-)Entwicklung der funktionalen Methode durch Konrad Zweigert ein (116–127). Die Untersuchung schließt mit einer Diskussion, ob die Rechtsvergleichung bereits einen weiteren Paradigmenwechsel erlebt habe bzw. ein solcher durch die Betonung von *legal cultures* in der neueren Forschung bevorstünde, was Fekete verneint (161–163).

Fekete möchte mit seinem Buch nicht nur die Geschichte der modernen Rechtsvergleichung in Europa erzählen, sondern auch zeigen, dass diese Geschichte aus der Perspektive der (durch ihn modifizierten) Kuhn'schen Theorie besser verstanden werden kann. Die historische Darstellung ist sehr informativ und anschaulich. Besonders ansprechend ist die Zeit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis nach dem Zweiten Weltkrieg geschildert. In der Folgezeit geht der Autor sehr selektiv vor und arbeitet sich etwa durch die Einzelheiten verschiedener Taxonomien. Dies passt sich jedoch gut in sein Gesamtkonzept ein. Die Geschichte der Rechtsvergleichung mit Hilfe der von Kuhn ent-

wickelten Theorie der *paradigm shifts* zu erzählen, eröffnet eine neue Perspektive auf die Materie. Fekete wendet die von ihm modifizierte Kuhn'sche Theorie folgerichtig an. Sein Anspruch war es jedoch auch, in Anlehnung an Kuhn zu zeigen, dass Wissenschaft auch in der Rechtsvergleichung als Normalwissenschaft durch die Wissenschaftscommunity und nicht nur durch wenige berühmte Vertreter der Zunft vorangetrieben wird. Auf diese *puzzle-solving research* oder das Lösen von Rätseln kommt Fekete zwar hin und wieder zu sprechen. Nach den rätsellösenden Rechtsvergleicher*innen sucht man jedoch zum Teil vergeblich. Fekete hängt den Begriff der *puzzle-solving research* weitestgehend an den großen Namen der Rechtsvergleichung wie etwa Lambert oder Zweigert auf. Interessant wäre es gewesen, anhand von Beispielen aufzuzeigen, inwieweit die Wissenschaftscommunity mit konkreten Fragestellungen innerhalb der einzelnen Paradigmen unterschiedlich umgegangen ist.

Insgesamt eine überzeugende Darstellung der Geschichte der modernen europäischen Rechtsvergleichung, vor allem, wenn man eine Abhandlung sucht, deren Schwerpunkt auf der Geschichte der Methoden bzw. Konzepte der Rechtsvergleichung liegt. Des Weiteren eignet sich das Buch hervorragend, um ein Anwendungsbeispiel einer modifizierten Kuhn'schen Theorie auf eine Geisteswissenschaft zu studieren und die Fallstricke kennenzulernen, die sich dabei stellen.



Marietta Auer

Der Mann ohne Eigenschaften*

Seit drei Jahren ist die monumentale Kelsen-Biographie Thomas Olechowskis nun in der Welt. Die erste Auflage von 2020 war bald vergriffen. Der vorliegenden Besprechung liegt die durchgesehene zweite Auflage von 2021 zugrunde. Änderungen beschränken sich laut Vorwort »auf die Ausbesserung von Fehlern sowie auf Nachträge der zwischenzeitlich erschienenen Literatur [...]. Zu größeren Änderungen fand ich allerdings auch keinen Anlass, weil die bis jetzt erschienenen Buchbesprechungen sowie die zahlreichen persönlichen Rückmeldungen, die ich erhielt, in der Summe äußerst positiv waren« (Vorwort zur Zweiten Auflage, X).

Was soll man zu einem Buch noch sagen, das ausweislich der Homepage des Autors seit seiner Veröffentlichung Gegenstand von sagenhaften 42 Rezensionen aus dem In- und Ausland war, einschließlich der Besprechung als »Juristisches Buch des Jahres 2021«, wobei zwei öffentliche Interviews des Autors in Wiener Bibliotheken über sein Werk noch gar nicht mitgezählt sind?¹ Dieses Buch ist – und das ist auch für das Verständnis seines Sujets relevant – in Österreich, der ehemaligen Heimat Hans Kelsens, eine Staatsaffäre und ein Medienereignis gewesen. Es handelt sich um ein kuratiertes Werk, das seine Nähe zur Kelsen-Schule nicht verbergen will. Entstanden ist es seit 2003 auf Anregung der damaligen Vorsitzenden des Hans Kelsen-Instituts an der Universität Wien, Robert Walter sowie Clemens Jabloner, ersterer Kelsen-Enkelschüler, »anlässlich der – damals in Vorbereitung befindlichen – Edition der »Hans Kelsen

Werke« (Vorwort, VII). Für letztere ist, in Zusammenarbeit mit selbigem Institut, die Freiburger Hans-Kelsen-Forschungsstelle unter Matthias Jestaedt zuständig. Geplant ist unter dem Dach der Mainzer Akademie der Wissenschaften eine Gesamtedition von knapp 18 000 publizierten Werkseiten sowie sämtlichen nicht publizierten Werken aus Kelsens Nachlass. Das Projekt ist auf 32 Bände angelegt und soll bis Ende 2042 abgeschlossen sein. Bislang sind acht Bände erschienen.²

Es musste also – und die Assoziation mit Robert Musil ist an dieser Stelle einfach zu naheliegend, als dass sie dieser Rezensentin als erster aufgefallen wäre – eine »Parallelaktion« her, um der zu erwartenden »Kanonisierung« und »Monumentalisierung« Kelsens den angemessenen biographischen Rahmen zu verleihen.³ Mit Blick auf diesen staatstragenden Anspruch lässt das rezensierte Werk kaum einen Wunsch offen. Es handelt sich, wie bereits zahlreiche Rezensenten in vielfachen Varianten bemerkt haben, um eine akribische Forschungsarbeit, die dem »jahrzehntelangen Forschungsdesiderat« einer großen, umfassenden Kelsen-Biographie Rechnung trägt.⁴ Verarbeitet ist eine »stupende Materialfülle«, die »neben der Berücksichtigung gedruckter Quellen vor allem auf minutiösen Archivrecherchen in einer Vielzahl von Ländern und auf »oral history« beruht.⁵ Das Werk verfährt übersichtlich chronologisch. Es erzählt Kelsens Lebensgeschichte von der Wiege bis zur Bahre und gliedert diese in aussagekräftige vier Teile, überschrieben »In der Habsburgermonarchie«, »Als Professor an der Universität Wien«,

* THOMAS OLECHOWSKI, Hans Kelsen. Biographie eines Rechtswissenschaftlers, unter Mitarbeit von Jürgen Busch, Tamara Ehs, Miriam Gassner und Stefan Wedrac, 2., durchges. Aufl., Tübingen: Mohr Siebeck 2021, XXIII + 1029 S., ISBN 978-3-16-160205-4

1 <https://rechtsgeschichte.univie.ac.at/team/thomas-olechowski/publikationen/monographien/> (abgerufen 15.04.2023); REINHARD ZIMMERMANN, Juristische Bücher des Jahres – Eine Leseempfehlung, in: JuristenZeitung 76 (2021) 991–997, 993 f.

2 <https://www.adwmainz.de/projekte/hans-kelsen-werke/informationen.html>; <https://kelsen.online/informationen/das-projekt>; https://www.mohrsiebeck.com/mehrbaendiges-werk/hans-kelsen-werke-493900000?no_cache=1 (jeweils abgerufen 15.04.2023). Dazu unverblümt REINHARD MEHRING, »Viel Papier beschrieben / und im Irrtum geblieben«? Thomas Olechowskis kolossale Kelsen-Biographie, in: Der Staat 59 (2020) 451–462, 462: »Die Masse der Bände wird den durchschnittlichen Leser [...] geradezu erschlagen und die Komplexität des Werkkosmos

droht für den Nachwuchs zum Disser-tationsgrab und zur akademischen Sackgasse zu werden.«

3 ROBERT MUSIL, Der Mann ohne Eigenschaften I, hg. v. ADOLF FRISÉ, 27. Aufl., Hamburg 2012; dazu bereits MEHRING (Fn. 2), 451 f.

4 Exemplarisch MARTIN P. SCHENNACH, in: Juristische Blätter 144 (2022) 130–132, 130.

5 SCHENNACH (Fn. 4), 130.

»Köln – Genf – Prag« sowie »Amerika und die Welt« (25–208; 209–478; 479–671; 673–917).

Und so verfolgt der Leser den 1881 in Prag geborenen »Jahrhundertjuristen«⁶ auf seinem durchaus schlafwandlerischen Pfad durch fast ein Jahrhundert Weltgeschichte. Dieses reicht vom *fin-de-siècle*-Wien (42 ff.), wo das gesamte Romanpersonal der Wiener Moderne vom bereits erwähnten Musil über dessen »Diotima« Eugenie Schwarzwald und dem »Wiener Kreis« bis zum legendären Professor Freud irgendwie auch mit Kelsen zu tun hat oder dessen Weg kreuzt, über dessen geschickten Aufstieg durch die Wirren des ersten Weltkriegs (195 ff.) zum »Architekten« der Österreichischen Bundesverfassung und Richter am Verfassungsgerichtshof (255 ff.), den späteren »Sturz« aus dieser Position (437 ff.), die Wander- und Exiljahre von Köln über Genf und Prag nach Harvard ab 1930 (481 ff.) bis zur Ankunft in der neuen Heimat Berkeley (761 ff.), wo Kelsen 1973 nach zahlreichen Einladungen zu Vorträgen und Preisverleihungen auf der ganzen Welt hochbetagt und hochgeehrt stirbt. Wohin auch immer der Protagonist der Erzählung sich wendet, begegnet dem Leser das führende Personal des 20. Jahrhunderts: die Spitzen der Wiener und Weimarer Staatsrechtswissenschaft, an deren Stelle nach Kelsens Vertreibung durch die Nationalsozialisten nahtlos die führenden Köpfe Amerikas und der weiten Welt treten. All das liest sich trotz der großen Stoffmenge flüssig, ja süffig und vermittelt das Kolorit der beschriebenen Milieus mit großer Anschaulichkeit. Wenn es dabei manchmal etwas bunt zugeht – so etwa bei den gleichsam touristischen Stadtvignetten, die allen Schauplätzen vorangestellt sind und denen man etwa Informationen über die Höhe des Kölner Doms (496), die Bedeutung des Boston Symphony Orchestra (680) oder den Skandal über das Fresko Diego Riveras in der Lobby des Rockefeller Center (677) entnehmen kann,⁷ für das sich Kelsen gar nicht interessiert

haben dürfte (s. u.) –, so schadet dies nicht, weil bei alledem immer auch ein dichtes Netz an historio-graphisch relevanter Information eingewebt wird, etwa zur Bedeutung des Wiener Heimatrechts für die große Zahl von bildungs- und aufstiegswilligen Juden aus Galizien und der Bukowina, die in den Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende in die Reichshauptstadt Wien strömten und zu denen auch Kelsens Eltern gehörten (44 f.).

Was tut nun Kelsen an all diesen Orten? Er hält sich dort nicht einfach auf, sondern publiziert von früher akademischer Jugend an am laufenden Band. So arg konnten die äußeren Umstände gar nicht sein, dass er nicht noch Zeit fand, im Monatsrhythmus zwei oder drei oder noch mehr Aufsätze, Bücher oder Gutachten zu den am Aufenthaltsort jeweils aktuellen Problemen des Staats- und Völkerrechts zu verfassen und »Angriffe« von »Gegnern« der Reinen Rechtslehre zu parieren. Die Grundzüge dieser Lehre lagen indessen bereits seit der Habilitation 1911 fest und wurden in späteren Jahren und Jahrzehnten nurmehr modifiziert und ergänzt. Neuen Forschungsthemen wandte sich Kelsen nur auf Druck äußerer Umstände zu. Das Lebenswerk dieses Gelehrten bestand also darin, einem zu einem sehr frühen Zeitpunkt feststehenden System von einigen wenigen rechtswissenschaftlichen und staatsrechtlichen Dogmen – Trennung von Sein und Sollen, Trennung von Rechtswissenschaft und Politik, Rechtswissenschaft als Normwissenschaft, Wertrelativismus, Identität von Staat und Recht, Recht als Zwangsordnung, Stufenbau der Rechtsordnung, Grundnormtheorie, völkerrechtlicher Monismus – immer wieder neue Anwendungsfelder in geltenden staats- und völkerrechtlichen Problemen zu erschließen, dabei ihre »Gültigkeit« zu erproben, Gegner zu »erledigen« (332 f.) und so zu einem immer geschlosseneren und unangreifbareren System der Wissenschaft vom positiven Recht zu gelangen.⁸ Von dieser Hegemonie der Reinen Rechtslehre im

6 Vgl. MANFRED H. WIEGANDT, Der Jahrhundertjurist. Thomas Olechowskis monumentale Kelsen-Biographie, in: Recht und Politik 57 (2021) 104–121.

7 Manchmal lohnt eine Nachrecherche. Diego Riveras Fresko »Man at the Crossroads« (1933) war auf Veranlassung des damaligen Direktors des Rockefeller Center, Nelson (nicht John D. Jr.) Rockefeller, noch vor der

Enthüllung wieder zerstört worden, weil es in einem versteckten Bildausschnitt eine Szene mit Lenin zeigte, der die Hände von Arbeitern zusammenführt. Im rezensierten Werk wird dies wie folgt kommentiert (677): »John D. Rockefeller Jr. war ein Philanthrop, aber kein Sozialist und schon gar kein Idiot.« Zur doch etwas tieferen Bedeutung der Sache bis hin zu aktuellen Debatten um

Kunstfreiheit und Bildzensur MARLENE GRUNERT, Urheber versus Eigentümer. Amerika streitet über zwei Wandgemälde, die sich kritisch mit der Sklaverei befassen, in: FAZ Nr. 87 v. 14.04.2023, 13.

8 Übersichtlich dazu jüngst HORST DREIER, Hans Kelsen. Zur Einführung, Hamburg 2023, 99–134.

Werk Kelsens gibt es nur eine einzige größere Ausnahme: Unter dem Titel »Vergeltung und Kausalität« spekulierte Kelsen seit Ende der 1930er Jahre gleichsam von der Außenseite her über die moralgeschichtliche Evolution des Menschen von einem »normativen« zu einem »kausalen« Verständnis von Naturgesetzen, die mit der Evolution von »Naturvölkern« – mit Kelsen: »Primitiven«⁹ – zu »Kulturvölkern« einhergegangen sei (645 ff.). Erst der moderne Kulturmensch verstehe es, Natur und Kultur säuberlich zu trennen und aus ersterer keine Normen mehr herleiten zu wollen, so dass man im Ergebnis doch wieder bei der Reinen Rechtslehre herauskommt. All dies wird in Olechowskis Biographie in eingestreuten Werkzusammenfassungen anschaulich referiert und auf die theoretischen Kernelemente zurückgeführt. Aber geht daraus wirklich hervor, was Kelsens Rechtstheorie leistet und was dabei analytisch unterbeleuchtet bleibt, weil es dem charakteristischen Reduktionismus des Kelsenschen Rechtsbegriffs zum Opfer fällt?

Eine kritische Auseinandersetzung mit Kelsens Rechtstheorie ist indessen ausdrücklich nicht Ziel der vorgelegten Biographie, die »keine rechtsphilosophische oder rechtstheoretische Auseinandersetzung mit Hans Kelsen« bieten, sondern sich auf eine Untersuchung »rechtshistorischer Natur« beschränken will: Das Buch soll »das Tun und Wirken Kelsens als historisches Faktum betrachten und erklären« (19). Freilich relativiert der Autor diese Aussage sogleich selbst wieder. Wer das Leben Kelsens verstehen wolle, der müsse »auch den Sinn seiner wissenschaftlichen Arbeiten erfassen, muss seine Gedankengänge nachvollziehen, muss tief in alle Wissenschaften, mit denen sich Kelsen beschäftigte – Rechtstheorie, Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie, Rechtsdogmatik und vieles andere mehr – hineintauchen« (20). Und so folgt auf den knapp 900 Seiten der biographischen Abhandlung dann doch eine Gesamtwürdigung von Person und Werk, die sich freilich nicht immer der nachvollziehbaren Neigung entziehen kann, ihren Gegenstand zu idealisieren.¹⁰ So »mag der Ausdruck ›Genie‹ für Kelsen sicherlich zutreffend sein« (120); jedenfalls gelte er als »einer der bedeutendsten, wenn nicht der bedeutendste Rechtswissen-

schaftler des 20. Jahrhunderts« (928). Natürlich waren seine Vorstellungen »visionär« (574), seine Mahnungen »Kassandrarufe« (641), seine Privatbibliothek »riesig« (668), seine Gutachten »hochpolitisch« (852), sein Start in Harvard »fulminant« (704) und sein lateinamerikanisches Publikum zu Recht auf »das Kommen des Meisters« gespannt (808). »Kelsen sprengte in Wirklichkeit also auch hier alle Vorgaben« (766). Musil:

»Es hatte damals schon die Zeit begonnen, wo man von Genies des Fußballrasens oder des Boxrings zu sprechen anhub, aber auf mindestens zehn geniale Entdecker, Tenöre oder Schriftsteller entfiel in den Zeitungsberichten noch nicht mehr als höchstens ein genialer Centrehalf oder großer Taktiker des Tennissports. Der neue Geist fühlte sich noch nicht ganz sicher. Aber gerade da las Ulrich irgendwo, wie eine vorverwehte Sommerreife, plötzlich das Wort ›das geniale Rennpferd‹.«¹¹

Kelsen tut man mit derlei hagiographischer Ornamentik indessen keinen Gefallen. Bereits an anderer Stelle wurde eine gewisse Ratlosigkeit darüber ausgedrückt, dass die vorliegende Biographie angesichts der konstatierten Singularität Kelsens auch von der Singularität der ihr gestellten Aufgabe ausgeht: »Eigentliche Vorbilder besitzt die vorliegende Biographie nicht« (21).¹² Wie sich die Gefahren des Biographismus und der idealisierenden Verwendung von Schüler- und Ego-Dokumenten auswirken, hätte man etwa am Beispiel Sigmund Freuds studieren können, dessen Leben und Werk sich weit mehr noch als dasjenige Kelsens als exemplarischer Brennpunkt der Ideen- und Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts eignet. Um Freuds Leben und Werk rankten sich bereits zu Lebzeiten die Legenden, die es den zahllosen Biographien und Fiktionalisierungen, die seit Freuds Tod erschienen sind, bereits im Ausgangspunkt unmöglich machten, zur wahren Persönlichkeit des »Meisters« vorzudringen. Freud war sich dessen bewusst und vernichtete schon in jungen Jahren autobiographische Quellen, um es, wie er seiner Braut Martha Bernays berichtete, seinen künftigen Biographen möglichst zu erschweren,

9 Noch unschönere Begriffe finden sich etwas verschämt in einer Fußnote (647 Fn. 882). Immerhin werden sie nicht verschwiegen.

10 Ähnlich SCHENNACH (Fn. 4), 131: »natürliche Komplizenschaft«.

11 MUSIL (Fn. 3), 44.

12 Kritisch unter Verweis auf die Debatte über wissenschaftliche Biographik auch SCHENNACH (Fn. 4), 131.

eine Fiktion seiner Persönlichkeit aus Papier zu errichten: »Das Zeug legt sich um einen herum wie der Flugsand um die Sphinx, bald wären nur mehr meine Nasenlöcher herausgeragt; ich kann nicht reifen und sterben ohne die Sorge, wer mir in die alten Papiere kommt.«¹³

Nun mangelt es auch im Fall Kelsens an autobiographischen Quellen (21 f.), ohne dass sich dieser ebenso wie Freud gezielt um deren Vernichtung bemüht hätte. Umso mehr stellt sich die Frage, wer eigentlich die Persönlichkeit hinter dem paradigmatischen Lebensweg eines exilierten Gelehrten des 20. Jahrhunderts einerseits und den zahlreichen hier minutiös zusammengetragenen Anekdoten von banaler Alltäglichkeit andererseits war, und eine Antwort wird nicht recht erkennbar. Kelsen war – was hier mitgeteilt, aber sogleich durch Spekulationen über unerkannte Hochbegabung beiseitegeschoben wird – ein in jeder Hinsicht durchschnittlicher Schüler und Student, der bis zur Promotion niemandem durch besondere Begabung aufgefallen war (46 ff., 57 ff., 88 ff.). Ein Mann des populären Geschmacks, der »in den Supermarkets von Berkeleys [...] mit Kennerblick sowohl die einladenden Aufschriften der Konservenbüchsen wie die Kurven der Verkäuferinnen studiert« und »mindestens einmal die Woche [...] ins Kino [geht], um sich zu entspannen; je anspruchsloser der Film [...], desto besser« (859). Ein Freund derber Scherze, der einem ihm lästigen lateinamerikanischen Gastgeber sinngemäß das f-Wort auf Französisch anempfiehlt: »Eh bien, mon vieux, va faire l'amour!« (811), der seinen 1933 bei erster Gelegenheit zu den Braunen übergelaufenen Kölner Ex-Assistenten Friedrich August Freiherr v. d. Heydte zum »deutschen Gruß« vor der Kulisse der San Francisco Bay auffordert (866) und der H. L. A. Hart bei einer Podiumsdiskussion in Berkeley derart den Satz »Norm is norm!« ins Gesicht schreit, dass dieser mit seinem Sessel hintenüberkippt (891). Musil:

»Denn wenn sich im Lauf der Zeit die gewöhnlichen und unpersönlichen Einfälle ganz von

selbst verstärken und die ungewöhnlichen verlieren, so daß fast jeder mit der Sicherheit, die ein mechanischer Zusammenhang hat, immer mittelmäßiger wird, so erklärt das ja, warum trotz der tausendfältigen Möglichkeiten, die wir vor uns hätten, der gewöhnliche Mensch nun einmal der gewöhnliche ist! Und es erklärt auch, daß es selbst unter den bevorzugten Menschen, die sich durchsetzen und zu Anerkennung kommen, eine gewisse Mischung gibt, die ungefähr 51% Tiefe und 49% Seichtheit hat und den meisten Erfolg findet.«¹⁴

Ein »Held« war Kelsen übrigens nicht, wie er selbst immer wieder betont (547, 776). 1933 hatte er nichts dagegen, in Köln die Hakenkreuzflagge herauszuhängen, »da es schließlich jedermann mache« (547); seinen alten österreichischen Dienstrevolver warf er aus Angst vor Entdeckung »in eine Bananenschale eingewickelt in den Rhein« (547). Mit der Emigration in die USA wartete er buchstäblich bis zur letzten Sekunde (668), während sein Hauptaugenmerk in den verschiedenen breit referierten Korrespondenzen mit Köln, Genf, Prag und den USA stets der hartnäckig verhandelten Besoldung und vor allem den »Ruhegehülsen« galt (486 ff., 564 f., 574 ff., 612 f., 814 ff.). Politik interessierte ihn nicht (684); gleichwohl war er unter der Prämisse einer »sauberen Trennung von Recht und Politik« (790) laufend gutachterlich für die jeweils aktuellen politischen Interessen des internationalen Rechts tätig (593 ff., 732 ff., 745 ff., 798 ff., 852 ff.). Eine Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Salamanca neben Francisco Franco lehnte er ab, wollte die Urkunde dann aber doch gerne per Post zugeschickt bekommen (865 f.). Die entscheidende Frage bei alledem lautet: Wo war Kelsen originell und wo war er nur exemplarisch? Wo war er Pionier, der durch seine Ideen die Rechtstheorie und Weltpolitik voranbrachte, wo dagegen nur kongenialer Exponent des Zeitgeists, Medium des 20. Jahrhunderts und Souffleur des modernen Rechtsbegriffs, der zur richtigen Zeit am richtigen Ort erschien, um das metaphysisch

13 SIGMUND FREUD, MARTHA BERNAYS, Spuren von unserer komplizierten Existenz. Die Brautbriefe, Bd. 4, hg. v. GERHARD FICHTNER, ILSE GRUBRICH-SIMITIS, ALBRECHT HIRSCHMÜLLER, Frankfurt am Main 2019, 361. An

derselben Stelle macht sich Freud über seine künftigen Biographen lustig: »Wir wollen's ihnen nicht zu leicht machen. Jeder soll mit seinen Ansichten über die ›Entwicklung des Helden‹ recht behalten, ich freue

mich schon, wie die sich irren werden.« Zum Ganzen ANDREAS MAYER, Wie schreibt man keine Freud-Biographie?, in: Zeitschrift für Ideengeschichte XIV (2020) 68–84.

14 MUSIL (Fn. 3), 117.

depravierte Gerüst des technokratischen Rechtspositivismus zu errichten, dessen die Zeit bedurfte? Musil:

»Es ist eine Welt von Eigenschaften ohne Mann entstanden, von Erlebnissen ohne den, der sie erlebt, und es sieht beinahe aus, als ob im Idealfall der Mensch überhaupt nichts mehr privat erleben werde und die freundliche Schwere der persönlichen Verantwortung sich in ein Formelsystem von möglichen Bedeutungen auflösen solle.«¹⁵

Die vorliegende Biographie erweckt den Eindruck, dass Kelsen immer und überall der Erste und Originellste war, der maßgebliche Akteur auf allen wissenschaftlichen und politischen Bühnen, die er betrat; immer derjenige, um den sich alles drehte. So werden die zahlreichen polemischen Auseinandersetzungen, die er zeitlebens mit wissenschaftlichen Kontrahenten führte, paradigmatisch etwa diejenige mit seinem Schüler Fritz Sander (321 ff.), durchweg so geschildert, dass Kelsen von Anfang an im Recht war und am Ende ob siegte, wodurch sein Ruhm und Großmut mit den unterlegenen Abtrünnigen beständig wuchs, während diejenigen, die es dann immer noch nicht glauben wollten, zur Strafe gänzlich in der Bedeutungslosigkeit versanken. Bezeichnend ist, dass viele dieser Auseinandersetzungen, wiederum paradigmatisch diejenige mit Sander, Prioritätsfragen zum Gegenstand hatten. Dabei muss man Kelsen gar keinen Plagiarismus unterstellen, um zu konstatieren, dass er mit vielen Begriffsschöpfungen – etwa mit der Unterscheidung zwischen »Rechtsnorm« und »Rechtssatz« (695)¹⁶ – eben nicht der erste war, sondern nur besonderes Geschick darin besaß, zeitgenössischen Topoi vor dem reduktionistischen Hintergrund der Reinen Rechtslehre besonders klare, anscheinend wertneutrale und

»wissenschaftliche« Bedeutungen zu verleihen. Im 20. Jahrhundert reichte das aus, um ein Paradigma der Rechtswissenschaft zu begründen.

Wo die Grenzen der Leistungsfähigkeit desselben liegen, zeigt sich indessen deutlich an der angloamerikanischen Rechtstheorie, die sich von der Reinen Rechtslehre nie recht überzeugen lassen wollte und es bis heute lieber mit dem vom Sessel gefallenem H. L. A. Hart hält (892). Die Gründe dafür werden in Olechowskis Biographie so dargestellt, als seien sie ganz und gar unverständlich – »diese Kritik war nur selten substantiiert« (702) – und gewissermaßen eine geschmäckerliche Laune des amerikanischen Publikums, dem Kelsens Theorie »einfach [...] zu europäisch, zu theorielastig, zu kantianisch« war (702). Dabei liegt hier der entscheidende blinde Fleck des Paradigmas der Reinen Rechtslehre: Selbstverständlich ist diese insoweit »zu kantianisch«, als sich die »großen« Dualismen zwischen Sein und Sollen, Natur und Kultur, Recht und Moral, zwischen der straff hierarchisierten Innenseite des Rechts und seiner in die imaginierte Grundnorm verdrängten Außenseite wie ein Webfaden durch all ihre konzeptionellen Emanationen ziehen. Wenn die Theoriegeschichte des 20. Jahrhunderts eines gezeigt haben dürfte, dann dies: Keine dieser »großen« Trennungen lässt sich durchhalten, und wo sie als epistemische oder praktische Dogmen verabsolutiert werden, richten sie mehr Schaden als Nutzen an.¹⁷ Warum sollte es etwa so sein müssen, dass Rechtsordnungen ihre Geltung nur in der hierarchisch strukturierten Form eines »Stufenbaus« beglaubigen können? Aus dem Blick gerät dadurch der *Nomos* der kulturellen Ordnungen, ohne den das Recht nicht wie ein Fisch im normativen Wasser schwimmen könnte,¹⁸ die Horizontalität rechtspluralistischen Denkens und ganz generell die Möglichkeit eines nichthierarchischen, nicht-obrigkeitlichen, nicht-imperialistischen Ver-

15 MUSIL (Fn. 3), 150.

16 Grundlegend zur Unterscheidung zwischen »Rechtsnorm« und »Rechtssatz« bereits Eugen Ehrlich in seiner erstmals 1913 erschienenen »Grundlegung der Soziologie des Rechts«; vgl. EUGEN EHRLICH, Grundlegung der Soziologie des Rechts, 5. Aufl., Berlin 2022, 61. In seinem polemischen Verriss der Erstauflage dieses Werks (dazu im rezensierten Band 165 ff.) konnte Kelsen mit der später

von ihm adaptierten Unterscheidung noch nicht viel anfangen: »Eine Differenzierung zwischen »Rechtssatz« und »Rechtsnorm« ist zwar nicht rätlich, kommt aber dennoch vor«; HANS KELSEN, Eine Grundlegung der Rechtssoziologie, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 39 (1914/15) 839–876, 846.

17 Statt aller FABIAN STEINHAEUER, Die Größe der Trennung, in: Unter dem Gesetz. Zettelkasten, Schaufenster

und Schirm, <https://fabiansteinhauer.tumblr.com>, dort zu finden durch Eingabe der Suchtermini »Größe der Trennung« und scrollen bis zum Ende der Seite (abgerufen 15.04.2023).

18 Grundlegend ROBERT M. COVER, The Supreme Court 1982 Term. Foreword: Nomos and Narrative, in: Harvard Law Review 97 (1983) 4–68.

ständnisses von Recht, Staat, Völkerrecht und Zwischenstaatlichkeit.¹⁹ Warum soll andererseits die Geltung einer unäquivok etatistischen Rechtsordnung mit ihrer sehr realen Zwangsgewalt am Nadelöhr einer imaginierten »Grundnorm« hängen, nur damit zwischen Recht und Realität um der Reinheit der Theorie willen keine Befleckung entstehe? So könnte man lange fortfahren. Es genügt festzuhalten, dass gerade letzteres der rechtsrealistisch imprägnierten amerikanischen Rechtstheorie nicht vermittelbar war – im Gegensatz zur Lehre H. L. A. Harts, die derlei Umstände vermeidet.²⁰

Nun sei Olechowskis großes Werk gerade um solcher Einsichten willen allen Lesern ans Herz gelegt, die sich für Rechtstheorie, Rechtsgeschichte und politische Geschichte des 20. Jahrhunderts interessieren – die »unreine« Untrennbarkeit aller drei Arenen lässt sich an Kelsens Leben und Werk exemplarisch studieren. Was kann uns Kelsen heute noch sein? 1939 verfasste W. H. Auden anlässlich des Todes von Sigmund Freud einen poetischen Nachruf, in dem er den verstorbenen Schöpfer der Psychoanalyse nicht als Person, sondern als »Mei-

nungsklima« würdigte, das sich längst vom Individuum gelöst hatte und buchstäblich zu einer Lebensbedingung der Nachgeborenen geworden war wie das Wetter, über dessen Diktat zu schimpfen bekanntlich auch ganz sinnlos ist:

»If some traces of the autocratic pose,
the paternal strictness he distrusted, still
clung to his utterance and features,
it was a protective coloration
for one who'd lived among enemies so long:
if often he was wrong and, at times, absurd,
to us he is no more a person
now but a whole climate of opinion
under whom we conduct our different lives:
Like weather he can only hinder or help«²¹

Kelsen, der Freud den wesentlich größeren Ruhm nicht gönnte (370),²² hätte dies vermutlich nicht als Kompliment empfunden. Es ist aber eines, das zum 20. Jahrhundert passt.



19 Grundlegend ANDREAS ENGELMANN, Rechtsgeltung als institutionelles Projekt. Zur kulturellen Verortung eines rechtswissenschaftlichen Begriffs, Weilerswist 2020, 43–53.

20 H. L. A. Hart hat keinerlei Probleme damit, für die Gesamtgeltung der Rechtsordnung auf die Akzeptanz durch die Rechtsunterworfenen und damit auf ein faktisches Geltungskriterium abzustellen; vgl. H. L. A. HART, *The Concept of Law*, 2. Aufl., Oxford 1994, 116 f.

21 W. H. AUDEN, In Memory of Sigmund Freud, 1939, in: DERS., *Collected Poems*, ed. by EDWARD MENDELSON, New York 1991, 273–276, 275 (Strophenform weggelassen); vgl. auch MAYER (Fn. 13), 68.

22 Kelsen über Freud 1953, zitiert im rezensierten Band (370): »Der Freud war ja nicht Professor, Freud war ja Privatdozent. Er hatte nur später den Titel eines Professors bekommen, und das ist in akademischen Kreisen

ein himmelweiter Unterschied zwischen einem Professor und einem nur mit dem Titel bekleideten Privatdozent.«

Matthew H. Kramer

Hohfeld and Some Missed Opportunities*

Although this book contains some commendable essays, the volume overall misses opportunities for greater engagement between legal theory and other areas of philosophy. Notwithstanding that the American legal philosopher Wesley Hohfeld died at the age of 39 in 1918 and was therefore able to publish only a small body of work, his schema of legal positions (entitlements and their correlates) has been immensely influential not only in legal theory but also in moral and political philosophy and even in logic and computing science. Thus, a proper celebration of his work more than a century after his death would have brought together philosophers and legal theorists in roughly equal proportions with the aim of encouraging synergistic interaction between the members of those two broad groups. In that respect, the volume under review largely falls short. It is predominantly a collection of essays written by law professors (mostly American law professors) for law professors. To be sure, four of the eighteen chapters – or twenty-one chapters, if the initial three substantive portions of the volume are counted – are assigned to a part entitled »Philosophy of Jural Relations«. Moreover, several of the other chapters are written by scholars who are philosophically quite sophisticated. Nevertheless, a clear majority of the essays in the collection are addressed to issues that are of interest primarily to legal scholars. Most of those essays engage very little if at all with the philosophical literature on Hohfeld's analysis of legal positions. Of course, my complaint here is not that the issues of interest primarily to legal scholars are tackled prominently and sustainedly in a volume that pays tribute to the work of Hohfeld. Those issues are of great intrinsic interest and are important for philosophers as well as for legal scholars, and they were certainly central to Hohfeld's concerns. My complaint instead is about the lop-sidedness of the collection. I fear that the book may incline some legal scholars – and

perhaps some philosophers as well – to neglect the philosophical profundity of Hohfeld's analytical framework and the philosophical complexities of it that have yet to be investigated adequately.

Indeed, even in the short opening essay in the »Philosophy of Jural Relations« section, the inattentiveness to the philosophical literature on Hohfeld is striking. Frederick Schauer there ignores that literature altogether, as his only gesture toward the commentaries on Hohfeld is a handful of citations to lawyerly treatments of Hohfeld's work from the mid-1960s or earlier. Particularly startling is that one of the very few publications on Hohfeld cited in Schauer's essay is a 1963 *Minnesota Law Review* article by Roy Stone, one of the worst such publications ever to appear.

In this short review, I have space to engage with only one essay in the collection. I will concentrate on a piece in tort-law theory that is written by two of the philosophically knowledgeable contributors to the volume: John Goldberg and Benjamin Zipursky. Goldberg and Zipursky strongly support the proposition that no one is ever legally entitled to a legal remedy without having held a relevant legal claim-right that has been contravened. I too have argued sustainedly elsewhere in favor of that proposition, which I have designated as the »No Wrongs Without Claim-Rights Proposition«. Moreover, I concur with Goldberg and Zipursky that it is a substantive principle rather than a logical tenet, and I further agree with them that it is not a corollary of Hohfeld's schema of jural relations even though it is very smoothly consistent with that schema. However, Goldberg and Zipursky go astray by purporting to come up with a judgment from the Anglo-American law of negligence that deviates from the No Wrongs Without Claim-Rights Proposition. They condemn the reasoning by the California Supreme Court in the 1968 case of *Rowland v Christian*, as they declare that »the Court in *Rowland* scrapped entirely the

* SHYAMKRISHNA BALGANESH, TED SICHELMAN, HENRY SMITH (eds.), *Wesley Hohfeld a Century Later*, Cambridge: Cambridge University Press 2022, XX + 532 p., ISBN 978-1-107-19288-1

idea that the power to obtain damages, in tort, is predicated on the plaintiff having a claim right [vis-à-vis] the defendant, and the defendant owing a relational duty to the plaintiff» (380). In *Rowland*, so Goldberg and Zipursky assert, »the power to recover damages is detached from claim rights and corresponding duties« (383). Such contentions by Goldberg and Zipursky are unsustainable, for the California Supreme Court in fact affirmed that a legal duty of care is owed by a proprietor or an occupier to anyone who might enter the proprietor's or occupier's premises. Far from suggesting that no legal duty of care is owed, the Court averred that such a duty is owed to *everyone* on the premises; the owing of the duty of care to someone is not dependent on his or her status as a licensee or an invitee rather than a trespasser. Hence, the judgment of the Court is fully consistent with the No Wrongs Without Claim-Rights Proposition, and indeed the judgment takes that proposition for granted. Goldberg and Zipursky have gone amiss on this matter because they incorrectly think that the duty of care articulated by the Court is non-relational. They write that the Court »rejected the idea that tort law contains rules that specify relational duties of conduct and corresponding rights. Instead, [the Court] deemed tort law's primary or substantive duties to be nonrelational – to be owed »to the world« (380). Goldberg and Zipursky are doubly in error when they suggest that the legal duties of care incumbent on proprietors and occupiers in California are non-relational. In the first place, those duties of care can be explicated in line with Hohfeld's analysis of duties owed »to the world«. According to his analysis, applied to this context, every legal duty of care borne by a proprietor or an occupier in California is owed in tandem with an indefinitely expansive array of cognate legal duties of care also borne by that proprietor or occupier. Each of those

parallel duties of care is correlated with a claim-right held by a party to whom each duty is respectively owed. In short, each such duty is relational rather than non-relational. Furthermore, such a conclusion is also warranted by my alternative explication of duties owed »to the world« that has been presented in my book *Rights and Right-Holding*. As I there recount, any such duty is owed through distributive universal quantification to every one of an indefinitely expansive array of parties. In other words, a proposition that ascribes such a duty to some party P contains a logical quantifier that picks out everybody else in the relevant jurisdiction as a holder of a claim-right correlative to that duty. To each one of those parties the specified duty is separately owed, for a proposition ascribing a claim-right to each party is entailed by the proposition that ascribes the duty to P. Hence, both under Hohfeld's account of legal duties owed »to the world« and under my account thereof, every duty of care in California is relational rather than non-relational. Goldberg and Zipursky stumble when they declare otherwise, and they therefore stumble further when they contend that the California Supreme Court in *Rowland v Christian* abandoned the No Wrongs Without Claim-Rights Proposition.¹ Contrary to what they suggest, the Anglo-American law of negligence has always been firmly in accordance with that proposition.

Despite my reservations in the opening paragraph of this quick review, I recommend *Wesley Hohfeld a Century Later* to moral and political and legal philosophers (as well as to legal theorists and historians). Philosophers will find much of value on which to ruminate in the volume, even though it could profitably have addressed more of the matters that are especially of interest to them.



1 Of course, nothing said here is an endorsement of the Court's obliteration of the distinction between trespassers and visitors. Like Goldberg and Zipursky, I view with dismay the Court's effacement of that distinction.

Sara Dezalay

Capitalizing on International Law's Fragmentation*

The boom of investment arbitration since the early 2000s has fueled a challenge against a form of international dispute settlement perceived as biased in favor of corporate interests because it is orchestrated by private actors – arbitrators – away from democratic scrutiny and is increasingly used to prevent governments from adopting legislation to address emergencies, including climate change.

To the pervasive claim that international law must provide a response to emerging problems – with investment arbitration seen to foster the growth of foreign investment while evading the political and economic costs of corruption and weak institutions in the Global South – Kathryn Greenman's *State Responsibility. The History and Legacy of Protecting Investment Against Revolution* (2021) responds with the twist of historical legacy. As she reminds us, *AAPL v. Sri Lanka* (1991) is best known for opening the floodgates to treaty-based investor-state arbitration. Yet the substance of the award exposes the puzzle that Greenman's legal-historical study unravels. The *AAPL v. Sri Lanka* decision held the state responsible for the destruction of a foreign investor's property, even though the country was in the midst of a civil war. To reach this decision, the arbitral tribunal relied on several early 20th-century mixed-claims commissions' awards that dealt with state responsibility for damages done by rebels.

Greenman's study is timely, because this case law, produced in the context of the decolonization wave of Latin American territories, has been revived in the aftermath of the Arab Spring. Foremost, Greenman's foray into the contradictory legacy, in the present, of the legal disputes between the recently independent states of Mexico and Venezuela, on the one hand, and Spanish, US, British or French investors, on the other, challenges the path dependency narrative of the post-neoliberal turn, according to which imposing an internationally defined standard of due diligence

to protect foreign business interests fosters the integration of states in the Global South into the world economy.

Greenman argues that defining relations between states and foreign investors as lying outside the scope of sovereign national authority – in other words, the codification of these relations as *private* – is not only the result of the cooptation of the »mafia« of arbitrators¹ by business interests. Rather, approaching state liability for damages incurred by foreign investors as an issue solved with reference to international norms in the framework of arbitration disputes is the *structural* outcome of concurrent political, economic, and legal transformations.

Greenman's monograph, based on her doctoral thesis, is a study of the mixed-claims commissions set up at the turn of the twentieth century – under threat of force by the United States and various European countries – to examine claims for damages incurred by Spanish, US, British or French investors as a result of rebel actions during post-independence revolutionary wars in various Latin American states. Greenman's analysis of the codification attempts of this contradictory case-law in later decades underscores the imperial entanglement between law and politics in the early 20th-century genesis of international dispute settlement mechanisms. It also exposes the inherent characteristic of international law as at the same time a tool of power and a site of resistance as well as »something in its own right that cannot be subsumed under politics« (29).

Greenman's study is thus a powerful demonstration that due to »international law's inherently genealogical nature« (26) – that is, the constant retrieval of the past to justify present obligations – any critique of the current status quo requires historicization. In order to understand which cases from the past are used as precedents by current arbitration panels to justify the regulation of rela-

* KATHRYN GREENMAN, *State Responsibility and Rebels. The History and Legacy of Protecting Investment Against Revolution*, Cambridge: Cambridge University Press 2021, XV + 230 p., ISBN 978-1-316-51729-1

1 See PIA EBERHARDT, CECILIA OLIVET, *Profiting from Injustice. How Law Firms, Arbitrators and Financiers are Fueling an Investment Arbitration Boom*, Brussels / Amsterdam 2012.

tions between states and foreign investors away from national jurisdiction, Greenman's study emphasizes the relevance of examining the socio-political and economic context of this process. This is essential, first, in order to explain the genesis of the mixed-claims commissions at the turn of the 20th century as a system to deal with disputes between states and foreign investors. Second, it underscores that the legacy of these commissions' case-law was the outcome of intense struggles in doctrinal accounts and codification attempts until the mid-20th century.

The mixed-claims commissions emerged in the context of the transition from old colonialism to a new form of economic imperialism in the region. »The United States made a strategic choice for arbitration, imposed by (threats of) force on unfair terms, rather than outright invasion or occupation, to try and oust its European rivals and assert its interests in the region« (8). Thus, the movement for peace through arbitration then promoted by the United States was intimately linked to US capitalist expansion – as much as it was dominated by US establishment lawyers closely associated with business interests – while embracing the country's anti-imperialist stance.

While the newly decolonized countries from Africa and Asia managed to reassert the principle of non-responsibility of the state for injuries to aliens by rebels in the codification operations of the International Law Commission in the 1950s–1960s, their parallel demand for a New International Economic Order recognizing national authority over natural resources and foreign investors failed, because the battle had already shifted to a specialized domain of international law that developed outside of formal codification processes – investment arbitration.

The mixed-claims commissions spurred doctrinal battles within what other authors have described as the »bank of symbolic credit«² of international law in these early years of the institutionalization of the international scene, the *Institut de droit international*. Against the backdrop of a general consensus on the principle of non-responsibil-

ity of the state for damages incurred by foreign investors due to actions by rebels, these struggles revolved around the internationalization of the standard of protection owed to aliens in case of negligence. While the dividing line between US and Latin American scholars in these debates was not absolute, the fact that their battles on the boundaries of due diligence were fought within the framework of the case-law produced by the mixed-claims commissions contributed to reinforcing both investment arbitration as a distinct domain of international law, and due diligence as the exception to non-responsibility that ended up being more important than the rule.

The structural outcome of these systemic and doctrinal struggles was a two-tier system of rules enabling »postcolonial states and imperial powers to be treated differently in similar circumstances, while providing at least a veneer of universality« (71). The conjunction between the setting-up of the mixed-claims commissions and inter-imperial rivalries between various European powers, enabled the United States to assert their growing economic and political power on the international scene. Arbitration could thus serve the purpose of promoting US anti-imperialism while simultaneously fostering the capitalist expansion of US interests in Latin America. Furthermore, capitalizing on the fragmentation of international law suited the US domestic legal practice of reliance on judge-made law and indeed enabled »the universalization of the US way of doing things« (119).

A Lecturer in Law at the University of Technology in Sydney, Greenman is a legal historian, not a sociologist, but her study is of acute interest to both legal scholars and the emerging body of political science scholarship on the social and professional variables that structure international law as a professional market. Greenman's study provides a welcome prequel to sociological accounts of the boom of international arbitration from the 1970s oil crises³ onwards and the subsequent predominance of the model of the Wall Street multinational corporate law firm as a vehicle

2 GUILLAUME SACRISTE, ANTOINE VAUCHEZ, *The Force of International Law: Lawyers' Diplomacy on the International Scene in the 1920s*, in: *Law & Social Inquiry* 32,1 (2007), 83–107.

3 See YVES DEZALAY, BRYANT G. GARTH, *Dealing in Virtue. International Commercial Arbitration and the Construction of a Transnational Legal Order*, Chicago 1996.

of legal globalization.⁴ Greenman's contention that the political and economic context can be distinguished from cultural variables, however, tends to downplay the inherent contradiction of international law as at once a tool of empowerment and of control. This means that there is a symbiosis between cultural, political, and economic variables. For example, it is precisely the multi-positionality – across scholarship, legal practice, business, and diplomacy – of the lawyers involved

in the doctrinal battles examined by Greenman that provided the veneer of universality to legitimize the insulation of business interests from national sovereignty. This gap in her study should be further explored by political sociologists interested in the entanglement between law, politics, and economics that helps explain the structure of the international legal order. ■

Nina Cozzi

Neue Erkenntnisse zur Nichteinhaltung von EU-Recht*

In den letzten Jahren ist ein wachsendes Misstrauen gegenüber der Europäischen Union zu beobachten. Mehrere Staaten, populistischer und nicht-populistischer Orientierungen, haben die eigene Funktion in und Zugehörigkeit zur EU hinterfragt. Insbesondere seit dem Brexit haben verschiedene europäische Länder komplexe rechtliche und institutionelle Gespräche über die zentrale Bedeutung der EU in ihren nationalen Rechtssystemen geführt. In diesem Zusammenhang und innerhalb des allgemeinen akademischen Diskurses zum Europarecht betrifft eine zentrale Diskussion die Nichteinhaltung des EU-Rechts durch ihre Mitgliedsstaaten, d. h. staatliches Verhalten, das nicht mit den Verpflichtungen aus nationalem, internationalem oder EU-Recht übereinstimmt (4).

Zu dem Thema wurde bereits viel veröffentlicht, das 2021 erschienene Buch von Tanja A. Börzel aber bietet einen innovativen Einstieg in die Debatte und stellt die etablierte Herangehensweise an das Thema in Frage. In der Einleitung nimmt Börzel vorweg, dass sie mit ihrem Buch dreierlei zu klären beabsichtigt, nämlich 1. wie das unterschiedliche Verhalten der Mitgliedsstaaten bei der Nichteinhaltung des EU-Rechts zu recht-

fertigen sei, 2. welche Gründe für den seit den 1990er Jahren zu konstatierenden Rückgang der Nichteinhaltung auszumachen seien und 3. welche Unterschiede bei der Nichteinhaltung der Vorschriften in verschiedenen Politikbereichen vorliegen.

Obwohl die Europäische Kommission die Nichtbeachtung von EU-Vorschriften seit mehreren Jahren als »systemisches« und »pathologisches« Problem bezeichnet, legt Börzel im ersten Kapitel des Buches dar, dass es keine Hinweise dafür gebe, dass die Europäische Union ein Problem mit der Befolgung ihrer Vorschriften habe (13).¹ Ausgehend von einer Definition der verschiedenen Formen von Nichteinhaltung und einer äußerst sorgfältigen Analyse der methodischen Herausforderungen, mit denen sich diejenigen konfrontiert sehen, die sie erfassen wollen, stellt die Autorin zunächst die *Berlin Infringement Database* vor, aus der sie im Weiteren die für ihre Analyse herangezogenen Daten schöpft (14–24). Es handelt sich dabei um eine Datenbank mit detaillierten Informationen zu jedem Vertragsverletzungsverfahren, einschließlich der Rechtsgrundlage, der Art des Verstoßes und des erreichten Stadiums für alle 13 367 Einzelfälle, in denen die Kommission zwischen

4 See SARA DEZALAY, *Law Firms and International Adjudication*, in: Max Planck Encyclopedia of International Procedural Law 2021, <https://opil.ouplaw.com/display/10.1093/law-mpeipro/e3489.013.3489/law-mpeipro-e3489> (last visited 7 June 2023)

* TANJA A. BÖRZEL, *Why Noncompliance. The Politics of Law in the European Union*, Ithaca / London: Cornell University Press 2021, XVI + 263 p., ISBN 978-1-5017-5339-8

1 Übersetzungen ins Deutsche hier und im Folgenden von der Rezensentin.

1978 und 2017 einen Verstoß gegen EU-Recht registriert hat (27).

Diesem ersten, eher technischen Kapitel schließen sich das zweite und dritte Kapitel an, die zwei Schwerpunkte von Börzels Forschung behandeln. Im zweiten Kapitel werden drei Faktoren vorgestellt, die die Nichteinhaltung der Vorschriften in den Mitgliedsstaaten auf unterschiedliche Weise beeinflussen: Macht, Fähigkeit und Politisierung (»power, capacity, and politicization«, PCP-Modell, 38–45). Die Autorin macht deutlich, dass diese drei Faktoren je nach analysiertem Mitgliedsstaat individuell gewichtet werden müssen. Die EU-Institutionen sind die einzigen Akteure, die einen Einfluss auf diese drei Variablen haben, ihre Wirkung bei Nichteinhaltung abschwächen und somit eine Analyse der Schwankungen der Verstöße im Laufe der Zeit und im Verhältnis zur politischen Umsetzung ermöglichen. Diese Methode erlaubt es der Autorin, Annahmen darüber zu treffen, welche Mitgliedsstaaten in welchen politischen Sektoren und über welchen Zeitraum am stärksten zur Nichteinhaltung der Vorschriften neigen (55).

Nachdem sie dieses Bild skizziert hat, gibt Börzel im dritten Kapitel die Antwort auf die erste Frage ihres Buches, warum einige Mitgliedsstaaten trotz ihrer langjährigen EU-Mitgliedschaft im Allgemeinen mehr zur Nichteinhaltung des EU-Rechts tendieren als andere. Die sicherlich interessanteste und innovativste Erkenntnis ist, dass je größer die Unterstützung für die EU in einem bestimmten Land ist, desto höher auch die Wahrscheinlichkeit ist, dass dieses Land die Vorschriften nicht einhält. Der Grund dafür liegt in der Analyse der unterschiedlichen Gewichtung der drei Elemente des PCP-Modells, das im Übrigen der Prämisse folgt, dass die Kosten, die von den Mitgliedsstaaten aufgewendet werden müssen, um die Vorschriften einhalten zu können, ausschlaggebend sind für die Einhaltung der EU-Vorschriften: Offenbar ist es wahrscheinlicher, dass Mitglieder gegen EU-Rechtsvorschriften verstoßen, je weniger sie sich gegen diese Kosten wehren können. Darüber hinaus zeigt Börzel weitere interessante Ergebnisse auf: Gerade die euroskeptischen Mitgliedsstaaten halten die EU-Gesetzgebung am meisten ein (87). Das liegt daran, dass diese Länder eher gegen die EU und ihre Politik mobilisieren, was ihren Regierungen die Möglichkeit gibt, für sie vorteilhaftere Gesetze oder Konditionen auszuhandeln. Vor diesem Hintergrund lässt sich besser verstehen, warum Dänemark das Land ist, das das EU-Recht am besten einhält, während

Italien die meisten Verstößen in der gesamten EU begeht (83). Diese Ergebnisse sind insofern innovativ, als sie einige der gängigsten Annahmen in Studien über die Nichteinhaltung von EU-Rechtsvorschriften widerlegen, z. B. dass die ost- und mitteleuropäischen Länder zusammen mit den euroskeptischen Ländern am schlechtesten abschneiden.

Die Politisierung ist der zentrale Faktor um zu verstehen, warum die Nichteinhaltung der Vorschriften, anders als man intuitiv glauben könnte, in den letzten Jahren nicht zugenommen hat, sondern seit Mitte der 1990er Jahre einen rückläufigen Trend aufweist. Im vierten Kapitel des Buches klärt Börzel ihre zweite Frage, indem sie darlegt, dass dieser allmähliche Rückgang vor allem auf zwei miteinander verbundene Faktoren zurückzuführen ist, nämlich Entpolitisierung und Übertragung von Befugnissen. Der Effekt der Entpolitisierung durch die Übertragung an die Kommission reduzierte die Nichteinhaltung des EU-Rechts, weil die Umsetzung des EU-Rechts für die Mitgliedsstaaten dadurch weniger kostenintensiv wurde (137). Im Gegensatz dazu führen neue Richtlinien zu höheren Kosten und damit zu einer häufigeren Nichtbeachtung, da ihre Umsetzung teurer ist als Änderungen oder Modifizierungen der Richtlinien selbst (129). Dies liegt daran, dass neue Rechtsvorschriften eher politisiert werden und ihre Verabschiedung daher nicht an die Kommission delegiert werden kann.

Im letzten Kapitel des Buches schließlich gibt die Autorin eine Antwort auf die dritte Frage, nämlich warum in einigen politischen Sektoren die Vorschriften stärker missachtet werden als in anderen. Sie stellt insbesondere heraus, dass sich die Verstöße gegen das EU-Recht auf wenige Politikbereiche beschränken. Am häufigsten wird gegen die marktkorrigierende Politik verstoßen, weil sie mit höheren Kosten verbunden ist, die eher politisiert werden können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Börzels Band einen wertvollen Beitrag zur Erforschung und Debatte der Nichteinhaltung von EU-Vorschriften leistet. Mit einem bemerkenswert umfangreichen Korpus an Sekundärliteratur und einer Fülle an statistischen Daten gelingt es ihr, eine Reihe etablierter Überzeugungen ins Wanken zu bringen. Damit kann dieses Werk zu einem wegweisenden Maßstab für all diejenigen werden, die bereit sind, den veralteten Ansatz der Non-Compliance-Studien zu hinterfragen. ■

Anna Quadflieg

Drei Dimensionen der Gleichheit im Europarecht*

Giovanni Zaccaroni ist Dozent für Europarecht an der juristischen Fakultät der Universität Mailand-Bicocca und hatte zuvor Forschungs- und Lehraufträge an Forschungseinrichtungen in Malta, Irland und Luxemburg inne. Seine Studie zu Gleichheit und Nichtdiskriminierung in der EU erschien in der Reihe *Elgar Studies on European Law and Policy*, die sich zum Ziel setzt, das Verständnis für Europarecht und europäische Politik zu fördern. Das Buch überrascht durch ein schlankes Format. Auf rund 200 Seiten kommt es mit fünf Kapiteln aus. Neben der Einleitung und den Schlussfolgerungen wird die Arbeit durch drei Analyseeinheiten, »Gleichheit als ein Wert«, »Gleichheit als ein Prinzip« und »Gleichheit als ein Recht«, ¹ strukturiert. Die jeweiligen Unterkapitel auch im Inhaltsverzeichnis anzugeben, hätte den Leser*innen einen besseren Einstieg in die Studie ermöglicht.

»Können wir Gleichheit und Nichtdiskriminierung als grundlegende Elemente der EU-Rechtsordnung betrachten?« (1) Die Forschungsfrage, die Zaccaroni seiner Arbeit voranstellt, hat rhetorischen Charakter. Ziel seiner Studie ist es vielmehr, Gleichheit als einen Wert, ein Prinzip und ein Recht in der europäischen Rechtsordnung zu verorten und ihre Bedeutung sowie Wechselwirkungen aufzuzeigen (1–4). Mit dieser Herangehensweise findet der Autor einen neuen Zugang zu dem bereits aus vielen Perspektiven untersuchten Thema. Eingangs legt Zaccaroni fest, dass er nicht zwischen Gleichheit und Nichtdiskriminierung differenziert, weil er davon ausgeht, dass sie im Europarecht gleichbedeutend verwendet werden. Eine Auseinandersetzung mit dem Beziehungsverhältnis von Gleichheit und Nichtdiskriminierung hätte die Drei-Dimensionen-Analyse gleichwohl stärken können, zumal Zaccaroni später auf das ambivalente Verhältnis eingeht.

Das zweite Kapitel, »Gleichheit als ein Wert« fällt im Vergleich zu den anderen kurz aus. Zaccaroni zeichnet die Unterscheidung von Gleichheit

und substantieller Gleichheit nach. Er differenziert utilitaristische Gleichheit, Wohlfahrtsgleichheit und Ressourcengleichheit einerseits sowie sozialdemokratische und distributive Konzepte der Gleichheit andererseits. Dabei gesteht er ein, dass zwar der europäische Gleichheitsgedanke von verschiedenen Strömungen geformt wurde, dass »es [aber] kein spezifisches Konzept gibt, das das EU-Modell exakt wiedergibt« (16). Doch sei grundsätzlich die Gleichheit als Wert ein leitendes, wenn auch nicht bindendes Motiv für die Gesetzgebung und die Rechtsprechung der Europäischen Gemeinschaft.

Die Abhandlung zu »Gleichheit als ein Wert« wirkt wie ein Auftakt zu Zaccaronis eigentlicher Analyse, der Wechselwirkung von Prinzip und Recht. Obwohl die Studie sich insbesondere der Gleichbehandlung von Frauen und Männern widmet, was historisch gut begründbar ist, behandelt sie die Gleichheit als Wert fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der neueren europäischen Genderpolitik (28–33). Wer erwartet, dass die Studie darauf eingeht, wie sich die Gleichheit als ein Wert, insbesondere in Bezug auf das Verhältnis von Frauen und Männern, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte und so die Auslegung von Gleichheit als Prinzip und als Recht beeinflusste, wird enttäuscht. Indem er auf eine historische Hinführung weitgehend verzichtet, klammert Zaccaroni aus, dass Frauen in der längsten Zeit der Gleichheitsgeschichte nicht einbezogen und Männer zum Maßstab für Gleichheit gemacht wurden. Ebenfalls unberücksichtigt bleibt, dass der EuGH das Prinzip der Gleichheit bereits ab den 1970er Jahren unter neuen Wertevorstellungen ausformte.

Im Kapitel »Gleichheit als ein Prinzip« veranschaulicht Zaccaroni zunächst die weithin anerkannte programmatische Natur von Prinzipien im internationalen Recht (40–54). Diese stellt er den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gegenüber und zeigt so, wie die Rechtsprechung

* GIOVANNI ZACCARONI, *Equality and Non-Discrimination in the EU. The Foundations of the EU Legal Order*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing 2021, 232 S., ISBN 978-1-78990-459-8

1 Übersetzungen aus dem Englischen hier und im Folgenden von der Rezensentin.

dem Prinzip der Gleichheit zu Geltung verhalf. Dabei wird unter anderen der zweite *Defrenne*-Fall vorgestellt, bei dem der EuGH Mitte der 1970er Jahre auf Grundlage von Art. 119 des Vertrags über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWGV), der sich auf gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit bezieht, die sozialen Ziele bekräftigte (67–69). Die Bedeutung von Art. 119 EWGV, der zwar von den Mitgliedstaaten vernachlässigt wurde, aber eben nicht, wie Zaccaroni schreibt, rein programmatischer Natur war, bleibt in diesem Zusammenhang unklar. Vielmehr zeigt Zaccaroni anhand weiterer Diskriminierungstatbestände – Nationalität, Alter, sexuelle Orientierung, »Rasse«, Behinderung und Religionszugehörigkeit –, wie der EuGH das Prinzip der Gleichheit gestärkt hat und an welche Grenzen es stieß (78–105).

Im vierten Kapitel widmet Zaccaroni sich der »Gleichheit als ein Recht«, wie es sich im Rahmen der europäischen Primär- und Sekundärrechtsentwicklung manifestierte. Zaccaroni unterscheidet dabei zwischen Normen, die sich einzelnen Diskriminierungstatbeständen widmen und solchen, die allgemeiner auf Gleichheit abzielen. Die EU sei hinsichtlich der Gleichheit und Nichtdiskriminierung ihrer Zeit voraus gewesen (111). Die Ausführungen zum Wert der Gleichheit reichen allerdings nicht weit genug, die Wechselwirkung der Dimensionen Wert und Recht zu prüfen und zu hinterfragen, wie die ersten Gleichheitsgrundsätze in das europäische Recht einzogen. Unklar bleibt auch, warum die ersten Richtlinien zur Entgeltgleichheit (1975) und zur Gleichbehandlung von erwerbstätigen Frauen und Männern (1976) nur in Fuß-

noten erwähnt werden, waren sie doch der erste Schritt zur rechtlichen Verankerung des Gleichheitsprinzips. Zaccaronis Fokus liegt auf den ab der Jahrtausendwende verabschiedeten Richtlinien sowie der im Jahr 2000 proklamierten *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* und darauf, wie sie die Rechtsprechung des EuGH prägten.

Die Argumentation des Autors kulminiert schließlich in der Feststellung, dass die drei Dimensionen von Gleichheit und Nichtdiskriminierung die wirtschaftliche und die soziale Integration der Europäischen Union vereinen. Insgesamt erweist sich die Studie als anspruchsvoller Diskursbeitrag zur europäischen Rechtsentwicklung, der sich in seiner Komplexität an ein interessiertes Fachpublikum richtet. Dabei hätte eine stärkere historische Perspektive insbesondere das Argument der Wechselwirkung von Gleichheit als ein Wert einerseits und Gleichheit als ein Prinzip sowie Gleichheit als ein Recht andererseits durchaus bekräftigen können. Ein gründliches Lektorat sollte Fehler, wie den Vornamen der Klägerin in einem der berühmtesten Fälle des europäischen Sozialrechts zu verwechseln (67), beheben. Neuheitswert hat die Arbeit vor allem dadurch, dass Zaccaroni die drei Dimensionen der Gleichheit im Europarecht klar benennt und unterscheidet, wo sie andernorts wenig oder gar nicht differenziert betrachtet werden. Vor allem aber setzt er Gleichheit als einen Wert, ein Prinzip und ein Recht zueinander in Bezug und arbeitet so die Interaktion – insbesondere von Prinzip und Recht – heraus. Er strukturiert damit den Blick, den wir auf den Platz und die Bedeutung von Gleichheit im Europarecht haben, neu. ■

Victoria Hooton

Three Cheers to Interdisciplinary Research of European Union Law*

The seminal *Cassis de Dijon* judgment from the European Court of Justice (ECJ) is notorious among European Union (EU) scholars and students. The judgment introduced the concepts of

mutual recognition (acceptance of goods lawfully marketed in another Member State regardless of compliance with rules in the importing state) and mandatory requirements (public interest justifica-

* ALBERTINA ALBORS-LLORENS, CATHERINE BARNARD, BRIGITTE LEUCHT (eds.), *Cassis de Dijon*:

40 Years On, Oxford: Hart 2021, VII + 290 p., ISBN: 978-1-5099-3663-2

tions for trade barriers) to European Community (EC) law. In their interdisciplinary volume, Albors-Llorens, Barnard, and Leucht not only dive into the background of the judgment – shedding new light on the complex web of context in which it is situated – but also consider the long-lasting impacts of *Cassis*, and what scholars of the EU can learn from the judgment and its scholarship today.

Schütze opens Part 1, on the making of the *Cassis* judgment, by dissecting the prevailing view that *Cassis* was a case made to temper the revolutionary approach of the ECJ in *Dassonville*. According to contemporary scholarship, in the earlier decision the Court had abandoned the international trade framework used by the General Agreement on Tariffs and Trade for a more comprehensive model, forbidding all restrictions on trade. Schütze provides an overview of select cases under Article 34 and Article 35, in the period between *Dassonville* and *Cassis*. This doctrinal work challenges the current understanding of case law development by demonstrating that at no point was the ECJ in danger of abandoning international trade law principles in favour of a more radical approach to the European market.

In Chapter 3, Catherine Barnard investigates the roots of the introduction of mandatory requirements and the principle of mutual recognition in *Cassis*. By undertaking ‘legal archaeology’ to contextualise the judgment as a fragment of a longer history, she concludes that the introduction of these concepts was not as surprising as scholarship may first have considered. Drawing on earlier cases and the experiences of the judicial panel ruling on *Cassis*, the arguments made by the claimants, the Advocate General opinion, and the communication of the Commission, she is able to determine the planting of the seeds that turned into the ‘revolutionary’ creation of the principles in *Cassis*.

In Chapter 4, Leucht concludes Part 1 of the book using archival material from the Commission and the German Government to understand the background of the Commission’s communication that utilised *Cassis* as a catalyst for the single market project. She demonstrates how the Commission had the right personalities, both in the Legal Service and the Directorate General III (internal market division), to prepare it for the potential of the case to expedite market integration. She tracks the developments of the Commission communication on the legal implications of *Cassis*, as constructed by these actors, starting from quar-

antining the judgment to the scope of alcohol contents law to suggesting a general approach to free movement of goods via the mutual recognition principle. Leucht contextualises this development within the specific moment in history for the Commission and the European Parliament.

Govaere opens Part 2 of the book, on the discussions regarding the impact of *Cassis*, by considering the unintended outcomes of the judgment. Several areas of influence are unpacked. First, how *Cassis* shifted the regulatory choices of the EC institutions, as positive harmonisation began to revolve around barriers to free movement in areas not already managed by mutual recognition. Second, how this influenced the delimitation of competences in the EC, as areas considered to be tricky to overcome with mutual recognition (i. e. matters concerning public health, or environmental protection) were ultimately also accepted as areas of EC concern. Finally, Govaere establishes that *Cassis* affected national legislators, due to the ECJ requiring the inclusion of the mutual recognition principle in legislation regulating production, unless some higher objective was to be obtained by the legislation.

In Chapter 6, Weatherill considers the actual impact of *Cassis* on free movement of goods law. Although the *Cassis* principle of mutual recognition is often seen as an alternative to harmonisation in EU law, this chapter challenges this. The fact that Crème de Cassis and other blackcurrant-flavoured liqueurs are now regulated at the EU level gives some insight into the utility of mutual recognition as a tool for market management. Weatherill suggests that the principle may be a trigger for harmonisation, as the elegance and nuance of balancing it with the mandatory requirements doctrine does not allow for the same level of certainty as harmonised regulation. He notes that even the Commission’s view on *Cassis* shifted from one of excitement and potential to one of uncertainty.

The impact of *Cassis* on competition law is unpacked by Albors-Llorens in Chapter 7. Whilst recognising the potential for false parallels to be drawn between free movement of goods law and competition law, she notes the comparable developments between the two distinct legal regimes after *Cassis*. She argues that there was a shift from form-based considerations to effect-based considerations in competition law that seemed to mirror the *Cassis* way of handling disputes, albeit with different outcomes for the breadth of competition

law. She also highlights the recognition of public interest considerations, and of objective justifications, in particular facets of competition law. Whilst these developments must be contextualised in the specific regime of competition law, they undeniably have some resonance with *Cassis*.

Oliver reflects upon his time in the Commission's Legal Service in his opening of Chapter 8 on the »outstanding conundrums« of mutual recognition. He notes that, even after more than forty years of application and interpretation, there are still questions left unanswered about the nature of the principle. Oliver uses hypothetical scenarios to demonstrate the difficulty of concretely defining when products are »lawfully produced and marketed in another Member State«, and to demonstrate how goods produced in third countries interact with the mutual recognition principle. Lastly, he summarises the current situation regarding the absence of mutual recognition in matters relating to public morality, and theorises about the potential of a breakdown of mutual recognition between Member States.

In Chapter 9, Baur reflects on the overlooked impact of *Cassis* on the EFTA states. Specifically, he highlights the impact of the judgment in Switzerland, where mutual recognition was adopted autonomously in internal and external trade law. Internally, *Cassis* principles are used to govern the movement of goods, services and workers through the cantons. Externally, federal law adopts the principle of mutual recognition, with some caveats and exceptions, for products lawfully sold in the EEA. The adoption of these forms of the *Cassis* principles have a Swiss flavour, but go some way to highlighting the reach of the judgment.

The development of Mutual Recognition Agreements (MRA) on product safety in recent decades is

the subject of Chapter 10. Leinarte and Barnard discuss the types of MRAs in circulation, the incentives for them, and challenges and techniques for implementing them. They note that there are economic, technical, and political benefits to MRAs, but that institutional differences and regulatory divergences make it difficult to build the foundation of trust necessary for a successful MRA. Despite these challenges, the authors find trust-building techniques in existing MRA negotiations, which might allow for a more fruitful framework for the negotiation of MRAs in the future.

Finally, this volume concludes with Alter's chapter on the lessons learned from *Cassis* in Part 3. She challenges some of the narratives presented in the book as being conspicuously neat and tidy, stating that it is unlikely there was any »grand master plan« of integration that led to *Cassis* being decided the way it was, but more likely several individual actors »moving the ball forward« on their own where possible. Alter finishes the volume with a call for scholarship to extend contextualisation of European integration history even further, beyond the bubble of the Community (or Union) and towards a more global understanding of the shaping of European integration.

Overall, this is an important contribution to scholarship on the history, nature, and impact of *Cassis* across the EU law framework and beyond, and evidences the value of interdisciplinary research for furthering our understanding of EU law and integration. It will be of interest to those working on European integration more broadly, but also to scholars wishing to embark upon legal-historical research of the internal market, as well as those seeking to understand other seminal judgments from a multi-contextual dimension. ■

Jan-Henrik Meyer

European Union Constitution Making and the Media. Lessons from Maastricht*

The Maastricht Treaty, the so-called Treaty on European Union, marks a turning point in the history of European integration. Maastricht transformed the European Communities (EC) into the more aspiring European Union (EU). It paved the way for the Euro single currency, formalised, with its three-pillar structure, the internal and external policies of the new Union, and introduced important institutional reforms, including the stronger role of the European Parliament in decision-making. Maastricht started a period of treaty reforms in the 1990s and early 2000s that further adjusted and attempted to democratise decision-making, not least in order to include new member states from behind what used to be the Iron Curtain.

Negotiated in 1991, the Maastricht Treaty only entered into force in 1993, after many difficulties during ratification – with an almost failed referendum in France, and a failed referendum in Denmark – that led to a number of Danish opt-outs. This apparent lack of popular support for more ambitious attempts at European integration triggered a debate among scholars and in the broader public sphere about the »democratic deficit« of the EU. The EU appeared to act out of sync with its citizens, seemed aloof and lacked accountability, notably since the European Parliament's powers continued to be limited until the Lisbon Treaty of 2009.

In the debate about the democratic deficit, the apparent lack of a European public sphere loomed large. The absence of a European public sphere – necessary to form public opinion and to hold authorities to account – fundamentally challenged the legitimacy of the EU, and implied that European democracy was impossible.

Lawyers and law journals played a prominent role in this interdisciplinary debate. The incum-

bent German constitutional judge Dieter Grimm – writing in the then relatively new *European Law Journal* in 1995 – questioned the possibility of a European public sphere. In the absence of a common language and a common culture, this seemed quite obvious to him. Such apparently essentialist claims challenged philosopher Jürgen Habermas to propose a new definition of a European public sphere. He argued that a European public sphere was able to arise and exist across language and cultural divides. The only thing that was necessary was a synchronous debate on common issues of the same relevance.

Habermas' definition marked the starting point of a whole series of studies in the 2000s and 2010s by media scholars, social scientists and historians (including the reviewer's PhD research), since it allowed looking beyond national media systems. A first wave of European public sphere research in the 2000s had attempted to demonstrate the »existence« of a European public sphere, uncover its characteristics and structural features.

Manuel Müller's new book »A Failed Moment of Constitutionalisation. The Treaty of Maastricht and the European Public Sphere 1988–1991« is part of a second wave of this research. This second wave was rather devoted to providing explanations for the structural features and the notable deficits that, according to most researchers, characterised the European public sphere.

Müller's book – based on the PhD thesis in history he defended in Berlin in 2019 – tries to explain an important structural trait of the European public sphere. Why is it that in the debate about EU politics in the European public sphere national perspectives dominate over those party-political alignments that usually shape domestic debates? Why do the media tend to present Euro-

* MANUEL MÜLLER, Ein verpasster Verfassungsmoment. Der Vertrag von Maastricht und die europäische Öffentlichkeit (1988–1991) (Europäische Schriften 99), Baden-Baden: Nomos 2021, 796 p., ISBN 978-3-8487-6514-0

pean affairs as zero-sum battles between the member states rather than as common projects to be assessed in terms of political cleavages?

In order to explain this apparent discrepancy Müller draws on theories of news values. These – largely internalised and tacit – criteria of relevance that journalists apply when writing their stories privilege national governments and conflicts between them in the process of news selection and the framing of news stories. Müller argues that a discrepancy exists between the ambition and rhetoric of making a European constitution – which surrounded Maastricht and subsequent treaty reforms, including the failed constitution of 2005 – and the political process of intergovernmental negotiations that treaty reforms involve. This discrepancy impacted the news values journalists and observers applied and thus militated against the project of constitution-making itself. What should have looked like a process towards the joint enterprise of a European constitution instead looked like intergovernmental wrangling and petty politics in the media.

According to Müller, Maastricht is not simply the beginning of the debate about the European public sphere. He is a self-declared »European federalist« and maintains a very successful and insightful blog on up-to-date issues of European integration from a Euro-federalist perspective. From this point of departure, choosing Maastricht and the analysis of the (deficient) media debates around Maastricht in a case study about the European public sphere is almost self-evident. Maastricht was indeed the event in the history of European integration that various contemporary observers – many of them indeed federalists – had hoped to turn into a »constitutional moment«. Even those more sceptical of European federalism would hardly question the importance of the event in the history of European integration and European history more generally. Müller's book thus provides at the same time an important historical account on Maastricht as an event – from the perspective of German, French and British media.

The book is divided into four parts. In the first part, Müller engages with the very broad interdisciplinary conceptual literature on European integration, legitimacy and the public sphere as well as on the role of Maastricht in the process of constitutionalisation. Based on all this, he presents the core puzzle and his explanation: he argues that the setup of the intergovernmental political process

created framings in the media that militated against the goals of constitutionalisation. Part II provides a comprehensive historical overview of the contexts, events and plans that led to Maastricht, and what happened at the December 1991 summit in the Netherlands.

Part III is the main part of the book. It offers a comprehensive qualitative analysis of the debates in the »politics« and »opinion« sections of six major quality newspapers, representing centre-left and centre-right perspectives: *Süddeutsche Zeitung* and *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Le Monde* and *Le Figaro*, and *The Guardian* and *The Times*. Here, Müller follows a standard selection of sources, similarly used by other researchers. By analysing the debate from 1988 until 1991, he covers ample ground and offers a very comprehensive examination not only of the event but also the path that led to it. Müller limited himself to solely qualitative analyses. This makes a lot of sense given that his approach systematically distinguished between those parts of the debate that focused on the European negotiations and those that dealt with national politics and policies on European affairs. Elements of both can probably be found in one and the same article, which defies the logic of counting articles. In his text, however, Müller makes remarks that relate to quantities, for instance, about the frequency of certain topics being discussed. Hence, the total absence of any numbers, counts, tables and graphs is surprising – even more so given the large number of articles analysed. Conceivably, some quantitative evaluations would have provided orientation and new insights, despite the various methodological challenges any such analysis would pose.

A fourth part discusses the new policies that the Maastricht Treaty was going to introduce as well as the implications for the legitimacy of the European Union, i.e. strengthening the European Parliament, abandoning the national veto and introducing EU citizenship. Also in this section, Müller observes the predominance of framings that present EU politics as battles between the member states rather than focusing on policies as joint projects. Müller's conclusions largely summarise his main points and very persuasive argument. This section could have benefitted from further discussion of the implications of his findings for wider literatures, such as recent debates on Euroscepticism or Brexit. This will be left to the readers to think about.

Müller's book offers important new insights on the logics at work in the European public sphere. It is a treasure trove regarding the events and debates around Maastricht – an event that took place just 30 years ago, but which increasingly feels like ancient history. However, from the historian's perspective, in which archival sources are first made available after a 30-year period, this is very up to date. Müller's accessibly written book clearly

deserves the attention not only of legal and political historians dealing with Maastricht now and in the future, but also those interested in the European public sphere, a literature that has received less attention recently, except for the debate about populism. The book is accessible via open-access, which should certainly help in this respect.



Shlomi Balaban

Taking the Ambivalent Road*

Rotem Giladi is a professor of law at Roehampton Law School and a former practitioner of international law. His book *Jews, Sovereignty, and International Law. Ideology and Ambivalence in Early Israeli Legal Diplomacy* is profound and innovative from several perspectives.

Giladi's book can be included in an impressive group of studies published in recent years that dealt with the influence of Jewish jurists on the evolution of international law. This literature has been published by internationally leading scholars. And yet Giladi's book is a true contribution to the field. For instance, unlike other scholars in the field, Giladi does not conclude his research in 1948, the year of Israel's establishment. Rather, he takes a further step forward in time to inquire into the influence of the establishment of the state of Israel as the Jewish state, and explores how Israeli jurists of the newly established Ministry of Foreign Affairs (MFA) approached international law.

The book examines on a time period of five years. Instead of beginning with the establishment of Israel in 1948, it takes 1949 as its starting point, when Israel was admitted to the UN as a state. It ends around 1954, a time when, as Giladi states, the case studies examined were no longer dealt with by his book's »main characters«.

The author focuses on two legal jurists that were part of the group of the Israeli Ministry of Foreign Affairs' »founding fathers«, but whose gravitas and influence on Israel's foreign policy were exceptional even among these. According to Giladi, these two jurists were »the engines of Israel's early international law diplomacy«. They were the London-born Shabtai Rosenne (born Sefton Wilfred David Rowson, 1917–2010), Israel's first foreign ministry legal advisor, and Jacob Robinson (born Jokubas Robinzonas, 1889–1977), Israel's first legal advisor to its UN Mission. Giladi credits Rosenne and Robinson with having made a pivotal contribution to shaping the newly established state's approach to and practice of international law.

Giladi's book focuses on three case studies: the right of petition to international organisations, the 1948 Genocide Convention and the 1951 Refugee Convention. All case studies were relevant Israeli interests and engaged Jewish scholars both in the pre-state and the pre-sovereignty eras. Giladi's analysis is therefore critical to the examination of the changing or continuing attitudes of the MFA legal jurists towards the three aforementioned examples and towards international law in general – if indeed such a change occurred – in the sovereign phase. These case studies uncover ten-

* ROTEM GILADI, *Jews, Sovereignty, and International Law. Ideology and Ambivalence in Early Israeli Legal Diplomacy*, Oxford: Oxford University Press 2021, XIV + 338 p., ISBN 978-0-19-885739-6

sions between the »Zionist Creed«, as Giladi calls it, and the Diaspora and between different approaches towards Zionism.

Giladi's main conclusion is that the »Israeli« approach to international law changed after 1949 in comparison to that of the pre-state era by becoming more ambivalent. Throughout the book, Giladi traces early signs of that change, which appeared already in the pre-state era. He shows that Zionism and the sovereignty perception became more of a factor in the way international law was perceived and handled by the MFA and the state of Israel in its early years. Throughout this fascinating discussion, several prominent jurists make a »guest appearance«, mostly Jewish international law jurists who did not immigrate to Israel, such as Raphael Lemkin or Hersch Lauterpacht.

Chapter 1 lays the groundwork for the subsequent in-depth analysis by outlining the pre-state era and Zionist or Jewish dealings with international law.

The tension that arose between Lauterpacht and the »Israeli approach« concerning the individual right of petition demonstrates the complexity between the pre-sovereign attitude to the »Israeli approach« (chapters 2 and 3). The focus in these chapters lies on the approach to the right of individual petition. Here lay the tension between the Zionist ideology, as conceived by Rosenne and Robinson, and Lauterpacht's approach. The question whether Jewish organisations, rather than Israeli citizens, would be allowed the right of petition to international organizations is a crucial example of Giladi's argument. It shows both how the transition to a nation state influenced the way in which Rosenne and Robinson operated as state representatives and the fact that Israel becoming a state influenced its approach towards international law.

Chapter 4, dealing with the Genocide Convention in its various phases, might be the most convincing chapter regarding Robinson and Rosenne's ambivalence towards international law. The following chapter discusses the tension between Robinson and Rosenne's approach towards the Genocide convention and Raphael Lemkin's position. Robinson and Rosenne's objections to various elements of the convention was based on their Zionist ideology, but they were also an expression of their own personal past experience in the pre-sovereignty era.

In chapters 6 and 7, Giladi discusses the Refugee convention. Chapter 6 focuses on Robinson's role

in the drafting process of the Refugee convention, while in chapter 7 Giladi reveals the lack of agreement between Robinson and Rosenne and their different approaches to the convention.

The last part of the book is an epilogue. In it, Giladi examines his decision to focus on Robinson and Rosenne and wonders if they were representative of the MFA at its early days. He returns to the point that both of them were highly influenced by Zionist ideology which manifested in foreign policy questions.

In conclusion, Giladi's study offers a compelling perspective on the significance of the historical transition to sovereignty. I hope it will stimulate discussion of how the transformation to sovereignty affected the different branches of law. After all, Robinson and Rosenne's colleagues and peers at the Ministry of Justice, for example, were highly influenced by their German orientation, both personally and professionally. That German influence could be also elaborated regarding other branches of government, like the Supreme Court's judges, a topic that has been researched but might need a reassessment.

Giladi's study is an important contribution to the existing literature of international law, international relations, history and political science. As every great work it leaves us with further questions. For example, how did the ambivalent approach change with Rosenne and Robinson's »heirs«, who were Israeli-born and »raised« on the ethos of the MFA jurists' legacy? Giladi touches on this question in the epilogue, and I hope he will further elaborate on that issue.

In 1998, UN Secretary General Kofi Annan visited Israel and the Knesset. Aware of Israel's skeptical stance towards the UN as captured in the dismissive expression »Um-Shmum« of Israel's founding father, David Ben Gurion – made up of the Hebrew abbreviation of the United Nations, UM, and *shmum*, slang for »nothing« – Annan said: »Without the UM, we will all have *klum*« – meaning that without the UN, we will all have nothing. In my eyes, this reflection by a non-Israeli of the Israeli attitude towards the UN in many ways illustrates Giladi's claim concerning Israel's complex and ambivalent approach towards international law, which could, at times, be indifferent, dismissive or hostile.



Fabian Steinhauer

Voraussetzungen*

1. Der im Frühjahr 2023 verstorbene Jurist Pierre Legendre schrieb Anfang der 80er einen Text, den er *L'Empire de la Vérité* nannte. Was dort zur Wahrheit gehörte, konnte die Herrschaft oder die Befehlsgewalt, es konnte eine historische Phase oder auch der Stil französischer Möbel sein: das Empire, eine nicht nur in Frankreich vielschichtige, dabei (nur) teilweise empirische Angelegenheit. Legendre interessierte sich für die Dogmatik so einer Angelegenheit, also für dasjenige, was auch Recht ist und was bis heute auch einen Teil des Stolzes der deutschen Rechtswissenschaft ausmacht.

Insofern mag kurz überrascht und etwas Verstehensgeduld verlangt haben, worauf er zu sprechen kam. Legendre schrieb nämlich über Räume, Recht und Gesetz und sprach insoweit vom dogmatischen Raum. Er erinnerte daran, dass Dogmatik auch eine Technik sei, etwas (er-)scheinen zu lassen, sei es wahr, gut oder schön. Damit nicht genug. Er schrieb, dass man in der Kirche Saint Sulpice in Paris und im Jaroslovskij Bahnhof in Moskau eine Menschheit finden würde, die wartet. Die Kirche und der Bahnhof, aber auch das Gericht oder das Parlament: Legendre schrieb über Institutionen, verstand sie erstens und schlauerweise aber nicht darüber, dass sie gegeben seien. Institution, so legte das Legendre nahe, sei dasjenige, was (er-)warten ließe. Institutionen lassen einerseits eine Zeit durchhalten, also eher schlicht warten, oder sie lassen Zukunft einholen, also erwarten. Zweitens verstand er die Institutionen über ihre Möbel und sagte, dass die Bänke und Sessel wichtiger seien als diejenigen, die auf ihnen sitzen. Dann übertrieb er etwas, erklärte nämlich, dass die Stühle darum wichtiger seien, weil in Strukturen zähle, was unsterblich sei. Aber immerhin lenkte er damit in Anknüpfung an Kantorowicz' Studien zum doppelten Körper des Königs die Aufmerksamkeit auf einen sonst eher übersehenen Teil dessen, was Böckenförde eine Voraussetzung nannte und im Alltag ein Sitz ist. Voraussetzung,

die Stühle und Stühle, die Voraussetzungen sind: So ein voraussetzendes Bündel verknüpft das hohe Reich der Ideale mit den konkreten niederen Bedingungen des Alltags, bringt Abstraktion und Einfühlung, Sinn und Sinnlichkeit in Kontakt. Legendre erinnert wie z. B. die begriffshistorischen Studien von Maximilian Herberger daran, dass Dogmatik nicht das Andere einer Erfahrungswissenschaft ist. Für ältere Gesellschaften erkennt man vielleicht schneller an, dass sie gerade darum, aufgrund sinnlich erfahrbarer Dogmatik, ihr Erscheinen so pflegten, wie ihren Schein. Die Forschung und Neugierde über Inszenierungen von Staat und Gesellschaft haben aber auch mit den Absetzungsbewegungen einer Moderne, die sich zeitweise für schmucklos und Ornament für ein Verbrechen hielt, nie aufgehört. Inszenierungen erschöpfen sich mit ihren Bündelungen nie darin, bloße Inszenierung zu sein. Der Mensch ist ein aufsitzendes Wesen, es macht seine Wirklichkeit aus, dass er phantasiebegabt ist und auch mit Illusionen eine Zukunft hat.

2. Etwas muss Anfang der 80er in der Luft gelegen haben, und das müssen ausgerechnet Sitzgelegenheiten und Schreibzeug gewesen sein. Das war die Zeit, in der ein ins Protestantische gewendeter Begriff der Kommunikation aus der Mode und viele Begriffe des Mediums in Mode gierten. Auf Jürgen Habermas' Frage nach einer Analyse der geistigen Situation reagierte Martin Warnke mit einem legendären Text zur geistigen Situation der Couchkecke. Cornelia Vismann begann zu dieser Zeit in Freiburg ihr Studium, und gleich auch ihre Forschung zu den Medien und Kulturtechniken des Rechts. 2010, vier Wochen vor ihrem Tod, hielt die halb wahre Staatsrechtslehrerin Vismann dann im Bonner Käte Hamburger Kolleg »Recht als Kultur« einen Vortrag über Tische, der aus heutiger Sicht eines auch noch mal klar macht: Staatsrechtslehre ist eine Institution, die auf sich warten lässt. Jetzt aber hat der wahre Staatsrechtslehrer Christoph Schönberger,

* CHRISTOPH SCHÖNBERGER,
Auf der Bank. Die Inszenierung der
Regierung im Staatstheater des Par-
lamentes, München: C.H. Beck 2022,
282 S., ISBN 978-3-406-79159-8

eben dort am Bonner Kolleg, einige der Fäden aufgegriffen und endlich ein Buch über das regierende Sitzen geschrieben.

Das Ziel dieses Buches ist es nicht, den wissenschaftlichen Diskurs, für den Autorinnen wie Visman stehen, weiterzutreiben. Das neuste Buch des Kölner Juristen ist aber ein spannender Bericht aus einem Teil der Wissenschaft. Es handelt sich um ein Lesebuch für ein Publikum, das man anschaulich das C.H.Beck-Publikum nennt. Das ist eine Art bürgerliches Milieu, das mit Recht sein Geld verdient, dabei gerne was mit Kunst, Kultur und Bildung liest, so gepflegt aussieht wie die Schaufenster der Münchner Innenstadt und sich meist so angeregt unterhält wie die Gäste im Bratwurstglockl am Dom. Langer Rede kurzer Sinn: Dieses Buch ist für ein gutes Publikum geschrieben, es soll gut lesbar sein, ohne zu irritieren oder zu verwirren. Dieses Publikum ist behaglich verbreitert. Es ist dem belesenen und gelehrten Autor gelungen, für dieses Publikum zu schreiben. Es wird wohl viel zu Weihnachten verschenkt werden, dafür bietet es sich an.

3. Schönberger beginnt passend gemütlich, nämlich erst spät. Das römische Recht kommt mit seinen republikanischen Dingen nicht vor. Der zentrale Beitrag, den Rom zu einer Geschichte regierenden Sitzens geleistet hat, das dürfte der kurulische Stuhl gewesen sein, also der Stuhl, auf dem die höhere Beamtenschaft sitzen durfte und von dem Cicero sagt, er sei Teil des römischen Bildrechts, des *ius imaginum*. Dieser Stuhl inszeniert die römische Regierung, er ist damit auch ihr Recht, er ist ein Ding, das Rom mit verfasst. Manche nennen ihn einen Wagen- und Richtstuhl, es ist vor allem ein Klappstuhl ohne Arm- und Rückenlehnen. Er ist beweglich und auch in dem Sinne ein Wagenstuhl, weil auf ihm zu sitzen Teil jener gewagten und entscherten Handlung ist, die man *regieren* nennt. Der kurulische Stuhl wird im historischen Teil von Schönbergers Buch vorsichtshalber übersprungen. Schönberger setzt mit dem spätantiken, byzantinischen Protokoll ein, in der die Herrschaft unbeweglich thront, weil der Thron kein richtiges Möbel mehr, sondern Teil der Architektur, also der Immobilien, ist. Schönberger setzt ein, wo das Sitzen schon richtig fest sitzt. Da hat der Sitz sogar Dinge, an denen sich die Regierenden festhalten und anlehnen können, was für die so republikanisch wie kriegerisch gesinnte Regierung im klassischen Rom noch ein Objekt für Memmen gewesen wäre.

Schönbergers Buch setzt also nach einer ›immobilienrechtlichen Wende‹ ein, nach der ein Sitz nichts Bodenloses mehr habe sollte. Der Grund, warum Schönberger so spät beginnt, ist einleuchtend: Der Autor ist an den parlamentarischen Systemen interessiert, deren Horizont auch die Schwelle ist, mit der das 19. Jahrhundert begann und damit nahezu alles von dem, was heute noch Gegenwart beanspruchen kann, einrichtete. Schönberger ist kein Archäologe, er ist Gegenwarts- und Präsenzforscher.

Man liest das Buch mit großem Gewinn, vor allem, weil Schönberger sich durch diese Beschränkung auf einen detaillierten Vergleich parlamentarischer Sitze sowie eine enge Verzahnung zwischen der Beschreibung von Verfassungstypen und Architekturen einlassen kann. Bei diesen Beschreibungen geht es nicht um den Aufweis von Kausalität, es geht um Effekte und um Bedeutung, die freilich nicht frei von Kausalität ist. Eng drängende Räume, das dachte auch Churchill, lassen auch parlamentarische Diskussionen dringlicher erscheinen. Räumliche Konfrontationen und Hierarchien sind wie Resonanzkörper für Politik und Recht. Wer kennt nicht die Momente im Gericht, in dem ein Richter vorschlägt, mal kurz die Fenster zu öffnen, um Mandanten oder Anwälte wieder in offene Gesprächsbereitschaft zu bringen? Schönberger schildert eine Reihe solcher Effekte anschaulich, allesamt anhand von Parlamenten. In einem ersten Teil des Buches beschreibt er eine Entwicklung vom Thron zur Bank, setzt also mit Ereignissen ein, die er als Ende eines alten Europas begreift, und stellt die Entwicklung durch den geographischen Vergleich vierer Parlamente an: London, Paris, Washington und Berlin. Im zweiten Teil konzentriert er sich auf Westdeutschland, also die Bundesrepublik Deutschland. Er wechselt aus dem Register der Geographie in das Register eines Chronographen.

4. Man findet viel Anregung, viele Bilder, witzige, ironische und doch ernste Beobachtungen. Schönberger zeichnet teilweise in detaillierter Schärfe nach, wie Architekturen und ihre Objekte Verfassungen reproduzieren, wie sie also z. B. Kräfte unterscheiden und kanalisieren und wie dies damit korrespondiert oder kooperiert, wie in Texten diese Kräfte unterschieden und kanalisiert werden. Das Buch ist an Details so reich, dass eine Wiederholung unangemessen und eine Auswahl verfälschend wäre. Dieses Buch wird zur Lektüre mit Nachdruck empfohlen. Das andere Ende des

Textes, also der Bogen, der die vielen Details zusammenhalten soll, ist einfach und klar: Das ist erstens die Spannweite, unter der sich Schönberger parlamentarische Demokratien im Westen vorstellen will und die er geographisch über die vier genannten Hauptstädte abhandelt, als seien es die vier Himmelsrichtungen, in denen Regierungssitze stehen können. Zweitens ist es eine kleine Geschichte der BRD. Einfacher und klarer geht es nicht.

Wir wären aber nicht in der Wissenschaft, wenn es nicht auch etwas zu falsifizieren und zu mäkeln gäbe. Für ein Buch über das regierende Sitzen fordert der Fußnotenapparat erstaunlich oft dazu auf, von hier nach da zu springen. Ist man auf einer Seite angelangt, heißt es in den Fußnoten, man solle auf einer anderen Seite des Buches lesen. Immer wieder finden sich auch Verweise, man solle in anderen Büchern mal nachsehen, also das berühmt-berüchtigte ›Siehe-Woanders‹, ohne genau zu erklären, warum man eigentlich woanders nachschauen sollte. Man hat doch ein Buch gekauft, kein Abo abgeschlossen. Das ist sicher der übliche deutsche Apparat, der auch in der Sorge um das Urheberrecht lieber zu oft als zu selten auf anregende Kollegen weiterverweist. Aber wenn man sich schon entscheidet, nicht für ein Fachpublikum zu schreiben, dann kann man sich entweder so einen unruhestiftenden Apparat sparen oder aber man macht ihn trotzdem gründlicher. Sonst kann der Text auch werden, was zu viele Köche verderben, nämlich Brei. Mit seiner Adressierung eines breiten Publikums belastet sich Schönberger nicht damit, bestimmte Begriffe zu schärfen, nicht mal damit, sie zu verwenden. In begleitenden Vorträgen und Vorträgen zu dem Buch, vor allem einen Vortrag vor dem Bonner Kolleg, ist aber deutlich geworden, dass er sein

Buch begrifflich in der Nähe zu Claude Leforts Überlegung zur Form und Demokratie sieht. Lefort verwendet den Begriff *mise-en-forme*, die Übersetzer schreiben teilweise »Formgebung«, teilweise »In-Form-Setzen«. Das halte ich bei aller rekursiven Anlage, gerade wegen ihr, für eine gute Idee. Umso mehr vermisste ich aber eine Schärfung seiner Interpretation Leforts (oder anderer Ansätze zur Frage nach der Form und zu dem, was sie bewegt).

5. Das Fachpublikum wurde nicht adressiert, es darf sich beklagen. Mir wird es mit den Anekdoten dann an bestimmten Punkten doch zu viel. Muss man wirklich nochmal was zu Franz-Josef Strauß, Joschka Fischer und zu diesem Guttenberg lesen, wenn das nun wirklich nicht die Wissenschaft vom Sitz schärft, nicht einmal auf dem Gegenstand sitzenbleibt, sondern abschweift? Der leere Stuhl der Kanzlerin markiere das Ende Guttenbergs, schreibt Schönberger an einer Stelle. Das kann stimmen, aber er markiert auch den Anfang Guttenbergs, denn am Anfang des Buches und immer wieder kommt Schönberger auf die prinzipielle und damit anfängliche Leere von Stühlen zu sprechen (er orientiert sich schließlich an Lefort). An diesen anekdotischen Stellen schleift Schönberger seine Motive ab, als würde er sie selbst nicht so ernstnehmen und scharf sehen. Dennoch überwiegt der positive Eindruck, es mit einem ideen- und materialreichen Buch zu tun zu haben, besser noch: Es markiert auch damit wohl erst einen Anfang in Schönbergers neuem Forschungsinteresse. Am besten: Dieses Buch gibt den Forschungen zur objektorientierten Rechtswissenschaft, den neo-materialistischen Ansätzen und der Kulturtechnikforschung aus einem großen Herzen der Staatsrechtslehre Schub und neuen Schwung.



Thomas Duve

Erzählen statt prozessieren?*

Mit *Die Soziologie vor der Geschichte* legt Wolfgang Knöbl eine kritische Analyse des Gebrauchs von großflächigen, robusten Prozessbegriffen in den Sozialwissenschaften vor: Es geht also um Rationalisierung, Differenzierung, Modernisierung, aber auch um Bürokratisierung, Säkularisierung, Industrialisierung. Viele dieser Makrobegriffe wurden in den letzten Jahrzehnten in der globalhistorischen Forschung in Frage gestellt, weil sie teleologisch gefasst, aus einer Perspektive des Globalen Nordens entworfen und dann auf andere Weltregionen angewandt worden sind. Knöbls Kritik ist viel grundsätzlicher. Er will zeigen, dass die Soziologie als »ahistorisch verfahrenende Ordnungswissenschaft« (14) zwar häufig Prozessbegriffe nutzt, nur selten aber expliziert, was mit der Rede von einem »Prozess« gemeint ist. Denn was ist und wie verhält sich ein Prozess zu Handlung, Ereignis, Struktur? Wird er als autonom verstanden, und wenn ja: Was verleiht ihm Eigendynamik? Wieviel lineares Denken, Teleologie, wieviel Kausalitätsunterstellungen stecken in der Diagnose eines Prozesses?

Knöbl gliedert seine Problemgeschichte in zwei Abschnitte. Im ersten Teil geht es um »Sozialtheorie zwischen Geschichtsphilosophie und Historismus« (Kapitel 2, 3, 4). Den Auftakt macht eine Szene aus den 1970er Jahren, als Raymond Aron und Talcott Parsons, also ein französischer Exponent des Versuchs einer historischen Reflexion soziologischer Grundbegriffe und der einflussreichste Theoretiker der Soziologie als Ordnungswissenschaft, am Frühstückstisch aufeinandertrafen – und einander ganz und gar nicht verstanden. Parsons erhob sich und ging seiner Wege. Mit ihm auch die Soziologie: Sie institutionalisierte sich als Ordnungswissenschaft, obwohl auch andere Ausrichtungen denkbar gewesen wären, etwa die einer Historischen Soziologie, für die Aron stand. Eine Reflexion über die Historizität der Grundbegriffe der Soziologie hätte zudem an die intensiven Debatten anknüpfen können, die man im 19. Jahr-

hundert in Geschichtswissenschaft und Philosophie um die Bedingungen der Möglichkeit von Geschichtsphilosophie führte. Knöbl zeichnet einige Momente dieses Nachdenkens von Generationen nach – von Herders *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit* über Wilhelm von Humboldt und Hegel zum Historismus eines Ranke oder Droysen. Noch der Versuch der Abwendung von der Geschichtsphilosophie im Historismus blieb, so zeigt Knöbl, der Spekulation verhaftet. Theologische Argumente, Geschichtsreligion, die Idee der Freiheit, später die Nation treten als strukturierende Elemente an die Stelle von offener Geschichtsmetaphysik. Das nun verbreitete Denken im Kollektivsingular »Geschichte« bedurfte schließlich noch immer eines Substrats, an dem sich Wandel vermessen lässt: »Der Geschichtsphilosophie entkommt man nicht« (76).

Das gilt auch für den Neukantianismus eines Heinrich Rickert oder Max Weber, wie Knöbl in einer dichten Auseinandersetzung deutlich macht. Wer – wie der Rezensent – das Gefühl hatte, Rickerts Argumentation nie wirklich verstanden zu haben, liest mit einer gewissen Beruhigung, dass dessen Unterscheidung zwischen Wertbeziehung und Werten »so besonders plausibel nicht ist« (87). Und wem das Changieren Webers zwischen Real- und Idealtypen schon stets Schwierigkeiten bereitete, dem leuchtet die Vermutung Knöbls ein, dass an Webers Begriff der Rationalisierung eine »gehörige Portion Geschichtsphilosophie« haften – »in welcher Schwundstufe auch immer« (90). Für Knöbl scheiterte auch Weber am verzweifelten Versuch, das Problem des Zerfalls der historischen Vernunft nach der Epoche Hegels zu lösen. Für Troeltsch, Mannheim, Elias oder Alfred Weber gilt trotz mancher Ansätze (etwa dem Generationenbegriff) das Gleiche, auch wegen der biographischen Brüche und dem Vergessen, dem viele intellektuelle Leistungen der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts lange anheimfielen. So endet der Rückblick auf knapp zwei Jahr-

* WOLFGANG KNÖBL, *Die Soziologie vor der Geschichte. Zur Kritik der Sozialtheorie*, Berlin: Suhrkamp 2022, 316 S., ISBN 978-3-518-29975-3

hunderte, wie er begann: mit Autoren, die sich offen zur Geschichtsphilosophie bekennen, nun allerdings in Gestalt der Frankfurter Schule mit ihrem Versuch der Konstruktion des Geschichtsverlaufs als notwendigem Produkt eines ökonomischen Mechanismus.

Der zweite Teil des Buchs wendet sich der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu. Noch immer geht es, so die Überschrift, um »Befreiung von Historismus und Geschichtsphilosophie – so oder so«. Drei Kapitel und ein Schluss geben einen Überblick über die Entstehung von Prozessbegriffen in der US-amerikanischen Diskussion der 1950er, im Europa der 1970er und der 1980er Jahre. Die vor allem in den USA entwickelten Modernisierungstheorien erscheinen Knöbl als simplifizierte geschichtsphilosophische Konstruktionen, die eigentlich im 19. Jahrhundert jedenfalls in der deutschsprachigen und französischsprachigen Debatte bereits hinlänglich kritisiert worden waren. Die »Moderne« sei als Epoche begriffen worden, die es gegen den Marxismus und historischen Materialismus mit Hilfe der Modernisierungstheorie zu konturieren galt. Die damit verbundene funktionalistische Perspektivierung ließ Fragen nach der Strukturierung historischer Empirie oder der Zugänglichkeit der Vergangenheit nicht mehr aufkommen. »Es schien unstrittig zu sein, dass alle für zentral gehaltenen historischen Makroprozesse auf diese Moderne zulaufen würden« (160). Die schon bald einsetzende Kritik an den normativen Implikationen der Modernisierungstheorie bereitete allerdings schon in den späten 1950er Jahren den Boden für die Differenzierungstheorie als neues makrosoziologisches Instrumentarium. Auch diese unterzieht Knöbl einer gründlichen Analyse, insbesondere hinsichtlich ihrer Koppelung mit der Evolutionstheorie (168 ff.) und ihrer grundlegenden Funktion als Prozessontologie (229 ff.) bei Luhmann.

Besonders interessant für die Rechtsgeschichte, in der sich aus vielerlei Gründen die Vorstellung eines scharfen Epochenbruchs um 1800 verfestigt hat, sind Knöbls Überlegungen zum Differenzierungskonzept und dessen Stützung durch Kosellecks Sattelzeitthese (163 ff.). Kosellecks Analyse der veränderten Zeiterfahrungen und die daraus gezogenen weitreichenden Folgerungen beruhten bekanntlich auf anderen Methoden, als sie seine Bielefelder Kollegen in der Soziologie oder der Sozialgeschichte praktizierten. Allerdings ging es Koselleck wie den modernisierungstheoretischen

Ansätzen darum, einen scharfen Bruch zwischen Moderne und Vormoderne zu konturieren, weswegen man seine Methode auch als »Werkzeug einer Modernisierungstheorie« (Christof Dipper) bezeichnet hat. Doch Sprachwandel zeigt veränderte Repräsentationen, und über die repräsentierten »Prozesse« kann er wenig aussagen. Im Verbund mit der sozialgeschichtlichen Modernisierungstheorie und dem Nachwirken von Webers Rationalisierungsthese verfestigte die Historische Semantik dennoch das Bild eines Epochenbruchs von geradezu welthistorischem Ausmaß. Auch daran knüpften Luhmann und Habermas mit ihren Entwicklungslogiken an, und auch die Rechtsgeschichte hat die Moderne zu einem Wendepunkt erklärt, mit dem im Hochmittelalter angesetzte Prozesse (Staatsbildung, Verwissenschaftlichung, Rezeption etc.) abgeschlossen gewesen sein sollen.

Im Kapitel 6 zeichnet Knöbl nun Diskussionen aus den 1970er Jahren nach, die auch aus dem Unbehagen an solchen Makrobegriffen gespeist wurden. Bereits Jaspers und Löwith hatten in ihren Geschichtsphilosophien Zweifel gesät, ob man von »der« Geschichte »der« Welt sinnvoll sprechen könne. Da die Wirklichkeit sich anders entwickelte als gedacht, hielt eine neue Bescheidenheit Einzug: »Nicht der Prozess der Weltgeschichte interessierte die Historiker, sondern höchst unterschiedliche Prozesse und Prozessformen in der Geschichte« (197–198). Man suchte Sinnzusammenhänge für begrenztere Räume und Zeiten, und man dachte darüber nach, was einen Prozess eigentlich ausmacht. Anhand der Analyse einiger Beiträge der Werner-Reimers-Studiengruppe »Theorie der Geschichte«, 1978 in einem Band zu Historischen Prozessen publiziert, legt Knöbl so manche Aporien der Rede von Prozessen frei: wie sich diese zu »Ereignissen« und »Strukturen« verhalten und woher das autogenerative Moment kommen soll. Diese Diskussionen führt er mit den sozialwissenschaftlichen Debatten zusammen, in denen man Handlungstheorien und Systemvorstellungen kombinierte und nach der Rolle von Intentionen und unintendierten Folgen fragte. Eigendynamik wurde nun als Ergebnis von Rückkopplungsschleifen verstanden, in denen Motive der Handelnden produziert und reproduziert werden. Mayntz und Nedelmann formulierten es wenig später so: »Eigendynamische Prozesse werden durch Aktions-Reaktions-Sequenzen von sozialen Akteuren erzeugt, die ein umrissenes Handlungssystem bilden« (212). So klar dies theoretisch

schien, so schwierig würde freilich die Umsetzung in der Geschichtswissenschaft bleiben. Denn lassen sich solche Stimulierungskausalitäten überhaupt mit den zur Verfügung stehenden Quellen nachweisen? Wie steht es um die Verkettung von Beobachtungen über längere Zeiträume – also dem, was üblicherweise als »Prozess« bezeichnet wird? Knöbl kontrastiert anschließend die deutsche Debatte mit der französischen, insbesondere durch Michel Dobry, und mit der US-amerikanischen, in der Andrew Abbott Maßstäbe gesetzt hat. Während Dobry auf eine Reihe von Fallstricken bei der Analyse von Prozessen hinweist, macht Abbott nicht zuletzt auf die narrative Dimension sozialer Prozesse aufmerksam.

In dieser Narrativität liegt für Knöbl die Problematik und letztlich auch der Schlüssel zum reflektierten Umgang mit Prozessbegriffen, wie er im letzten Kapitel ausführt. Er zeigt, wie von verschiedenen Seiten auf die erzählerische Dimension der sozialwissenschaftlichen Konstruktionsleistung hingewiesen worden ist – und wie sich diese Kritik auch auf Theorien des Wandels auswirkt, etwa auf den Historischen Institutionalismus oder Charles Tillys mechanistischen Ansatz. Anhand einer konzisen Zusammenstellung von sieben wichtigen Aspekten der erzähltheoretischen Debatte (256–270) werden dann exemplarisch drei Prozessbegriffe untersucht: Industrialisierung, Demokratisierung, Individualisierung.

Knöbl schließt seine eindrucksvolle Darstellung mit einem Plädoyer für einen reflektierten Umgang mit Prozessbegriffen und für eine stärkere Berücksichtigung der Ergebnisse historischer Forschung in der Soziologie – und soziologischer Begriffsbildung in der Geschichtswissenschaft. Nicht wenige Vertreter beider Disziplinen nehmen für sich in Anspruch, durch wissenschaftliche Forschung Orientierungswissen zu vermitteln, was die Versuchung erhöht, griffige, aber reduktionistische und letztlich scheinwissenschaftliche Diagnosen über den Lauf der Welt auf den Markt zu werfen. Man kann das Buch insofern auch als Grundlegung einer Historischen Soziologie lesen, die beide Disziplinen stärker verknüpfen würde. In der Geschichtswissenschaft dürfte sehr viel von dem, was Knöbl mit weitem Blick interdisziplinär und international zusammenträgt und klar analysiert, auf große Offenheit stoßen; inwieweit er mit der Forderung nach einer Historisierung der Sozialtheorie seine eigene Disziplin, die Soziologie, erreicht, wird man sehen. Die Rechtsgeschichte, die noch immer als Vorgeschichte der Moderne geschrieben wird und auf einer Reihe von Großbegriffen beruht, deren Fragwürdigkeit inzwischen außer Frage steht, könnte zu einer solchen Historischen Soziologie sicher beitragen – und vor allem von ihr profitieren.



- Birgit Aschmann**
p. 176–178
Humboldt-Universität zu Berlin,
birgit.aschmann@hu-berlin.de
Die sozialliberalen Reformen auf dem Prüfstand:
zur Abtreibungsfrage
[The Reforms of the West German SPD-FDP
Coalition Government Under Judicial Scrutiny:
The Constitutional Court’s Decision on Abortion]
- Marietta Auer**
p. 285–290
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, auer@lhlt.mpg.de
Der Mann ohne Eigenschaften
[The Man Without Qualities]
- Shlomi Balaban**
p. 303–304
Tel Aviv University,
sbalaban@mail.sapir.ac.il
Taking the Ambivalent Road
- Manuel Bastias Saavedra**
p. 251–253
Leibniz Universität Hannover,
manuel.bastias@hist.uni-hannover.de
El imperio portugués y las raíces profundas de Goa
[The Portuguese Empire and the Deep Roots of
Goan Society]
- Paulien Broens**
p. 254–255
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, broens@lhlt.mpg.de
A Deep Dive into England’s Early Africa Companies
- Pascale Cancik**
p. 179–181
Universität Osnabrück,
lscancik@uni-osnabrueck.de
Welche »Wirklichkeit«?
[Whose »Reality«?]
- Matilde Cazzola**
p. 257–259
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, cazzola@lhlt.mpg.de
Guardie, ladri e la giurisprudenza dell’anticipazione
[Guards, Thieves and the Jurisprudence of
Anticipation]
- Andrea Cicerchia**
p. 244–246
Universidade Católica Portuguesa, Lissabon,
cicerchia.andrea@gmail.com
Giustizia divina e giustizia terrena
[Divine Justice and Earthly Justice]

- Eckart Conze**
p. 182–184
Philipps-Universität Marburg,
conze@uni-marburg.de
Verfassungswandel durch Grundgesetzänderungen
[Constitutional Change Through Adaptations of
the Grundgesetz (Basic Law)]
- Nina Cozzi**
p. 275–277
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, cozzi@lhlt.mpg.de
The Drafting of the Post-War Constitutions in France
and Italy. Differences and Similarities
- Nina Cozzi**
p. 295–296
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, cozzi@lhlt.mpg.de
Neue Erkenntnisse zur Nichteinhaltung von
EU-Recht
[New Findings on Non-Compliance in EU Law]
- Daniel Damler**
p. 218–219
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, damler@lhlt.mpg.de
Cicerone der Regeln
[The Cicerone of Rules]
- Sara Dezalay**
p. 293–295
European School of Social and Political Sciences,
Université Catholique de Lille,
sara.dezalay@univ-catholille.fr
Capitalizing on International Law's Fragmentation
- Thomas Duve**
p. 308–310
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, duve@lhlt.mpg.de
Erzählen statt prozessieren?
[Narrating Instead of Going to Court?]
- Thomas Duve**
p. 314–325
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, duve@lhlt.mpg.de
Rechtsgeschichte und Ordnungsdenken.
Zum rechtshistorischen Werk von Paolo Grossi
[Legal History and »Order Thinking«.
On the Legal Historical Œuvre of Paolo Grossi]
- Rômulo da Silva Ehalt**
p. 234–236
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, ehalt@lhlt.mpg.de
The Multilayered World of Medieval Japanese
Legal History

- Caspar Ehlers**
p. 226–228
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main, ehlers@lhlt.mpg.de
Honi soit qui mal y pense
- Caspar Ehlers**
p. 236–237
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main, ehlers@lhlt.mpg.de
Zettels Raum
[Bottom’s Realm]
- Karla L. Escobar H.**
p. 271–273
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main, escobar@lhlt.mpg.de
Desentrañando el poder colonial: emociones, sentimientos y resistencia para una nueva historia del derecho
[Unravelling Colonial Power: Emotions, Feelings and Resistance for a New Legal History]
- Verena Frick**
p. 185–187
Georg-August-Universität Göttingen, verena.frick@uni-goettingen.de
Die Konstitutionalisierung der Politik.
Auch eine Politisierung der Verfassung?
[The Constitutionalisation of Politics:
Also a Politicisation of the Constitution?]
- Ingrid Gilcher-Holtey**
p. 188–190
Universität Bielefeld, Ingrid.holtey@uni-bielefeld.de
Integration der Rechts- und Verfassungsgeschichte in die Allgemeingeschichte? Die Perspektive der Historischen Soziologie
[Integrating Legal and Constitutional History into General History? The Perspective of Historical Sociology]
- Damian Augusto Gonzales Escudero**
p. 224–226
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main, damian.gonzales13@gmail.com
Performance as a New Direction for Legal History
- Dieter Grimm**
p. 18–30
Humboldt Universität zu Berlin / Wissenschaftskolleg zu Berlin, grimm@wiko-berlin.de
Constitutional History as an Integral Part of General History: The German Case

- Dieter Grimm**
p. 210–213
Humboldt Universität zu Berlin / Wissenschafts-
kolleg zu Berlin, grimm@wiko-berlin.de
Ein Rückblick auf »Die Historiker und die
Verfassung« anhand der Frankfurter Kommentare
[Looking back on »Die Historiker und die
Verfassung« in Light of the Frankfurt Comments]
- Karl Härter**
p. 280–282
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, haerter@lhlt.mpg.de
Limitierte positivistische Kriminologie und
Herausforderungen der Strafrechtsreform
[Limited Positivist Criminology and the Challenges
of Criminal Law Reform]
- Carolina Hiribarren Cardoen**
p. 161–172
Universidad Adolfo Ibáñez, Santiago de Chile,
carolinahiribarrenc@gmail.com
Abuse or Slavery? A Look at Practices of Debt
Peonage from the 19th-Century Philippines
- Victoria Hooton**
p. 259–261
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, hooton@lhlt.mpg.de
Pauper Agency and Negotiation Under the Old
Poor Law
- Victoria Hooton**
p. 298–300
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, hooton@lhlt.mpg.de
Three Cheers to Interdisciplinary Research of
European Union Law
- Winner Ijeoma**
p. 255–257
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, ijeoma@lhlt.mpg.de
Rule of Law im kolonialen Africa?
[Rule of Law in Colonial Africa?]
- Stefan Cristian Ionescu**
p. 92–108
Northwestern University, Evanston (Illinois),
stefan.ionescu@northwestern.edu
Aryanization Bureaucrats in Post-Holocaust Romania
- Emily Kadens**
p. 261–264
Northwestern University Pritzker School of Law,
Chicago, kadens@law.northwestern.edu
Commerce Between Law and Practice

- Anna-Bettina Kaiser**
p. 191–193
Humboldt-Universität zu Berlin,
kaiserab@hu-berlin.de
Sperrig, aber nicht unlesbar? Zu den Entscheidungen
des Bundesverfassungsgerichts
[Unwieldly but not Unintelligible? On the
Judgments of the German Constitutional Court]
- Fabian Klose**
p. 267–268
Universität zu Köln,
fabian.klose@uni-koeln.de
Zur Ambivalenz humanitären Handelns im
British Empire
[On the Ambivalence of Humanitarian Action in
the British Empire]
- Jürgen Kocka**
p. 194–196
Freie Universität Berlin,
kocka@wzb.eu
Herausforderung und Anregung
[Challenge and Stimulation]
- Toomas Kotkas**
p. 232–234
University of Helsinki,
toomas.kotkas@helsinki.fi
What’s the Point in Quantifying Legal Codifications?
- Matthew H. Kramer**
p. 291–292
Churchill College, University of Cambridge,
mhk11@cam.ac.uk
Hohfeld and Some Missed Opportunities
- Constanza López Lamerain**
p. 132–144
Universidad de Chile, Santiago de Chile,
mconstanza.lopezlamerain@gmail.com
Ecclesiastics and Indigenous Slavery on the Frontier:
The Case of Chile in the 16th and 17th Centuries
- Camilla de Freitas Macedo**
p. 240–242
Leibniz Universität Hannover,
camilla.freitas@hist.uni-hannover.de
El bosque en foco: posibilidades transdisciplinares
de estudio
[The Forest in Focus: Transdisciplinary Possibilities
for Its Study]
- Lorenzo Maniscalco**
p. 246–248
Clare College, University of Cambridge,
lm632@cam.ac.uk
Teoria e pratica giuridica nei *tractatus* e *consilia* di
Francisco Suárez
[Legal Theory and Practice in the *Tractatus* and
Consilia of Francisco Suárez]

- Pilar Mejia**
p. 248–251
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, mejia@lhlt.mpg.de
El arte sacro como agente de normatividad
[Sacred Art as an Agent of Normativity]
- Christoph H. F. Meyer**
p. 229–232
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, cmeyer@lhlt.mpg.de
References in the Vineyard of the Legal Text
- Jan-Henrik Meyer**
p. 301–303
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, jmeyer@lhlt.mpg.de
European Union Constitution Making and the Media.
Lessons from Maastricht
- Cosima Möller**
p. 221–224
Freie Universität Berlin,
moeller@zedat.fu-berlin.de
Diversity bei den römischen Juristen –
Geschichtlichkeit und die Rolle der Dogmatik
[Diversity Among the Roman Jurists –
Historicity and the Role of Legal Doctrine]
- Uponita Mukherjee**
p. 264–266
Fordham University, New York City,
umukherjee1@fordham.edu
Insanity, Crime and Responsibility Cases:
A View of Common Law from the British Empire
- Kyriaco Nikias**
p. 237–239
Universität Wien,
kyriaco.nikias@univie.ac.at
Legal Sources from the Venetian East
- Erica Kim Ollikainen-Read**
p. 269–270
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main,
e.ollikainen-read@lhlt.mpg.de
Exploring the Power of Victorian Narratives
- José M. Portillo**
p. 273–274
University of the Basque Country,
Vitoria-Gasteiz (Spain), josemaria.portillo@ehu.eus
La modernidad política en el Otro Occidente
[Political Modernity in the Other West]
- Anna Quadflieg**
p. 297–298
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechts-
theorie, Frankfurt am Main, quadflieg@lhlt.mpg.de
Drei Dimensionen der Gleichheit im Europarecht
[Three Dimensions of Equality in European Law]

- Christoph Resch**
p. 283–284
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main, resch@lhl.mpg.de
Rätsellösende Rechtsvergleicher*innen?
[Puzzle-Solving Comparative Law Scholars?]
- David Rex Galindo**
p. 112–116
University of North Texas, Denton (Texas),
drexgali@gmail.com
Studying Indigenous Labor and Coercion on the Frontiers of the Spanish Empire: An Introduction
- David Rex Galindo**
p. 146–159
University of North Texas, Denton (Texas),
drexgali@gmail.com
Forms of Indigenous Labor on New Spain's Northern Frontiers: The Cases of New Mexico and California (17th–18th Centuries)
- Alina Rodríguez Sánchez**
p. 242–244
Leibniz Universität Hannover,
alina.rodriguez.sanchez@hist.uni-hannover.de
Historia ambiental e historia del derecho
[Environmental History and Legal History]
- Christoph Schönberger**
p. 197–199
Universität zu Köln,
Christoph.Schoenberger@uni-koeln.de
Das Bundesverfassungsgericht als Deus ex Machina der Geschichte der Bundesrepublik?
[The Federal Constitutional Court: The Deus ex Machina of the History of the German Federal Republic?]
- Bernardo Sordi**
p. 277–279
Università degli Studi di Firenze,
bernardo.sordi@unifi.it
Il diritto internazionale visto dal problematico *State building* della penisola italiana
[International Law as Seen from Italy's Troubled State Building]
- Fabian Steinhauer**
p. 305–307
Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie, Frankfurt am Main, steinhauer@lhl.mpg.de
Voraussetzungen
[Presittings]
- Mirko Suzarte Škarica**
p. 118–130
Universidad Adolfo Ibáñez, Santiago de Chile,
mirko.suzarte@edu.uai.cl
Slaves and Captives Between Castile, Granada, and the Canary Islands: Frontier and Judicial Dynamics in the 15th and 16th Centuries